Zeitschrift: Das Konzept : die Monatszeitung

Herausgeber: Verband der Schweizerischen Studentenschaften VSS

Band: 7 (1978)

Heft: 7-8

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

A.Z. 8006 Zürich Weinbergstr. 31 7. Jahrgang Nr. 7/8 4. Juli 1978
Kiosk Fr. 1.80

das konzept

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Seminarien und andern höhern Schulen der Deutschschweiz: Auflage 32 000

Redaktion: Bruno Baeriswyl, Ruedi Küng, Rolf Nef, Liselotte Suter

Adresse: Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich, Tel. ✆ (01) 47 75 30

Inserate: Inserateverwaltung «das konzept», Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich, Tel. ✆ (01) 47 75 30, PC-Konto 80-36651

Abonnemente: pro Jahr Fr. 18.– (Ausl. 22.–), PC-Konto 80-37626

Inhalt

Im geteilten Berlin: Deutschland, bleiche Mutter *Seite 2*

Neues zur Unterwanderung der UNO durch die Multis: Die leisen Propagandisten *Seite 3*

Solarenergie: Profit auch aus der Sonne *Seite 4*

NZZ-Luchsinger im Jagdrevier: Eine Satire von N. Meienberg *Seite 5/6*

Bauboom in den Bergregionen: Die Ferienstädte in den Alpen *Seite 7*

Libyen: Widersprüchliche «grüne Revolution» *Seite 8*

Politische Musik: Sind Mozart-Hörer reaktionär? *Seite 9*

Das Anwaltskollektiv zur Presse

Betrachtet man die Presse zum Kröcher/Möller-Prozess, so stellt man fest, dass dieselben Mechanismen der Konditionierung von Meinungen, die in der BRD schliesslich Phänomene wie Sympathisantenhatz, Berufsverbot und Rufmord möglich machten, auch in der Schweiz in Teile der Presse eingegangen sind. (. . .)

Nehmen Sie als Beispiel das Anwaltskollektiv in Zürich, weil es jetzt gerade uns betrifft. Es umfasst 13 Mitglieder und wird ohne Frage weiter wachsen und auch nicht das einzige seiner Art bleiben. Alle, auch die Kanzleimitarbeiterinnen und -mitarbeiter arbeiten für denselben, bescheidenen Lohn und haben gleiches Mitbestimmungsrecht in allen Fragen.

Ein Zürcher Journalist schreibt aber notorisch über «das von Bernard Rambert angeführte Anwaltskollektiv», obwohl Kollege Rambert ihm ausführlich erklärt hatte, dass dies nicht der Wahrheit entspreche. Derselbe, wie auch andere Journalisten, suggerieren ihren Lesern ohne jeglichen Anhaltspunkt eine Komplizenschaft zwischen Angeklagten und Verteidigern. Wiederum demselben Journalisten ist die Tatsache, dass die Verteidiger, welche unter Protest ihr Mandat niedergelegt, nachträglich aber noch der Presse gegenüber Erklärungen abgegeben haben, schlechter Anlass dafür, das Anwaltskollektiv, welches durch seine reale Funktionsweise entmündigende Strukturen überflüssig gemacht hat, als Ganzes lächerlich zu machen, indem er von den «verwirrlichen Regeln einer Gemeinschaft» schreibt, «die notwendige Normen grosszügig auf den Abfallhaufen der Formalitäten wirft».

Überdies bin ich der Überzeugung, dass die meisten Rechtsanwälte sich in der Würde ihres Standes verletzt fühlen würden, wenn sie sich, nicht ohne an einen Polizisten zu stossen – der zudem noch mithört – zu ihrem Mandanten beugen müssten. Ich glaube, die meisten hätten das Gefühl, sich auf dem «Abfallhaufen der Formalitäten» zu befinden, um mit den Worten des zitierten Journalisten zu sprechen. Zugegeben, es ist dann noch eine Frage der Zivilcourage, diesem Gefühl auch Ausdruck zu verleihen. Dort würde es dann wahrscheinlich eher hapern. (. . .)

Dass es bezüglich der Tatsachentreue und Kommentierungsweise innerhalb der Presse grosse Unterschiede gibt, zeigen neben vereinzelten deutschsprachigen Berichten diejenigen etwa von «La Tribune» und «Le Démocrate» sowie von vielen anderen französischsprachigen Zeitungen. Doch wer wüsste es nicht schon längst: Die Kategorie des Anstands, auch in politisch relevanten Auseinandersetzungen, ist in der französischen Schweiz und in Frankreich schon seit je höher entwickelt als in der deutschen Schweiz. (. . .)

(Auszüge aus der Pressekonferenz vom 26. Juni in Pruntrut)

Was bedeutet das Engagement von linken Anwälten im Pruntruter «Terror»-Prozess?

«Wir haben die Auseinandersetzung gewagt»

Ein Gespräch mit dem Anwaltskollektiv über seine Rolle und Position im Verfahren

«Der Rechtsstaat hat gesiegt!» verkündete die Presse nach dem Pruntruter Urteil. Im übrigen ist es in letzter Zeit eher still geworden um diesen Prozess. Während die Haltung der Berner Justiz von Anfang an klar und eindeutig war, hat das Verhalten der Verteidiger immer wieder Anlass zu Fragen und Unsicherheiten gegeben, auf rechter wie auf linker Seite. Ein paar dieser Fragen haben wir dem Anwaltskollektiv gestellt. Wir publizieren hier dieses Gespräch als Diskussionsbeitrag, der, so hoffen wir, auch Reaktionen provoziert.

Das Gespräch führten Beat Schweingruber vom «konzept» sowie Bernard Rambert, Edi Schönenberger und Hans Zweifel vom Anwaltskollektiv.

«das konzept»: Warum verteidigt das Anwaltskollektiv Angehörige der Terroristenszene?

Anwaltskollektiv: Ein Grund für uns, Angehörige der Stadtguerilla zu verteidigen, ist der: Jeder, der in unserem Staat in Konflikt mit den Strafbehörden gerät, hat einen Anspruch auf Verteidigung. Für eine sinnvolle Verteidigung braucht es aber das *Vertrauen zwischen Angeklagten und Verteidiger.* Dieses Vertrauen ist nur dann gewährleistet, wenn der Verteidiger die Ideologie des Angeklagten in etwa verstehen kann.

Im vorliegenden Verfahren gegen Gabriele Kröcher und Christian Möller nun erachten wir uns als geeignet, diese Leute zu verstehen. Denn ihr Ziel – die Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse – ist auch unser Ziel. Auch wir führen diesen Kampf gegen die Unterdrückung durch Wirtschaft, Staat und Kapital, wenn auch auf anderer Ebene und mit andern Mitteln.

Ferner sind wir der Meinung, dass die *Stadtguerillas,* Vertreter von bewaffneten Organisationen, die sogenannten *Terroristen* oder wie man sie auch nennen will, unserer Meinung nach eindeutig zur linken Szene, zur linken Bewegung gehören. Dies zeigt auch ihre Geschichte: Man muss klar sehen, dass die *RAF* und auch der *«2. Juni»* direkt aus der 68er-Bewegung und deren Vorgeschichte hervorgegangen sind.

Wer bezahlt?

Die Prozesskosten (bis heute 30 000 Franken, bis im Herbst 50 000) sind praktisch noch ungedeckt. Die Angeklagten sind mittellos; das Anwaltskollektiv erhält aber auch – entgegen allfälligen Vermutungen – kein Geld aus dem deutschen «Untergrund», sondern ist darauf angewiesen, mindestens einen Teil der Kosten durch Spenden hereinzubringen:

PC 80-4707, Anwaltskollektiv Zürich (mit Vermerk: Prozesskosten Pruntrut)

Eine linke Infrastruktur

Das Anwaltskollektiv will ja eigentlich für Unterprivilegierte da sein. Kann man Terroristen zu diesen zählen?

Es stimmt, dass wir zum Ziel haben, Unter- und Nichtprivilegierte zu vertreten und ihnen zu ihrem Recht zu verhelfen. Das ist aber nur ein Ziel. Daneben haben wir aber selbstverständlich auch das Ziel, innerhalb der Linken eine juristische Infrastruktur aufzubauen und darzustellen. Wir haben auch in anderen politischen Prozessen verteidigt, zum Beispiel das Demokratische Manifest oder die Gewaltfreie Aktion Milchbucktunnel (Widerstand gegen den Expressstrassenbau durch Zürich). Die Frage, ob die Vertreter bewaffneter Organisationen nun zu den Unterprivilegierten gehören oder nicht, erübrigt sich deshalb.

Warum haben sich drei von ursprünglich vier Verteidigern zurückgezogen? War das Ausdruck eines internen Konfliktes?

Nein, wir haben das bereits an der Pressekonferenz vom 24. Mai dargelegt. *Beni Rambert, Edi Schönenberger* und *Gian-Andrea Danuser* (der übrigens nicht Mitglied des Anwaltskollektivs ist, sondern vom Büro Leuenberger kommt) sind aus Protest gegen die Vorverurteilung, gegen die Haftbedingungen und gegen ihre eigenen Arbeitsbedingungen zurückgetreten. Es gab in diesem Sinn keinen Streit unter den Verteidigern. Der Rücktritt erfolgte von allen dreien im Sinn eines politischen Aktes, einer offensiven politischen Handlung. Es ist müssig, immer wieder zu protestieren, aber trotz dem Protest dabeizusein und eine Gerichtsfarce mitzumachen.

Ein Ausnahmegericht fällt auch ein Ausnahmeurteil

Es war uns dabei immer klar, dass einer bleiben musste, und zwar wegen der «Schutzfunktion» für unsere Mandanten. Damit wir die Besuche aufrechterhalten und die Klienten im Gefängnis betreuen und unterstützen können.

Jeder Vorwurf, dass wir unsere Mandanten im Stich liessen, setzt im übrigen voraus, dass man glaubt, ein Verteidiger könne in diesem Prozess bezüglich des *Urteils* etwas ausrichten. Das wiederum setzt einen Glauben in unsere Justiz, in unsere Klassenjustiz voraus, den wir nicht haben. Das bisherige Verfahren hat gezeigt, dass eine Rechtswidrigkeit die andere jagt. Es mussten im Lauf dieses Verfahrens mindestens neun schikanöse Massnahmen erst- oder letztinstanzlich aufgehoben werden. Im übrigen wurde der Fall vom Bundesgericht als *Ausnahmefall* bezeichnet; es ist zu erwarten, dass die Gerichte auch ein *Ausnahmeurteil* fällen werden.

Der Staat hat das deutsche Muster übernommen

Etwas anderes: Wenn man uns vorwirft, wir würden diesen Prozess hier gleichsam nach deutschem Muster führen, so muss man diesen Spiess umdrehen. Nicht wir, die Verteidigung, sondern *der Staat und seine Justiz* haben das deutsche Muster übernommen. Dieses Muster ist – vom ersten Tag der Verhaftung an – die organisierte Vernichtung, die psychische und physische Liquidation der Gefangenen, mit den absolut skandalösen Haftbedingungen und auch mit dem immensen Propagandaapparat gegen die Gefangenen. Der Prozess findet effektiv nicht im Gerichtssaal statt, sondern im Gefängnis, und zwar handelt es sich um einen Vernichtungsprozess.

Ist der Hungerstreik der Gefangenen das einzige Mittel, gegen die nach wie vor unhaltbaren Bedingungen zu protestieren?

Nachdem die Rechtsmittelinstanzen den Ausnahmezustand bestätigt haben, unter Bestreitung des politischen Anspruches der Gefangenen, bleibt der Hungerstreik die einzige konkrete Waffe der Gefangenen gegen das Haftregime.

Und die publizistische Waffe?

Gerade weil sich die Hauptauseinandersetzung im stillen Gefängnis abspielt, ist es die Aufgabe der Verteidigung, diese Zusammenhänge einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln. Hingegen haben es die linken «Alternativmedien» während des vergangenen halben Jahres nicht für nötig befunden, sich um die Haftbedingungen zu kümmern, geschweige denn sich mit der Politik der beiden Gefangenen auseinanderzusetzen.

Ist der Prozess politisch noch auswertbar?

Genau diese Vermittlungstätigkeit wird euch ja übel vermerkt, in der «NZZ» etwa, die euch vorwirft, «Propagandisten der Angeklagten» zu sein. – Das Ziel, diesen Prozess politisch und publizistisch auszuwerten, scheint mir nun aber praktisch nicht mehr erreichbar zu sein. Der weitaus grösste Teil der Medien, einschliesslich Radio und Fernsehen, zeigen wenig bis gar kein Verständnis für das Verhalten von Angeklagten und Verteidigung. Das heisst, dass die Öffentlichkeit nur noch einseitig, tendenziös und gespickt mit Vorurteilen informiert wird. Oder schätzt ihr das anders ein?

Diese Einschätzung teilen wir tatsächlich nicht. Die Situation ist zwar heute so – übrigens getreu nach deutschem Muster –, dass die bürgerliche Presse mehr oder weniger totschweigt, was die Gefangenen sagen bzw. das, was wir, als ihre Vereidiger, heute zu diesem Verfahren sagen. Das war eigentlich auch nicht anders zu erwarten. Das heisst aber noch lange nicht, dass der Prozess nicht politisch auswertbar ist. Es fragt sich nur, auf welcher Ebene und in welchem Zeitpunkt.

Nach unserer Auffassung ist es langsam höchste Zeit, dass sich die gesamte Linke einmal um das kümmert und es ernst nimmt, was sich in diesem Prozess – in all diesen Prozessen – abspielt. Denn diese Verfahren machen Schule. Das sieht man bereits heute in der Bundesrepublik. Die Muster dieser Prozesse werden bei sogenannt sekundären und tertiären Prozessen übernommen, das sind Prozesse gegen AKW-Gegner oder andere Genossen. Darum muss das, was hier passiert, zwangsläufig die gesamte Linke etwas angehen.

Im weiteren wird dieser Prozess vom Staat als Vorwand für eine *allgemeine Aufrüstung* gegen die linke Bewegung benützt; gegen die Bewegung der Arbeiter am Arbeitsplatz, gegen die AKW-Bewegung und andere.

«Terrorismus»

Mehr Auseinandersetzung von der Linken

Wir betrachten es nach wie vor als eine unserer Hauptaufgaben, den politischen Charakter des Verfahrens transparent zu machen. Wir haben nie erwartet, dass die bürgerliche Presse da gross mitmacht und auch nur einigermassen «fair» über diesen Prozess berichten würde. Wir erwarten aber, dass sich die linke vermehrt mit diesem Verfahren auseinandersetzt und auch versucht, die Sache differenzierter anzuschauen, und nicht selber Opfer der bürgerlichen Presse wird. Bisher hat man von der linken Szene alle möglichen Formen von Distanzierung erfahren und wenig Ansätze zur effektiven Auseinandersetzung.

Heisst das, dass sich Eure Öffentlichkeitsarbeit nicht an die bürgerliche Öffentlichkeit richtet, sondern vor allem an die Linke?

Unsere Arbeit hat sich immer an die Linke gerichtet, weil wir nie daran geglaubt haben, dass die bürgerliche Presse sind gleichsam als Vehikel für unsere Arbeit eigne . . . und das hat sich nicht geändert.

Natürlich werden wir auch weiterhin versuchen, die bürgerliche Presse zu informieren bzw. mittels der bürgerlichen Presse Informationen durchzubringen, wir werden weiterhin Pressecommuniqués verbreiten und Pressekonferenzen durchführen. Der Kampf muss ja auf allen Ebenen geführt werden. Und solange die Presse überhaupt berichtet und sagt, dass etwas los ist, so ist das immer noch politisch effizienter für uns, als wenn sie etwas totschweigt, wie etwa heute in der Bundesrepublik. Dort wird in der Presse praktisch nichts mehr über diese Prozesse geschrieben.

Ausserdem ist es jederzeit möglich, dass die Justiz weitere Fehler macht, noch gravierendere als die bisherigen, und dass diese Fehler dann doch von der Presse als Verletzungen aufgegriffen werden.

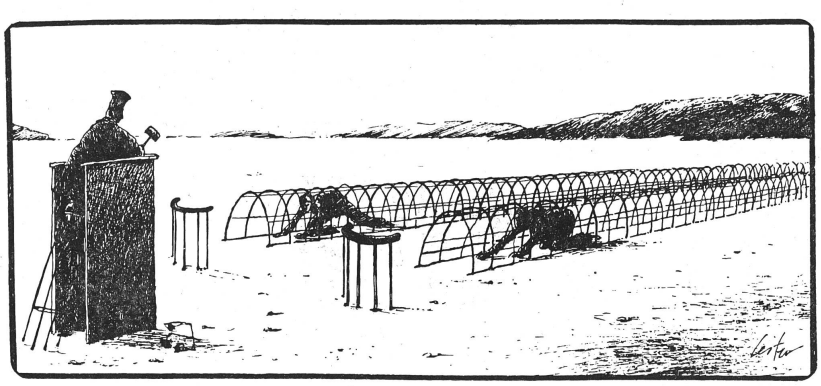
Soziales Engagement ohne grundsätzliche Kritik undenkbar

Von rechter Seite wird es offen formuliert, aber selbst aus linken Kreisen wird die Meinung vertreten, das Anwaltskollektiv liesse sich von den Angeklagten für die Ziele des «2. Juni» bzw. der RAF instrumentieren. Stimmt das?

Erstens: Das Anwaltskollektiv hat 13 Mitglieder (9 Anwälte und 4 Mitarbeiter), und von diesen 13 Personen sind zurzeit fünf in der Verteidigung von Pruntrut engagiert, und auch die nicht vollzeitlich. Unsere juristische und politische Arbeit an den übrigen Verfahren geht also wie bisher weiter.

Leichtfertig wird die Etikette «Obstruktionsanwalt» Leuten angeheftet, die in einem Kollektiv mitarbeiten, das versucht, über 2000 minderbemittelten Rechtssuchenden pro Jahr zu ihrem kleinem Recht zu verhelfen, von denen ein grosser Teil sonst wahrscheinlich gar keinen Rechtsanwalt aufsuchen würde. Bis heute haben sie sich durch solche Etikettierung wie «Terroristen- und Obstruktionsanwälte» nicht davon abhalten lassen, unseren Beistand in Anspruch zu nehmen, im Gegenteil. Diese Seite des Engagements lässt sich schwer direkt angreifen, wiewohl ein solcher Angriff von gewissen Kreisen sicherlich gewünscht ist. Umgekehrt lässt sich soziales Enga-

Fortsetzung auf Seite 10



Kritik an unserem Schulsystem aus der Sicht eines Mittelschullehrers

Schulen dienen nicht der Bildung

Von unserem Mitarbeiter Jürgmeier

«Ich rede nicht von Ausnahmen, nicht von einer bestimmten Schule, ja nicht einmal von einem bestimmten Land», erklärt Hans Hehlen, Zürcher Mittelschullehrer, zu seinem soeben erschienen Buch «Selektion»*. In dieser Publikation zeichnet er die Schulwirklichkeit an verschiedenen Schülern und Lehrern sowie an deren konkreter Schulsituation auf. Hehlen nennt keine Namen, will nicht einzelne Lehrer oder Erziehungsdirektoren anklagen. Er stellt ein Schulsystem in Frage, mehr noch: ein Gesellschaftssystem. Im zweiten Teil des Buches leistet er in diesem Sinne eine umfassende Analyse der Mittelschule und ihrer gesellschaftlichen Funktion.

Die Mittelschule – die Schule im allgemeinen – hat in erster Linie einen Selektionsauftrag. Bildung kommt an zweiter Stelle. Da werden weder Fähigkeiten noch Talente der Menschen gefördert. Hier wird endgültig die «Spreu» vom «Weizen», die «Masse» von der «Elite» geschieden.

Das Gymnasium selektioniert das als minderwertig diffamierte, «leistungsarme», «dumme» und sozial schlecht gestellte «Schülermaterial» vom als hochwertig gefeierten «leistungsstarken» und sozial besser gestellten, und beide «Materialien» erfahren später ihre Selektionierung nach Gesichtspunkten der Einkommens- und Kapitalqualität. – Ob eine oder einer den Weg in die Elite schafft, hängt weniger von Fähigkeiten als von freien Eliteplätzen ab. Eine Elite ist eben nur eine Elite, wenn sie eine bestimmte Grösse nicht überschreitet.

Die Fänge des Notendurchschnitts

Dazu ein konkretes Beispiel aus der Schule: Viele Lehrer gehen bei der Notengebung davon aus, dass ein bestimmter, konstanter Teil der Klasse eine ungenügende Note erhalten muss. Steigt der Klassendurchschnitt leistungsmässig an, wird der Notenmassstab verschärft. Der «schwächere» Teil der Klasse bleibt – trotz gestiegener Leistung – im Bereich der ungenügenden Noten stecken. «Kaum ein Schüler ist bereit, von dem Abrakadabra des Lehrers zu lernen, seine «Fehler» abzulegen, denn Jahre der Erfahrung lehren: mit unbedeutenden Abweichungen wird einem stetsfort dieselbe Zensur angemessen, selbst wenn einer sich wirklich verbessern wollte, er kriegte niemals die bessere Note, denn der Deutschprofessor unterliegt der «Amtspflicht zu selektionieren».

Und wehe, wer als Lehrkraft dieser Pflicht nicht gerecht wird! Wer keine angemessene Zahl ungenügender Zensuren austeilt, wer nicht mithilft, die Zahl der Elite in vernünftigem Rahmen zu halten, wird nicht mehr oder nur für beschränkte Zeit wiedergewählt.

Der Erziehungsdirektor des Kantons Zürich schlägt in einer Unterhaltungssendung des Radios zurück. Interviewt vom Showmaster, berichtet er, man habe am Gymnasium nun statistische Erhebungen getätigt und ermittelt, dass die Biologielehrerin auf 723 ausgezählte, von ihr erteilten Noten nur deren zehn ungenügende gegeben habe, das mache 1,38 Prozent, während der Durchschnittslehrer elf Prozent seiner Noten als ungenügende erteile.

Kaderlieferant von Industrie und Staat

Der wesentliche Auftrag der Mittel- bzw. der Volksschule besteht in unserer arbeitsteiligen Gesellschaft darin, der Wirtschaft und dem Staat die gewünschte Zahl von Kaderkräften zuzuweisen und den grossen Rest in die Niederungen gewöhnlicher Lohnarbeit abzuweisen. «Bildung ist für den Staatsapparat, der solche als Herr der hauptsächlichsten Institutionen wie Mittel-und Hochschulen fast allein zu vermitteln weiss, nicht, wie es der Geist der Verfassung will, eine ‹Freiheit› und nicht, wie der . . . Staatskundelehrer lehrt, ein ‹Bürgerrecht›, sondern **eine nach wirtschaftlicher Notwendigkeit, wie herrschaftsorientierte akademische und andere Gruppen sie verstehen,** zu richtende Zulieferungsverpflichtung, die er zu erfüllen hat . . .»

Bessere Erfolgschancen für Oberschicht

So erweist sich Erfolg oder Misserfolg an einer Mittelschule im wesentlichen als Lotterie. Die Treffer sind – wie in jeder Lotterie – sehr beschränkt. Allerdings: Zufällig ist das Ausscheiden bzw. Reüssieren dieser oder jener nicht. Die oberen sozialen Schichten haben in diesem gezinkten Lotto mehr Treffer zu verzeichnen als die unteren.

«Angenommen und behalten werden in der Regel die Söhne und Töchter bevorrechteter Eltern, weggewiesen diejenigen, die aus der Unterklasse kommen.»

Das hat verschiedene Gründe: Eltern aus unteren sozialen Schichten können ihren Kindern häufig den Weg in eine Mittelschule aus finanziellen Gründen nicht freihalten. Sicher aber können sie ihren Trotz-allem-noch-Gymnasiasten keine Nachhilfestunden zahlen oder sie – im Falle des «Versagens» – über die Hintertreppe der Privatinstitute in den «Tempel der Weisheit» einkaufen.

Wer als Arbeiter- oder Angestelltenkind an einer Mittelschule erfolgreich sein will, muss sich den Gepflogenheiten der Oberschicht anpassen. So gerät er in – oftmals leistungshemmenden – Konflikt mit seiner Herkunftswelt, in der Hölderlin und Relativitätstheorie genauso unbekannt sind wie Leguminosen und Integralrechnung. Er muss seine angestammten Sitten, seine eigene Sprache verleumden, recht eigentlich die eigene Klasse verraten, wenn er den Aufstieg schaffen will. **«Wer sich auf privilegierte Herkunft stützen kann, wessen soziales Niveau in das Niveau des Gymnasiums fugenlos überleitet, der hat Vorsprung vor seinen Konkurrenten, die neben der Schularbeit den Grübeleien sozialer Aufstiegswirren ausgeliefert sind.»**

Ideologie statt Bildung

Gewiss, das Gymnasium leistet auch anderes als Selektion. Es «bildet» auch. Aber wie und was? «Die Schulen», sagen die Lehrer, «dienen nicht so sehr der Erkenntnis und dem Denken als der Einübung von Arbeit, Arbeitsmoral, Stärkung des Arbeitswillens; an den Schulen des Landes wird das Arbeitsprinzp dem Erkenntnisprinzip vorgezogen, und Arbeit, das ist unter den Lehrern weiter nicht strittig, bringt Unlust . . .

Arbeit nach solchem Verständnis meint nicht Tätigsein für die Befriedigung notwendiger, menschlicher Bedürfnisse mit Nahrung, Kleidung, Wohnung, medizinischer Therapie usw. . . . Arbeit nach Schulvorstellung ist Aktivität, die Schüler und Lehrer zur Unterwerfung unter den universellen Zwang lohnbestimmter, von ihnen selbst nicht gewählter noch organisierter, ihnen niemals transparenter und nicht diskutierbarer Erwerbsarbeit disziplinieren soll.»

Arbeit und Leistung sind die Grundpfeiler der «Bildung», die da vermittelt wird. Das ist mehr Ideologie, weniger Bildung, Leistungsideologie, zum Beispiel. «Umwelt zu zerstören oder dies nicht zu verhindern gilt als Leistung. Zweitwagen zu produzieren und zu verkaufen, Zigaretten aufzuschwatzen, Alkohol und Drogen herzustellen, zu verkaufen und dabei hohe Profite zu erzielen gilt als Leistung.

Herstellung von Gütern unter Dominanz von Rentabilität, deren Verteilung an zahlungsfähige Verbraucher, ihre Vernichtung angesichts zahlungsunfähiger Bedürftiger, Produktion von Überfluss- und Verschleissware für Geldprivilegierte bei Mangel, Hunger, Krankheit und Tod von Millionen von Nicht-Geldbesitzern gilt als Leistung . . .»

Eliteschule des Faschismus

Die Mittelschule hilft mit, elitäre Herrschaftsstrukturen aufzubauen und zu erhalten. Ihr humanistischer Bildungsauftrag ist nichts als papierne Verschleierung der Wirklichkeit. Die Mittelschule als demokratische Bildungsinstitution hat versagt. Sie ist nichts mehr als eine Schule der Elite, jeder Elite.

«Und 1933, 1939, 1945? Die Clique der bevorrechteten deutschen Staatsmänner, Beamten und Offiziere, Techniker, Wissenschafter und Ideologen, die von der Geschichte berufen waren, ihren Reifegrad in zwei Weltkriegen zu beweisen, sie sind fast alle vor dem unbestechlichen Blicke ihrer Studienräte und Oberlehrer auf die Seite der Seelenvollen, Geistbegabten und Verantwortungsbefähigten verwiesen worden, während Millionen von deutschen Jugendlichen sich von diesen Herren der Zuchtwahl ihre Verbannung aus dem Reiche von Geist und Privileg gefallen lassen mussten, um das ‹ganz ausserordentliche› Leistungsvermögen der Elite nicht zu verkleinern.

Elitäres Pamphlet gegen die Elite

Man wird Hans Hehlen sein Buch nicht verzeihen. Wer aus der Schule plaudert, wer den Glorienschein unserer Elitebildung zerschlägt, wird aus dieser Elite verstossen, zu den «Gemeinen» verjagt.

Für seinen Mut ist Hans Hehlen zu danken. Denn: Er wird wenig Lob ernten. Kein Lob von der Elite, die er verwirft. Kein Lob von den vielen, denen Bildung vorenthalten wird. Denn: Hehlens Buch ist in der Sprache der Elite geschrieben. Eben: zuwenig deutsch und deutlich. Und hier liegt seine Schwäche, die er mit vielen Linken – ich will mich selbst nicht ausnehmen – gemeinsam hat: Er hat sich die Sprache der Herrschenden aufzwingen lassen. Und spricht sie weiter, als müsste er – noch als Ausgestossener – wenigstens mit der Sprache beweisen, dass er ein rechtmässiges Mitglied der Elite sei. So bleibt das Verständnis gesellschaftlicher Kritik denen vorbehalten, die an ihr nicht interessiert sind, weil sie ihre eigene Herrschaft in Frage stellt. Diejenigen aber, denen Gesellschaftskritik und -veränderung zum existentiellen Bedürfnis werden müssten, werden durch die elitäre Sprache von ihr ausgeschlossen.

* Hans Hehlen, Selektion. Aufsteigen, Absteigen, Beharren: Bildung als Herrschaftsmittel des Menschen über den Menschen am Beispiel einer Mittelschule. Verlagsgenossenschaft 1978. Vorwort von Alexander J. Seiler.

Zeitgemässer Verbesserungsvorschlag für das Pestalozzi-Denkmal
Neu: *Mundbinde gegen politische Äusserungen des Lehrers*
Neu: *Fussfessel (Leistungsdrill), um dem Schüler kapitalistische Ordnung einzuüben*

Deutschland, bleiche Mutter . . .

Von Niklaus Meienberg

Zum ersten Mal in Berlin, der geladenen Stadt. Spurensicherung (repérages . . .) im Zusammenhang mit Buch und Film über den Attentäter *Maurice Bavaud* (1916–1941), schweizerischer Theologiestudent aus Neuchâtel, der 1938 ein Attentat auf Hitler plante, welches jedoch nicht gelang*. Maurice Bavaud wurde 1941 im Mai enthauptet vom Pferdemetzger *Röttger* und seinen Gehilfen, in Berlin-Plötzensee.

Röttger gehörte anscheinend nicht zum Justizpersonal, war ein freischaffender Henker, pro Kopf wurde ihm ein angemessener Stücklohn vergütet. Die Akten, welche das belegen, sind trocken abgefasst wie alle Akten. Er soll, wie man uns im Berliner Justizsenat sagt, nach dem Kriege Selbstmord gemacht haben. Aus den Richterkreisen, welche allein in Plötzensee während des Dritten Reiches an die 2400 Menschen in den Tod schickten, wurde kein Selbstmord gemeldet. Die Herren, welche nach dem damals geltenden Recht streng rechtlich gerichtet hatten, wurden vorerst unbeschädigt in den Justizapparat der Bundesrepublik übernommen. Erst viel später wurde einigen empfohlen, sich vorzeitig pensionieren zu lassen, aber ein Zwang bestand diesbezüglich nicht. Wie der ehemalige Marinestabsrichter *Filbinger* sagte: *«Was damals rechtens war, kann heute nicht Unrecht sein»* (heute Ministerpräsident von Baden-Württemberg).

Und jetzt sieht man also den Hinrichtungsschuppen in Plötzensee, welcher vom noch immer funktionierenden Gefängnis, heute Jugendstrafanstalt, mit einer Mauer abgetrennt und zur Gedenkstätte umgebildet wurde. Als die Guillotine, welche von den sprachsauberen Deutschen «Fallbeilgerät» genannt wurde, einmal durch Bomben beschädigt worden war, hat man die Verurteilten, die bereits einen Aufschub der Hinrichtung erhofften, an Metzgerhaken aufgehängt.

Die sind auch noch zu besichtigen.

An der linken Wand ist ein Stück mit Plättchen verkleidet. Dort war früher ein Lavabo, wo sich das Vollzugspersonal die Hände waschen konnte, nachher.

Hängen macht weniger schmutzig als köpfen, wo Spritzer befürchtet werden mussten. Für das Waschen der Berufskleidung konnten Spesen verrechnet werden.

Das Todeshaus steht nicht mehr; es hat unter den Bomben gelitten. Dort wurden die Delinquenten aufbewahrt, bevor sie von zwei Justizwachtmeistern über den Hof zum Hinrichtungsschuppen begleitet wurden, dessen Eingänge von einer Pergola, freundlich übergrünt, geschmückt waren.

Doch der Rest vom Gefängnis ist noch da und funktioniert, aber anders. Hans Stürm wollte dort zuerst photographieren, bevor mit einer Kamera der Schauplatz erfasst wird. Also läuten am Gefängnistor. Sofort automatische Öffnung, sichtbar zwei Beamte hinter Panzerglas (gab es im Dritten Reich nicht, aber sonst kaum bauliche Veränderungen auf den ersten Blick). Mündlicher Verkehr über Gegensprechanlage: die Erlaubnis zum Photographieren muss im Justizsenat geholt werden, bitte Herrn K. verlangen. Beim Austritt unübersehbar, inwendig am Gefängnistor, der grosse Steckbrief mit Terroristenporträts. Automatische Schliessung.

Am Telefon dann der speditive Herr K., hilfsbereit. An diesem Freitag sei es schwierig, Begleitpersonal für unsern Rundgang durchs Gefängnis abzustellen, *Wir haben ohnehin gegenwärtig eine verdünnte Personaldecke.* Wir konnten dann doch hinein, die Decke liess manchmal den Inhalt durchscheinen: jugendliche Gefangene. Die Anstalt ist jetzt an manchen Orten farbig gestrichen, aber gesamthaft immer noch die strengen Backsteine. Mitten drin eine neugotische, zweitürmige Kirche, fast schon Kathedrale. Funktioniert auch noch, wie damals. Ohne die Tröstungen der hl. Religion wurde bis 1944 nicht hingerichtet.

Dann hinüber nach Berlin-Moabit. Hier war Bavaud zuerst im riesenhaften Untersuchungsgefängnis. Hinein darf man nicht, «das werden sie begreifen, nach den jüngsten Ereignissen», sagt Herr K., und wir begreifen. Denn hier haben doch ein paar lustige Frauen den Terroristen Till M. kürzlich herausgeholt. Den Maurice B. hat damals niemand herausgeholt. Auch er ein Terrorist, nach den *damaligen* Begriffen (nach den heutigen?), aber einer mit lohnendem Ziel. Schwer bewachte Anstalt, berittene, fahrende, gehende Polizei ringsherum, der photographierende Stürm wird immer wieder neu behindert. Muss aber nicht ins Käfig, im Photoapparat ist keine Maschinenpistole, tatsächlich.

*

Und dann ein Abstecher zur Mauer, und hinüber. Von einer Plattform aus sieht man historische Militärpersonen, die sind gekleidet fast wie die Wehrmacht, Kragenspiegel, Stiefel, Militärtuch, sozusagen wie damals, nur die kleidsame Helmform setzt einen neuen Akzent (russisch). Da wird gute preussische Tradition aufrechterhalten. Bekannt aus den alten Filmen, dieses Kostüm. Die Mauer und das übrige Befestigungssystem sehen auch sehr gelungen aus. Eine Art von Röhren, ganz oben, damit man abglitscht mit den Händen. Und den Hochsprung immer wieder übt. Spitzensportler der DDR wurden auf die Mauer angesetzt, sagt mir der Schriftsteller F., um zu testen, ob deren Überwindung einem gestählten Menschen noch möglich sei. Man kann den Sport nie genügend fördern. Entsprechend hoch wurde die Mauer dann gemacht. Hinter der Mauer, scheint's, der verminte Streifen. Weil dort niemand mähen kann, ohne die teuren Minen explodieren zu lassen, und weil aber doch zwecks guter Sicht das Gras dort nicht wachsen darf, sieht man leichtfüssige Hasen, welche die Vegetation niedrig halten. Staatlich geprüfte und vereidigte Tierchen. Nach dem Hasen-Minen-Streifen die spanischen Reiter, Tankfallen, sodann Reste von abgerissenen Häusern, oder Häuser mit vermauerten Fenstern. Es riecht nach Krieg, nach dem letzten und dem nächsten.

Auf diese Weise konnte verhindert werden, dass der massenhafte Auszug der Westdeutschen, die millionenweise in die DDR strömten, endlich gestoppt wurde und der Aufbau des Sozialismus nun ohne Überlastung vor sich geht.

Deshalb wohl sind auch die Zöllner der DDR contre cœur so rabauzig, müssen ihr frohes Naturell unterdrücken, weil sie nicht wünschen können, dass es uns zu sehr gefallen möge in Ost-Berlin, der Staat ist bereits überfüllt. Wir kommen aber am Checkpoint Charlie doch über die Grenze, nach einer Kontrolle von gut 50 Minuten. Deutschland im Sommer. Die westdeutschen Zöllner sind zwar seit Schleyer ebenfalls tüchtig, aber zu solchen Spitzenleistungen des Durchleuchtens noch nicht fähig. Wenn man hier filmen könnte . . .

Die *Polizisten* sind auch wacker. Nicht etwa brutal, nur hoch paternalistisch, eine Super-Schweiz der Uniformen, man ist daheim. Der Volkspolizist, nachdem man in einer sozusagen nicht markierten Einbahnstrasse gestoppt worden ist, wo jeder zweite Fremde zahlen muss, kassiert nicht einfach die Busse, sondern sagt, nachdem er den Pass gesehen hat: *Herr Meienburg, haben wir eine Verbotstafel nicht beachtet, gibt den Pass zurück, sagt: Herr Meienburg, ich werde mich noch mit Ihnen befassen müssen,* befasst sich eine Viertelstunde mit dem Fall, geht in sein Polizeiauto, kommt zurück, *Sie kriegen jetzt eine Quittung von mir, sobald Sie mir 30 Mark gezahlt haben;* und der Zöllner, welcher den Zwischenfall beobachtet hat, hebt den Schlagbaum erst, nachdem er didaktisch-pädagogisch seinen Kommentar gemacht hat, *das nächste Mal werden wir aber gewiss die Augen offenhalten!*

Dann die letzte Massnahme vor der Rückfahrt nach Berlin-West. Ein fahrbares Spiegelchen wird unter den Wagen geschoben, damit kontrollieren sie, ob man einem Bürger der DDR die Republikflucht ermöglicht, und ein solcher unter dem Auto hängt. Der Spiegel ist leicht schräg gestellt, so dass die ganze Unterfläche bequem erfasst werden kann, wenn dieser tüchtige Apparat dem Autorand entlangfährt.

* *Ein Film von Villi Hermann, Hans Stürm und Niklaus Meienberg.*

das konzept

Redaktion und Administration: Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich. Schweiz. Telefon ✆ (01) 47 75 30. PC-Konto 80-37626.

Redaktion: Bruno Baeriswyl, Ruedi Küng, Rolf Nef, Liselotte Suter.

Redaktionsstelle Bern: Fredi Hänni, Tel. (031) 25 88 05

Artikel geben jeweils die Meinung des Verfassers wieder.

Nachdruck nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

Für unverlangt zugesandte Unterlagen kann keine Verantwortung übernommen werden.

Herausgeber: Verein «das konzept» (Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenschaften, Studentenschaft der Universität Zürich, Verband der Studierenden an der ETHZ).

Erscheinungsweise: Monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Lehrerseminaren, Musikkonservatorien, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk. Auflage 32 000.

Inserate: Inserateverwaltung «das konzept», Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich. Tel. ✆ (01) 47 75 30, PC-Konto 80-36651
1-sp-mm-Zeile –.62 Fr. (übliche Rabatte)

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich

Redaktionsschluss: Nr. 9: 25. 8. 78
Inseratenschluss: Nr. 9: 31. 8. 78

Schweizer Multis mauscheln weiter um ein gutes Image in der Welt

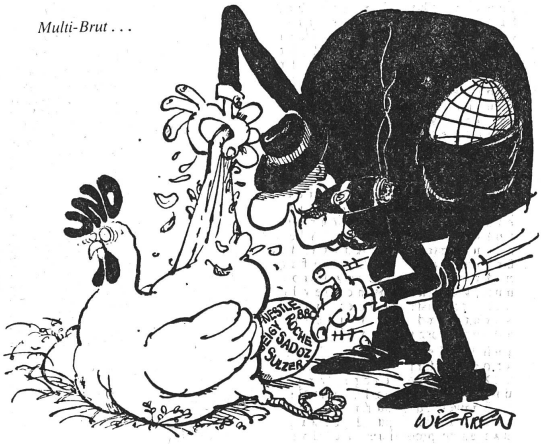
Die leisen Propagandisten

Vor kurzem enthüllte die Entwicklungsorganisation «Erklärung von Bern» mit einer Fülle von Dokumenten die Machenschaften der Schweizer Multis (Roche, Ciba-Geigy, Sandoz, BBC, Sulzer, Nestlé), welche die Uno unterwandern, um Kritik an ihrem Geschäftsgebaren zu verhindern bzw. abzuschwächen. Die Dokumente beweisen, dass die Multis in der Zeit von 1972 bis 1974 die Uno regelrecht unterwanderten, indem sie einen ihnen genehmen Vertreter (Alt-Bundesrat Schaffner) einschleusten, dass dieser dann sogar die Arbeit sabotierte, indem er den Konzernen Uno-interne Papiere zuspielte. Und schon wieder wird ein solcher Fall bekannt: Ende Mai hielt die Uno-Kommission für transnationale Konzerne ihre vierte Session in Wien ab. Der Leiter der schweizerischen Delegation, Minister Ph. Lévy von der Handelsabteilung, wurde wieder mit «Informationen» der schweizerischen Multis «versorgt», damit er eine den Multis freundliche Rede halten könne. Er hat's denn auch getan, und die Presse nahm eifrig die lobenden Worte des Politikers auf. Die «Leserzeitung» und «das konzept» sind gemeinsam diesem neuen Fall nachgegangen und dokumentierten, wie die Propagandastrategie der Konzerne funktioniert und wie die politischen Behörden mitmauscheln.

Vom 15. bis 26. Mai dieses Jahres hielt die Uno-Kommission für transnationale Konzerne (Multis) in Wien ihre vierte Session ab. Diese Kommission hat zur Aufgabe, Berichte über das Geschäftsverhalten der Multis zu prüfen und einzuschätzen. Sie gibt dann dem Zentrum für Transnationale Konzerne in New York Empfehlungen, wie sich die Uno gegenüber den Multis verhalten solle (z. B. «Kodex für gutes Verhalten»). In dieser Kommission für Multis sitzen auch Schweizer Regierungsvertreter, nämlich Minister **Philippe Lévy** von der Handelsabteilung in Bern und **M. W. Jaggi** von derselben Abteilung. Weiter sind Regierungsvertreter aus allen UNO-Mitglied-Staaten sowie Vertreter der Internationalen Handelskammer, von internationalen Gewerkschafts- und Konsumentenorganisationen vertreten.

Diesen Bericht schrieben Jean-Michel Berthoud von der «Leserzeitung» und Ruedi Küng vom «konzept».

Multi-Brut . . .



Sprachrohr der Konzerne

Der schweizerische Delegierte, Minister Lévy, gab an der Session zum Thema *«Tätigkeit der transnationalen Gesellschaften im südlichen Afrika»* ein wohlvorbereitetes und nachher an die Presse verteiltes Statement ab. Darin verurteilte er zu Anfang das System der Rassentrennung, schwang sich dann aber zu einer breit angelegten Lobhudelei schweizerischer Multis in Afrika auf. Lévy führte in der Sprache der PR-Stellen der Konzerne aus, eine Tochtergesellschaft eines schweizerischen Multis wende in ihrem Betrieb (7000 Beschäftigte, davon 70 Prozent Schwarze) das Prinzip «gleicher Lohn für gleiche Arbeit» an. Er verschwieg aber, dass die Schwarzen fast ausschliesslich für minderwertige Arbeiten eingestellt sind, die Diskrimination also schon auf dieser Ebene vorhanden ist. Lévy führte noch weitere Beispiele des holden Verhaltens der Schweizer (Tochter-)Firmen an, ohne daran auch nur einen Makel zu finden.

Woher kommt die Information?

Dass ein Schweizer Regierungsvertreter in einer wichtigen Uno-Kommission sitzt, ist nicht weiter fragwürdig. Wie er sich darin aber verhält, muss uns interessieren. Welchen Standpunkt nimmt ein Vertreter unserer *neutralen* Schweiz ein?

Tatsache ist: Vorgängig zur Session der Multi-Kommission wurde von der Schweizerischen Handelsabteilung eine Konferenz der Wirtschaftsverbände einberufen, in welcher die Verbände über das Problem der Multis angehört wurden. Der einzige, welcher an dieser Konferenz kritische Äusserungen vorbrachte, war der Vertreter des Gewerkschaftsbundes.

Tatsache ist auch: Der Leiter der schweizerischen Delegation, Lévy, wurde von den Konzernen mit «Informationen» versorgt. Dies gibt er selber zu in seinem Bericht: Seine Schilderung des prima Verhaltens der Multis fusste auf Angaben der Multis selber! Er bestätigte dies nochmals schriftlich dem Präsidenten der schweizerischen Anti-Apartheid-Bewegung, Pfr. P. Rutishauser: *«Die in der Erklärung zitierten Beispiele der Tätigkeit schweizerischer Unternehmen in Südafrika wurden Unterlagen entnommen, die mir von den Firmen zum persönlichen Gebrauch übergeben worden waren.»* (Brief von Lévy vom 31. 5. 78).

Damit ist allerdings das Mass des Interesses der schweizerischen Multis noch nicht voll: An den Sitzungen der Multi-Kommission nahm teilweise auch ein Vertreter des Chemiekonzerns Ciba-Geigy, Wenger, teil. Ja er lieferte der Delegation auch Informationen! Und weiter: Wenger lud nach der Session die Vertreter der Wirtschaft zu einem Essen ein.

«Nicht ganz richtig . . .»

Erstaunen muss die Tatsache, dass ein Herr Wenger, Schweiz. auf der Teilnehmerliste der Session nicht figuriert. Nach Auskunft von Delegationsmitglied Jaggi (Handelsabteilung) rühre das daher, dass erstens die Sitzungen öffentlich seien, dass zweitens Herr Wenger «zufällig» in Wien gewesen sei, weil die Ciba-Geigy gleichzeitig einen Managerkurs in Baden (Österreich, bei Wien) durchführte, dass drittens Herr Wenger nur ein bis zwei Stunden anwesend gewesen sei und dass viertens er keinerlei Beraterfunktionen ausgeübt habe. Diese Auskünfte widersprechen aber klar unseren Informationen, wonach Herr Wenger den Delegationsteilnehmern aus der Schweiz nicht nur ein Essen, sondern auch konzerngerechte Informationen servierte.

Auf unsere Frage, ob denn die einseitigen Information (nur von den Konzernen) die Neutralität der Schweizer Delegation nicht verunmöglicht habe, antwortete Jaggi: *«Wir haben keine Veranlassung gehabt, an den Angaben der Firmen zu zweifeln . . . Natürlich geben die Firmen vor allem nur die positiven Aspekte bekannt, weniger die negativen. Ihre Frage ist sicher berechtigt.»* Er meinte weiter, es sei halt schwierig, Informationen von z. B. den südafrikanischen Gewerkschaften (unsere Frage) einzuholen. *«Da müsste man halt schon mal selber hingehen.»*

An seiner inoffiziellen Teilpräsenz an der Wiener Session der Uno-Kommission im Verein mit der offiziellen Schweizer Delegation der Handelsabteilung kann Herr Wenger, Ciba-Geigy-Konzernstab-Mitglied, ebenfalls nichts Aussergewöhnliches finden. Wie sein Kollege Jaggi von der Handelsabteilung schon sagte, war er – wie er uns gegenüber auf Anfrage erklärte – *«rein zufällig»* dort. Auch seien diese Sitzungen öffentlich, und die Industrien hätten des öftern schon Beobachter an solche Sessionen mandatiert. So auch dieses Mal.

Die Angelegenheit ist um so brisanter, als erst vor kurzem die Entwicklungsorganisation «Erklärung von Bern» mit Dokumenten an die Öffentlichkeit gelangt ist, welche eindeutig beweisen, dass die Firmen massiv die Delegierten der Schweiz (damals Ex-Bundesrat Schaffner) beeinflussten und dass die Schweizer Delegation, vor allem Schaffner, als eigentlicher Saboteur der Uno fungierte.

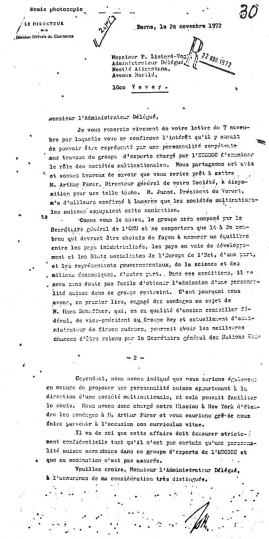
Schweizer Behörden und Konzerne Hand in Hand

Die Multis kämpfen um ein gutes Ansehen in der Welt. Deshalb wollen sie verhindern, dass in der Presse und in der Uno kritische Berichte verfasst werden, Berichte, die zeigen, dass es den Multis nicht um Entwicklung, sondern um grösstmöglichen Profit geht. Dabei scheuen sie auch vor üblen Machenschaften nicht zurück (vgl. Kasten «Multi als Schmugglerbande»).

Als 1972 der «Wirtschafts- und Sozialrat» (ECOSOC) der Uno eine Expertengruppe zusammenstellte, welche den Einfluss der Multis auf die Weltwirtschaft untersuchen sollte, handelten die Schweizer Multis (Roche, Ciba-Geigy, Sandoz, BBC, Sulzer, Nestlé) im Konzert. Sie versuchen, in diese Gruppe der «Eminent Persons» einen der Ihren einzuschleusen, nämlich Generaldirektor *Fürer* der Nestlé (vgl. Dokument 8).

Deshalb scheint es uns ganz besonders wichtig, dass die Schweiz in diesem Komitee vertreten ist. Wegen der wichtigen Stellung der multinationalen Konzerne in der Schweizer Wirtschaft erlauben wir uns vorzuschlagen, dass, falls ein Schweizer Experte von den kompetenten Uno-Instanzen zugelassen werden sollte, eine Persönlichkeit ausgewählt wird, **die die Rolle der schweizerischen multinationalen Konzerne in der Welt sehr gut und wenn möglich aus der Praxis kennt.**

Die Handelsabteilung in Bern versteht den Wink der Konzerne mit dem Zaunpfahl und verspricht, in der Sache tätig zu werden. Nur: Der Direktor der Schweizerischen Handelsabteilung, Botschafter *Jolles,* war ein kluger Taktiker. Anstelle des offensichtlichen **Konzern**vertreters Fürer schlägt er den «gouvernementalen» Ex-Bundesrat *Schaffner* vor (vgl. Dokument 30). Das schaut besser aus.



Bern, le 20 novembre 1972

30

Monsieur P. Liotard-Vogt,
Administrateur délégué,
Nestlé Alimentana,
Avenue Nestlé,
1800 Vevey.

Monsieur l'Administrateur Délégué,

Je vous remercie vivement de votre lettre du 7 novembre par laquelle vous me confirmez l'intérêt qu'il y aurait de pouvoir être représenté par une personnalité compétente au sein du groupe d'experts chargé par l'ECOSOC d'examiner le rôle des sociétés multinationales. Nous partageons cet avis et saurons trouver le moyen que vous serez près à entrer.

M. Arthur Fürer, Directeur général de votre Société, à disposition pour une telle tâche. M. Junod, Président de Vevey, m'a d'ailleurs confirmé à bonne que les sociétés multinationales suisses apprécient cette sonriction.

Comme vous le savez, le groupe sera composé par le Bureau général de l'ONU et se compotera que 14 à 20 membres qui devront être choisis de façon à assurer un équilibre entre les pays industrialisés, les pays en voie de développement et les Etats socialistes de l'Europe de l'Est, d'une part, et les représentants gouvernementaux, de la science et des milieux économiques, d'autre part. Bien ces conditions, il ne sera sans doute pas facile d'obtenir l'admission d'une personnalité suisse dans ce groupe restreint. C'est pourquoi nous avons, en premier lieu, engagé des sondages au sujet de M. Hans Schaffner, qui, en sa qualité d'ancien conseiller fédéral, de vice-président du Groupe Bay et actuellement d'administrateur de firmes suisses, pourrait choisir les meilleures chances d'être retenu par le Secrétaire général des Nations Unies.

- 2 -

Dépendant, nous avons indiqué que nous serions également en mesure de proposer une personnalité suisse appartenant à la direction d'une société multinationale, et cela pourrait faciliter le choix. Nous avons donc chargé notre Mission à New York d'étudier les candidats à M. Arthur Fürer et vous assurions qu'il ne nous faire parvenir à l'occasion son curriculum vitae.

Il va de soi que cette affaire doit demeurer strictement confidentielle tant qu'il n'est pas certain qu'une personnalité suisse sera choisie dans ce groupe d'experts de l'ECOSOC et que sa nomination n'est pas assurée.

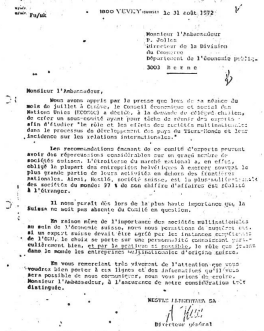
Veuillez croire, Monsieur l'Administrateur Délégué, à l'assurance de ma considération très distinguée.

Dokument Nr. 30, 20. November 1972; Antwort der Handelsabteilung (Direktor, Botschafter Jolles) an Nestlé (P. Liotard-Vogt, Delegierter).

Wir teilen diese Ansicht **(nämlich dass unbedingt ein Vertreter der Schweizer Multis in das Uno-Sub-Komitee gescheuct werden sollte,** die Red.) und sind glücklich zu wissen, dass Sie bereit wären, Herrn *Arthur Fürer,* Generaldirektor Ihres Unternehmens, für eine solche Aufgabe zur Verfügung zu stellen. Herr Junod, Präsident des Vorortes, hat mir in Luzern übrigens bestätigt, dass die schweizerischen multinationalen Gesellschaften diese Nominierung unterstützen. Es wird zweifellos nicht leicht sein, in diese kleine Gruppe eine Schweizer Persönlichkeit zu bringen. Deshalb haben wir sofort Sondierungen um die Person von Herrn Hans Schaffner an die Hand genommen, der, als Alt-Bundesrat, als Vizepräsident der Rey-Gruppe und zurzeit Verwaltungsratsmitglied schweizerischer Firmen, bessere Chancen haben könnte, vom Uno-Generalsekretär für dieses Subkomitee berücksichtigt zu werden.

Wir haben indessen bekanntgemacht, dass wir auch in der Lage wären, eine Schweizer Persönlichkeit aus der Direktion einer multinationalen Gesellschaft vorzuschlagen, falls das die Wahl erleichtern würde. Wir haben unsere Mission in New York beauftragt, die Sondierungen zur Person Herrn Arthur Fürers auszuweiten, und wären Ihnen dankbar, wenn Sie uns gelegentlich seinen Lebenslauf zukommen lassen könnten.

Es ist klar, dass diese Angelegenheit **streng vertraulich** bleiben muss, solange es nicht sicher ist, dass eine Schweizer Persönlichkeit in dieser ECOSOC-Expertengruppe zugelassen sein wird und deren Nominierung nicht gesichert ist.



NESTLÉ ALIMENTANA S.A.
CHAM-VEVEY

3

NOO VEVEY, le 31 août 1972

Monsieur l'Ambassadeur
P. Jolles
directeur de la Division
du Commerce
Département fédéral de l'économie publique
3003 Berne

Monsieur l'Ambassadeur,

Nous avons appris par la presse que lors de la séance du mois de juillet à Genève, le Conseil économique et social des Nations Unies (ECOSOC) a décidé, à la demande de différents éléments, de créer un sous-comité ayant pour tâche de réunir des experts, afin d'étudier "le rôle et les effets des sociétés multinationales dans le processus de développement des pays du Tiers-Monde et leur incidence sur les relations internationales."

Les recommandations émanant de ce comité d'experts pourront avoir des répercussions considérables sur un grand nombre de sociétés suisses. L'économie du monde capitaliste, en effet, obligé le plupart des entreprises helvétiques à entrer concrètement la plus grande partie de leurs activités au dehors des frontières nationales. Alimentana, Nestlé, société suisse, est la plus multinationale des sociétés du monde: 97 % du chiffre d'affaires est réalisé à l'étranger.

Il nous paraît dès lors de la plus haute importance que la Suisse ne soit pas absente du Comité en question.

En raison même de l'importance des sociétés multinationales en sein de l'économie suisse, nous nous permettons de demander si et en quoi la Suisse devrait être appelé par les instances compétentes de l'ONU, ou se porte sur une personnalité suisse, plus précisément bien, en tant qu'expert en question. Il doit être en mesure de défendre dans le monde les entreprises multinationales d'origine suisse.

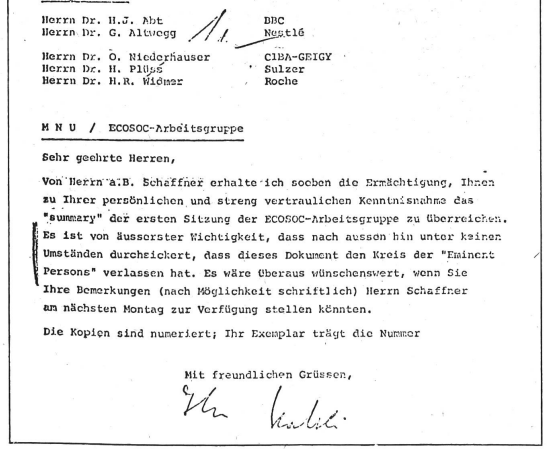
En vous remerciant très vivement de l'attention que vous voudrez bien porter à ces lignes et des informations qu'il vous sera possible de nous communiquer, nous vous prions de croire, Monsieur l'Ambassadeur, à l'assurance de notre considération très distinguée.

NESTLÉ ALIMENTANA SA
Directeur général

Dokument Nr. 8, 31. August 1972; Brief von Nestlé (Generaldirektor A. Fürer) an den Direktor der Handelsabteilung im Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement, Botschafter Jolles.

Durch die Presse haben wir erfahren, dass der Wirtschafts- und Sozialrat der Uno (ECOSOC) an seiner Sitzung vom Juli in Genf auf Antrag des chilenischen Delegierten beschlossen hat, ein Subkomitee zu schaffen, in dem Experten «Rolle und Wirkung der multinationalen Konzerne im Entwicklungsprozess der Länder der dritten Welt und ihre Einwirkungen auf die internationalen Beziehungen» studieren sollen.

Die Empfehlungen dieses Expertenkomitees können beträchtliche Auswirkungen auf eine grosse Anzahl von Schweizer Konzernen haben. Die Begrenztheit des nationalen Marktes hat die meisten schweizerischen Unternehmen gezwungen, den grössten Teil ihrer Aktivitäten ausserhalb der nationalen Grenzen auszuüben. So ist die schweizerische Gesellschaft Nestlé der grösste multinationale Konzern der Welt: 97 Prozent ihres Umsatzes werden im Ausland realisiert.



81

SANDOZ A.G.
WIRTSCHAFTSFRAGEN

CH-4002 BASEL, SCHWEIZ
24. Oktober 1973
2400/Dr.Gl/TG

Express

Herrn Dr. H.J. Abt — BBC
Herrn Dr. G. Altwegg — Nestlé

Herrn Dr. O. Niederhauser — CIBA-GEIGY
Herrn Dr. H. Plüss — Sulzer
Herrn Dr. H.R. Widmer — Roche

MNU / ECOSOC-Arbeitsgruppe

Sehr geehrte Herren,

Von Herrn a.B. Schaffner erhalte ich soeben die Ermächtigung, Ihnen zu Ihrer persönlichen und streng vertraulichen Kenntnisnahme das "Summary" der ersten Sitzung der ECOSOC-Arbeitsgruppe zu überreichen. Es ist von äusserster Wichtigkeit, dass nach aussen hin unter keinen Umständen durchsickert, dass dieses Dokument den Kreis der "Eminent Persons" verlassen hat. Es wäre überaus wünschenswert, wenn Sie Ihre Bemerkungen (nach Möglichkeit schriftlich) Herrn Schaffner am nächsten Montag zur Verfügung stellen könnten.

Die Kopien sind numeriert; Ihr Exemplar trägt die Nummer

Mit freundlichen Grüssen,

Multi als Schmugglerbande

Der Basler Chemie-Multi Ciba-Geigy besitzt eine Niederlassung in Indonesien. Mit der indonesischen Regierung bestand eine Vereinbarung, wonach die Chemiefirma eine «Rimactan»-Anlage* im Land errichte. Ciba-Geigy erwirkte bei der indonesischen Regierung das Recht (die Konzession), die technische Anlage zollfrei zu importieren. In die Sendung, welche von Basel aus geschickt wurde, schmuggelte die Firma jedoch weitere, nicht unter das Zollfrei-Abkommen fallende Einrichtungen mit ein; durch dieses Mätzchen «sparte» die Firma 100 000 Fr. an Zollgebühren ein bzw. entging dieser Betrag dem indonesischen Staat.

*) Tuberkulose-Heilmittel

Ph. Lévy, ein Mann auf vielen Stühlen

Minister Lévy von der Schweizerischen Handelsabteilung, Delegierter bei der Uno-Kommission für Transnationale Gesellschaften (und daselbst Sprachrohr der heimischen Multi) übt noch eine weitere, in diesem Zusammenhang brisante Funktion aus: Er ist Mitglied jener OECD-Aufsichtskommission, welche den «Kodex» für gutes Verhalten» der Multis überwacht. Die internationalen Gewerkschaften haben das Recht, bei dieser Kommission Fälle anzuzeigen, wo Multis den Kodex verletzt haben. Diese prüft und urteilt dann. Es sind nun in der letzten Zeit wiederholt Fälle bekanntgeworden, bei welchen diese Aufsichtskommission nicht weiter untersuchte, weil angeblich keine Gründe dafür vorgelegen seien. Bei der Verfilzung der Multis mit den Regierungsvertretern kommt allerdings dieses sonderbare Verhalten nicht von ungefähr.

LeserZeitung
Alternativmagazin

Zusammenarbeit

In diesen kühlen Sommerwochen wird allenthalben viel von Zusammenarbeit der alternativen Blätter der Schweiz geredet. Die Redaktionen der «Leserzeitung» und des «konzepts» wollten dem Gerede auch zu ein wenig Realität verhelfen. Der Artikel auf dieser Seite ist diese Realität: Er ist gemeinsames Produkt der beiden Zeitungen.

das konzept

Der Delegierte der Schweiz als Spion

Im Hintergrund spielte das Konzernorchester: Die Direktoren der betroffenen Konzerne tagen regelmässig, um die Informationsstrategie zu besprechen. Man will Schaffner, als er in die Gruppe der «Eminent Persons» aufgenommen worden war, als Lautsprecher benützen. Und Schaffner spielt mit. Er lässt sich von den Konzernen «Informationen» geben.

Und wie beim neu entdeckten «Fall Wenger» spielt auch ein Wirtschaftsmann als «Berater»: Damals war das ein Herr Glättli, stellvertretender Direktor bei Sandoz, welcher Schaffner zur Seite stand und für glatte Information aus dem Konzernhauptquartier sorgte. Was dem Fass von Propaganda allerdings den Boden rausprengte, war der Umstand, dass Schaffner den Multis Dokumente über den Verlauf der Sitzungen der «Eminent Persons» zuschicken liess (über Glättli), obwohl diese Informationen *geheim gewesen sind* (vgl. Dokument 81). Er wirkt als Saboteur der Anstrengungen der Uno-Gruppe, indem er den Schweizer Multis die Gelegenheit gab, die Argumente zum voraus zu kennen und darauf gleich in der Gruppe (über Schaffner) antworten zu können.

Schaffner strich den tiefen Bass, der ihm in dieser illustren Guggen-Musig zugewiesen worden war, mit Inbrunst: Er liess sich von den Multis mit Gegenargumenten versehen, und konterte auf den kritischen Bericht der Uno-Gruppe: Es sei darin zu emotionellen und unhaltbaren Schlussfolgerungen gekommen. Im Interesse eines ausgeglichenen Bildes müssten auch die positiven Seiten der Multis hervorgehoben werden, unter anderem die Tatsache, dass sie Kapital für produktive Zwecke mobilisierten, zu diesem Zweck oft sehr substantielle Risiken eingingen usw. usf.

Machenschaften aller Art

Schaffner diente aber auch dazu, die relativ kritischen Mitglieder der «Eminent Persons»-Gruppe zu diffamieren, etwa den ehemaligen holländischen Minister Sicco Mansholt («extrem links stehend»), oder den Minister der BRD Hans Matthöfer («ebenfalls extrem links stehend»). Die Multis selber bauten in ihren Propagandafeldzug auch die Ausschaltung eines kritischen Gewerkschaftsvertreters ein (Charles Levinson), indem sie gemeinsam beschlossen, an allen Veranstaltungen durch Abwesenheit zu glänzen, wo Levinson auftrete. Ein weiteres Meisterstück Multi-gerischen Verhaltens ist das Weichmachen von Wirtschaftsjournalisten, damit diese hübsch und brav berichten. Sie werden von den Konzernen regelrecht bearbeitet, behöbelt, mit geldfeissen Aufträgen (Bücherschreiben usw.) versorgt. (Die «Leserzeitung» und «das konzept» werden dieses Kapitel in einem erneut gemeinsam verfassten Beitrag in einer nächsten Nummer aufschlagen.)

USA: Wird auch Sonnenenergie Sache der Energiemonopole?

Profit auch aus der Sonne

Von Tobias Kästli

Zurzeit ist in den USA (wie in den anderen Staaten auch) die Atomenergie am Zug. Sonnenenergie ist Sache von überzeugten einzelnen. Im sonnigen Kalifornien war allerdings die Sonnenenergiegewinnung schon einmal weit verbreitet. Sie wurde erst durch das billige Öl verdrängt. Die Atomlobby will heute ihre Gewinne aus der Kernenergie sichern, plant aber für die Zukunft: Mit gigantischen Projekten drohen die Energiemonopole der USA auch die Sonne in ihren Profittrieb einzuspannen. Eine demokratische Bewegung muss dagegen jetzt schon für die Dezentralisierung der Sonnenenergiegewinnung kämpfen. Tobias Kästli hat sich in Kalifornien direkt informiert.

Die Redaktion

In der Schweiz war von Befürwortern der Nuklearenergie häufig zu hören, die Sonnenenergie sei keine echte Alternative; Sonnenkollektoren könnten vielleicht wirtschaftlich eingesetzt werden in Gebieten wie Texas und Kalifornien, nicht aber bei uns, denn hier sei die Sonneneinstrahlung zu gering. Ich war während anderthalb Monaten in Kalifornien; ich habe erfahren, wie auch dort die Nutzung der Sonnenenergie bekämpft wird, und zwar von ähnlichen Interessengruppen wie in der Schweiz. Ich habe aber auch erfahren, dass in den USA eine Tendenz wächst, die Sonnenenergie so zu nutzen, dass sie zu einer ähnlichen Bedrohung wie die Atomenergie werden könnte. Dezentralisiert genutzte Sonnenenergie erscheint den Energiemonopolgesellschaften als Gefährdung ihrer Profitinteressen, zentralisiert genutzte Sonnenenergie könnte zur neuen Gefahr für Gesellschaft und Umwelt werden.

Sonnenkollektoren schon um 1900

In der Gegend von San Francisco ist für die privaten Haushalte das Gas wichtigster Energiespender. Das Gas wird über Fernleitungen, sogenannte *«Lifelines»*, geliefert. Die Stadt hängt an den Lifelines wie der Embryo an der Nabelschnur. Die Sache ist ziemlich risikoreich, weil San Francisco Erdbebengebiet ist; bei einem Erdbeben könnten die Lifelines abbrechen. Diese Situation erklärt, weshalb der Sonnenkollektor als eigener Energiespender auf dem Hausdach nicht nur aus ökologischen Gründen erwünscht ist, sondern auch dem Sicherheitsbedürfnis der Leute direkt entgegenkommt.

Sonnenkollektoren waren in Kalifornien schon einmal ziemlich weit verbreitet. In der Zeitschrift *«CoEvolution»* vom Herbst 1977 erzählt der 84jährige Walter Van Rossem, dass er als kleiner Junge mit seiner Familie in ein neues Haus in Pasadena (Los Angeles) gezogen sei, und da sei auf dem Dach ein Sonnenkollektor für die Warmwasseraufbereitung gewesen. In der Nachbarschaft sei kaum ein Haus gebaut worden, das nicht auch einen solchen Kollektor auf dem Dach gehabt hätte. Erst mit der Entdeckung des Erdöls von Signal Hill (Los Angeles) um 1920 gerieten die Solarheizungen aus der Mode, weil das Öl so billig zu haben war.

Die erste Solarheizung wurde 1891 patentiert; der Erfinder hiess Clarence M. Kemp. Sein System war bereits recht effizient, wurde dann noch verbessert. 1909 lancierte William J. Baily, aufbauend auf Kemps System «Climax», den «Day and Night Solar Water Heater». Mit Hilfe eines gut isolierten Reservetanks konnte er erreichen, dass Tag und Nacht genügend Warmwasser zur Verfügung stand.

Im Jahr 1897 hatten 30 Prozent der Häuser in Pasadena sonnengeheiztes Warmwasser, Bailys Tag-und-Nacht-System war ein Erfolg; 1920 verkaufte die Firma «Day and Night» allein 1000 Einheiten. Dann aber kam mit der Entdekkung der Ölvorkommen der Vormarsch des Naturgases. 1926 verkaufte «Day and Night» nur noch 350 Einheiten und 1930 nur noch 40. Die letzte Einheit wurde 1941 gebaut.

Opposition gegen Atomkraftwerke

Erdöl und Erdgas lagen in den Händen grosser monopolistischer Gesellschaften; ebenso die Kohle. Als nach dem Zweiten Weltkrieg Atomreaktoren gebaut wurden, war das erst recht *eine Sache des Grosskapitals.* Dieses Faktum allein hätte aber noch nicht zu bewirken vermocht, dass die Bevölkerung gegen die Energiemonopole protestierte und sich auf die Sonnenkollektoren zurückbesann. Wie bei uns in der Schweiz wurde die Opposition erst lebendig, als die vielfältigen Gefahren im Zusammenhang mit der Atomenergie vermehrt publik wurden.

Heute gibt es in den USA, und besonders in Kalifornien, eine wachsende Bewegung gegen die Atomenergie, welche sowohl auf der Ebene der Gesetzgebung wie auf der Ebene der Massenkundgebung aktiv wird.

Es scheint heute in den USA klar zu sein, dass die Sonnenenergie stärker genutzt werden muss. Der 3. Mai 1978, der zum «Tag der Sonne» erklärt worden war, wirkte als unüberhörbares Signal. Präsident Carter selbst zeigte sich für TV und Presse vor einem Sonnenkollektor und kündete an, dass im nächsten Budget 100 Millionen für die Förderung der Sonnenenergie und anderer erneuerbarer Energien vorgesehen würden.

Jane Fonda wirbt für Sonnenenergie

Auf dem Campus der Universität von Berkeley fand am «Sun Day» ein grosses Meeting statt, bei dem es nicht nur darum ging, für Sonnenenergie einzutreten, sondern auch dafür, *dass die Gewinnung der Sonnenenergie nicht wiederum eine Angelegenheit der grossen Energiemonopole wird.* Jane Fonda war nicht nur Aushängeschild für das Meeting, sondern auch militanteste Schprecherin. Sie beschuldigte die Firma «Pacific Gas und Electric», im letzten Jahr 750 000 $ eingesetzt zu haben, um ihre bisherige Monopolstellung als Energielieferant in Kalifornien auch im beginnenden Zeitalter der Sonnenenergie bewahren zu können.

Jane Fonda vertrat die Auffassung, dass Sonnenenergie, wenn man die Monopole draushalten könne, die Unabhängigkeit der kleinen Leute stärken würde. Sie zitierte auch einen Forschungsbericht des «California Public Policy Center», wonach bis zum jahr 1990 etwa 400 000 neue Arbeitsplätze geschaffen würden, wenn Kalifornien auf Sonnenenergie umstellen würde; *«Umweltschützer und Arbeiterbewegung werden schliesslich zusammenarbeiten»,* rief Jane Fonda einer 4000köpfigen Menge zu.

Gouverneur Brown und die «Small is Beautiful»-Bewegung

Jane Fonda vertritt mit rhetorischem Geschick die Anliegen ihres Mannes, des früheren radikalen Studentenführers *Tom Hayden.* Dieser hat eine Bewegung für Wirtschaftsdemokratie gegründet. In sein Konzept gehört auch die Förderung der Sonnenenergie. Er durfte hoffen, beim jetzigen Gouverneur von Kalifornien, Jerry Brown, einige Unterstützung zu finden. Brown gibt sich gerne ein bisschen unkonventionell. Einer seiner Berater ist der Architekt Sim Van der Ryn, der ein Anhänger der dezentralisierten Produktion gemäss dem Konzept des englischen Ökonomen Schumacher ist (small ist beautiful). Am «Sun Day» verkündete Brown, er habe Van der Ryn zum Vorsteher eines neuen Büros zur Förderung der Sonnenenergie ernannt; das Büro hat einen Beirat, in dem Tom Hayden sitzt. Hayden wurde von Brown auch zum Vertreter Kaliforniens im «Western Sun project» ernannt, einem regionalen Projekt zur Förderung der Sonnenenergie. Ob es Van der Ryn und Hayden gelingen wird, in Anlehnung an Gouverneur Brown die Sonnenenergie im Sinne des sozialen Fortschritts zu fördern, scheint fraglich.

Atomlobby und Weltraumlobby

Trotz wachsendem Widerstand des Volkes gegen Atomkraftwerke ist die Atomlobby in Kalifornien noch sehr stark. Der Republikaner Evelle Younger möchte mit ihrer Hilfe den «umweltfanatischen» Brown vom Gouverneursposten verdrängen. Er macht sich deshalb stark für Atomkraftwerke. Kürzlich verkündete er an einer Pressekonferenz – assistiert vom Atomphysiker Edward Teller –, Kalifornien brauche bis zum Jahr 2000 noch 50 neue Atomreaktoren!

Grössere Gefahr droht den Konzepten von Hayden und Van der Ryn aber durch Pläne, welche eine zentralisierte Nutzung der Sonnenenergie im Sinn einiger Grossunternehmungen vorsehen. Das linke Monatsmagazin *«Mother Jones»* hat in seiner Mainummer einen solchen Plan detailliert beschrieben. Es geht darum, dass Boeing und andere Firmen zusammen mit der Nasa riesige Sonnenkollektoren im Weltraum installieren wollen. Es ist die Rede von einem Kollektor, der grösser sein soll als die Grundfläche von Manhattan! Die Sonnenenergie würde in Form von Mikrowellen zur Erde zurückgeschickt. Es handelt sich um das grösste bisherige Weltraumprojekt, würde Dutzende Milliarden von Dollars kosten, würde ungeheure Mengen von Energie verschlingen, bevor es selbst Energie liefern könnte. Die Übertragung der Energie durch Mikrowellen würde grosse Gefahren in sich tragen, denn alle Lebewesen im Bereich von Mikrowellen werden geschädigt (Krebs!). Gouverneur Brown findet übrigens dieses Projekt unterstützenswert, denn «small ist beautiful on earth», klein sei schön auf der Erde, aber im Weltall sei gross besser!

Selbstgebaute Kollektoren

Tom ist Biologiestudent in Berkeley (Kalifornien), er beschäftigt sich vor allem mit Ökologie; von daher hat er die Motivation, sich durch das praktische Beispiel für die umweltfreundliche Sonnenenergie einzusetzen. Er zeigt mir seinen selbstgebauten Sonnenkollektor. Er hat etwa 100 Arbeitsstunden gebraucht, um den Holzrahmen herzustellen, die wasserführenden Kupferrohre einzupassen, das Kupferblech darunterzulegen und das Ganze schwarz anzustreichen. Er hat ausschliesslich «recycled», also gebrauchtes Material verwendet. Der etwa 1,5×2,5 m grosse Kollektor hat ihn nicht mehr als 80 $ gekostet.

Bill ist Rentner. Auch er hat einen Sonnenkollektor selbst gebastelt. Er hat ihn auf dem Dach seines Häuschens in Richmond montiert. Seine monatliche Energierechnung ist seitdem von 25 $ auf 9 $ gesunken (er hat auch alle Fenster doppelverglast und weitere Energiesparmassnahmen getroffen). Der Kollektor liefert ihm immer genügend warmes Wasser. Ein Problem besteht aber darin, dass die Steuerbehörden die Auffassung vertreten können, sein Haus habe durch den Sonnenkollektor einen Wertzuwachs erfahren und er müsse darum mehr Steuern bezahlen. Diese steuertechnische Bremse gegen Sonnenkollektoren wird gegenwärtig in Kalifornien auf gesetzlicher Ebene bekämpft.

Schlussfolgerungen

Man kann sagen, dass in Kalifornien die Sonnenenergie von niemandem prinzipiell bekämpft wird. Erdöl-Kohle-Atomlobby bekämpfen Sonnenenergie nur insofern, als sie als Promoter eines demokratischeren Wirtschaftssystems gilt. Insofern die Nutzung der Sonnenenergie aber profittträchtiges Geschäft zentralisierter Grossproduktion sein kann, ist die ganze Angelegenheit für die Monopolgesellschaften natürlich interessant. Diese Möglichkeit zeichnet sich in der Schweiz vorderhand noch weniger deutlich ab als in den USA.

In Kalifornien ist mir klar geworden, was auch für die Schweiz zutrifft: Wenn wir eine echte Alternative zur gegenwärtigen Atomenergiepolitik wollen, dann genügt es nicht, einfach mehr Sonnenenergie zu fordern, sondern wir müssen dann gleichzeitig für eine dezentralisierte, demokratisch kontrollierbare Energieproduktion kämpfen. Andernfalls könnte auch die Sonnenenergie eines Tages lebensbedrohend werden!

Wer im Flitzer gern mal sitzenbleibt.
Wer Schirm und Schutz gewährt – und nutzt.
Wem daher auch der Regen zum Vergnügen wird.
Wer das Echte liebt – der raucht Gauloises.
Würzig und unverwechselbar im Tabak.

GAULOISES

SSS STUDENTEN SCHREIB-SERVICE

● DISSERTATIONSDRUCK

Als Spezialisten bieten wir: fachgemässe Ausführung, kürzeste Lieferfristen, günstigste **Alles-inklusive-Preise** (inbegriffen: Verkleinerung der Vorlage, Offsetdruck, farbiger Umschlag, Titelsatz, Binden, administrative Umtriebe).

● REINSCHRIFTEN aller Art

SONNEGGSTR. 26 • 8006 ZÜRICH • ☎ 01 / 32 00 88

SUMMERFÄSCHT
Uf de Allmänd Brunau Zürich
14.15.16. Juli 78

Musig: Pan Lovecraft, Skibbereen, Providence, Stascha, Musig fo de Schüürmüüs, Reyband, Dschubutt Teigers, Inflagranti, Alte Gäste, Massasch, Ärse, Infoschtänd, Kindergruppen, LPG-S.D.

MOJON'S ARMY-SHOP

Sofort zugreifen:

U.-S.-ARMY-Schlafsack

Fabrikneu, wasserdicht, sehr dick gefüttert, waschbar. **Nie mehr kalt haben.** Ideal für Übernachtungen im Freien. 3,5 kg schwer, 230 cm lang. Spitzenprodukt zu Schlagerpreis:

Brutto **89 Fr.**

zuzüglich 6 Fr. Versandspesen. Passende Traghülle dazu (fakultativ): 7 Fr. Sofortversand mit Einzahlungsschein. Rückgaberecht.
Studentenrabatt: 5%; ab 100 Fr. 10%.
Bestellen oder Prospekt anfordern.

NICOLAS MOJON & CO. AG
Bethlehemstr. 114, 3018 Bern
Tel. ✆ (031) 55 33 66

Weiterhin führen wir u. a. im Schlafsacksektor:
– Warme **Decken-Schlafsäcke** (ohne Kapuze). Zwei bilden auf Wunsch einen Doppel-Schlafsack.
– Original-**Schweizer Armee-Schlafsack.**

Noch wenige Plätze frei!

Zwei unvergessliche Reisen voller Abenteuer:

Ladakh
Srinagar-Kargil-Saspol-Leh-Srinagar-Amritsar-Delhi-Jaipur-Agra-Benares
15.7. - 7.8. Fr. 3.150.--

Afghanistan
Zentralroute:
Kabul-Ghazni-Herat-Jam-L'al-Band-I-Amir-Bamiyan-Mazar-I-Sharif-Kabul. 21.7.-15.8./25.8.-19.9.
Fr. 2.750.--

SSR-Reisen
Leonhardstrasse 10, 8001 Zürich
Telefonverkauf: 01/242 31 31

anders als anders
Reisen für junge Leute.

Niklaus Meienberg

Jagdgespräch unter Tieren

*oder: Besprechung der waidmännischen Qualitäten des Nimrods und Chefredakteurs Fred Luchsinger durch die von ihm gejagten Kreaturen, mit bescheidenem Exkurs in sein Berufs- und Klubleben; oder Festschrift für das 10jährige Bestehen von F. L. als Chefredakteur (1968–1978); oder Unrast im Walde.**

Wir befinden uns im Unterholz des schönen Jagdreviers von Rafz im Zürcher Unterland, hart an der deutschen Grenze. Ein begnadetes Gebiet mit reichlich Schalenwild und Raubwild, aber fast ohne Flugwild. Es sind an Wildbretarten vertreten: Reh, Wildschwein, Sika-Hirsch, Has, Fuchs, Dachs, Steinmarder, Edelmarder, Iltis. Durch die Unbill der Witterung gedrängt, kuscheln sich im Junggtannendickicht völlig unvereinbare Tierarten aneinander, nämlich das Wildschwein Fridolin und das Reh Mirza, und verwikkeln sich in einen Disput:

Fridolin: Ich hörs knirschen im Schnee. Ob er heut wohl kommt und wir uns einen Schranz lachen können, wenn er wieder danebenbumst trotz Zielfernrohr?

Mirza: Heut ist Freitag, da schreibt er den Leitartikel für den Sonntag, heut jagt er mit der Schreibmaschine, es ist Ruhetag für uns.

F: Ich hör es aber knirschen.

M: Deine Witterung lässt nach, hier riecht es deutlich nach Schmidheini, der riecht viel milder als Luchsinger. Schmidheini hat den leicht schmiedeisernen Escher-Wyss-Geruch, dort ist er Verwaltungsratspräsident. Er präsidentelt auf vier Kilometer gegen den Wind.

Man hört den Schneewind im Walde pfeifen.

F: Deine undifferenzierten unausgewogenen Nüstern bringen alles durcheinander. Hier riecht es höchstens, wenn schon nicht nach Luchsinger, dann nach Dr. Rudolf Blum, Patentanwalt und Bildersammler. Auch in Anbetracht der infinitesimal zarten Erschütterungen des Bodens schliesse ich auf den bewährten Leisetritt von Dr. Blum.

M: Vielleicht sind alle drei gemeinsam auf der Pirsch, wie's auch schon vorkam seit sie unser Revier gepachtet haben zusammen mit dem trefflichen Hans Schweizer von der Finanzverwaltung und seinem Bruder dem Förster. Hast Du übrigens die Erklärung gehört, die Herr Schweizer dem Radio abgegeben hat in bezug auf das Wesen der Jagd im allgemeinen und die Schönheiten unseres Rafzer-Reviers im besonderen? Ich hätt' hier eine Tonbandaufnahme.

F: Also bitte.

Originalton Schweizer: Da in dem Jagdrevier wir fünf Pächter, also der Generaldirektor von einer bedeutenden Firma, ein Rechtsanwalt, einer ist der Chefredaktor einer bedeutenden Zeitung, dann ich, und der Bruder, der hier Förster ist, – dann haben wir auch Jagdgäste, einen Grenzwächter von hier, einen Wirt, und haben wir weitere Jagdgehilfen, die sogenannten Treiber, das sind Bauernsöhne, auch andere Berufsgattungen. Das ist dann immer einer der Höhepunkte der Herbstjagden, wenn da die Pächter mit den Gästen und Treibern zusammen sind. Das ist dann wie die Verschmelzung eines höheren Standes mit einem tieferen Stand, eine Verschmelzung wo dann keine Grenzen mehr vorhanden sind. Der Generaldirektor macht Witze mit dem Hilfsarbeiter, gegenseitig, man lacht miteinander, man ist an einem Hasenfeuer, und eine Gemütlichkeit.

M: Was Du im Hintergrund ticken hörst, ist die gediegenen alte Uhr im Restaurant «Kreuz», wo das Gespräch stattfand.

Schweizer: Und die Leute aus der Stadt, eben so ein Generaldirektor oder so, für die bedeutet die Jagd in dieser Beziehung sehr viel, sie können sich lösen von ihren Verpflichtungen in der Stadt, aus dem Rahmen, wo sie einfach hineingesetzt sind, kommen wieder einmal hinaus, kommen mit dem Volk zusammen, mit der Landbevölkerung, und das suchen die Leute und das tut ihnen gut, hä. Das ist aber auch allgemein von grossem Wert, indem dass einfach die Distanzen von der Landbevölkerung zur Stadt und zu bedeutenden Leuten in der Wirtschaft, indem diese Distanzen dann nicht gross sind, man kennt den Mann, das ganze Dorf kennt ihn und sieht, das ist einer mit dem kann man reden, einer der sich mit allen abgibt. Da kommt bei der Jagd etwas zum Ausdruck, das es sonst kaum mehr irgendwo gibt, und das ist sehr wertvoll, eine Art von Volksgemeinschaft, einfach keine Distanz mehr von Schicht zu Schicht.

F: Wir Tiere im Rafzer Revier sind stolz, dass wir für F. Luchsinger sterben und ihm ein bisschen Volksgemeinschaft ermöglichen dürfen und einen Spaziergang von Schicht zu Schicht, denn er führt ein hartes Leben im Dienste der «NZZ» und muss sich ungesund hierarchisch gebärden im Rahmen, wo er einfach hineingestellt ist.

M: Bis all die Konkurrenten ausgeschaltet waren, welche auch Chefredaktor werden wollten, da war mancher Blattschuss nötig, Bieri, Reich, Müller, usw.

F: Eine erkleckliche Jagdstrecke, fürwahr – schon allein der Kampf um die Macht im eigenen Betrieb war eine aufopfernde Sache, immer die Manuskripte zum vormaligen Chefredaktor Bretscher bringen und dann ganz zusammengestaucht wieder hinter sein Pültchen sitzen, bis der Bretscher unsern Luxi als Nachfolger ins Auge fasst, das gibt einige Prellungen und Quetschungen im Charakter. Vom unablässigen Krieg gegen die Linken ganz zu schweigen, da können auch starke Naturen einen Herzinfarkt kriegen davon, und wenn der Herzinfarkt denn kommt, darf es vorerst niemand wissen im Betrieb, wegen des Machtvakuums, die Krankheit als Staatsgeheimnis wie bei Pompidou, heilandsack, von diesem anstrengenden Taktieren kann's wieder einen neuen Infarkt geben.

Man hört den Totenvogel schreien im Rafzer Wald.

M: Das schlägt alles noch nicht auf die Galle. Richtig bitter wird so ein Chefredaktor erst, wenn er für sein hartes Tagwerk einheimsen muss den Undank der Intellektuellen und er z. B. lesen muss auf Seite 225 in der Gesamtausgabe eines sattsam bekannten Schriftstellers, Band IV, folgenden Passus; und erst noch im suhrkamp-Verlag:

Was man so in einer Kur alles tut! Seit einer Woche täglich die «NZZ, Neue Zürcher Zeitung» und «Schweizerisches Handelsblatt», 109. Jahrhundert, gelesen . . . Kann man sagen, dass diese Zeitung lügt? Man kann nicht sagen, dass ihre Zeitung lügt. Sie verhindert nur täglich die Aufklärung. Man gibt sich in der Aufmachung so langweilig wie möglich, das wirkt seriös. Es überträgt sich auf den Leser, sie kommen sich seriös vor, schon wenn sie die «NZZ» in der Hand halten. Ihre Mienen, wenn sie lesen: noch seriöser. Ab und zu ein kleiner Rufmord, humorig oder gediegen durch Herablassung: nur wer den Fall genauer kennt, sieht die Gemeinheit.

F: Wer schreibt so gottesjämmerliche Sachen?

M: Der Mann heisst Frisch und hat's im Gegensatz zu Major Luchsinger, welcher unter Oberst Henchoz in der Luftwaffe diente, nur bis zum Kannonier gebracht, wurde auch nie Chefredakteur, was seine Staatsverdrossenheit hinlänglich erklären dürfte. Die «NZZ» schlägt man, und den Staat meint man. Der Mann wurde auch nie in den Rotary-Club aufgenommen wie unser Luxi.

F: Der hat auch nie die Männerkameradschaft im Wald erlebt und insbesondere nie eine Trebjagd veranstaltet.

Schweizer: Ja also die Treiber, die gehen dann einfach durch die grossen Einstände hindurch, durch die Dickichte hindurch, und chlöpfen an die Bäume, und so wird das Wild aufgescheucht und verlässt dann das Dickicht, und aussen herum sind die Jäger aufgestellt, und die sehen dann das Tier herauskommen, und je nachdem schiessen sie oder schiessen nicht, da gibt es auch wieder strenge Vorschriften vom Jagdleiter, der sagt vorher, ob geschossen werden darf, man erinnert die Leute immer wieder an die Distanzen: schiesst ja nicht zu weit, – die Jäger müssen auch aufeinander aufpassen, dass nicht der eine den anderen anschiesst, hä, man kann also nicht einfach pfeffern gehen, wie man gern möchte, man muss auf verschiedenes Rücksicht nehmen. Das ist Charaktersache.

F: Nur starken Charakteren gelingt es, sich im Leben derart durchzuhacken und in der Jagd gegen die ungesunden Elemente so durchschlagende Erfolge zu haben wie unserem Luchsinger. Möcht'hier verweisen auf den Artikel zum letzten Jahresende, mit dem Titel *«Zehn Jahre nach der Aufruhr»*, der in Tierkreisen allgemeinde Beachtung gefunden hat:

(Originalton «NZZ»-Luchsinger): International organisiert und –, wie man heute weiss, teilweise von Hanoi aus ferngesteuert, – war die Kampagne gegen Amerikas Engagement in Vietnam. (. . .) Was sich in der Folge ergab, war jedoch eine Art Generalprotest gegen Ordnung, Struktur, Werte, Tabus der Gesellschaft schlechthin. Protest mit Castro-Bärten, Seegrasfrisuren, Verwahrlosungslook, mti Wohnkommunen, Fäkaliensprache und allem, was man sich ausdenken konnte pour épater les bourgeois.

M: Das ist konsequent gesprochen und treffsicher dazu. Es ist immer ein Erlebnis, wie dieser schmucke, strikt gekleidete Mann im Leben draussen die gleiche Funktion ausübt wie hier im Wald, er räumt auf und hält die Natur im Gleichgewicht, wie sein Jagdkumpan Hans Schweizer richtig sagt:

Schweizer: Und in erster Linie ist also wichtig, dass der Jäger das Tier schätzen tut, weil er eine Beziehung zu ihm hat. Er hat, seit der Wolf aus unseren Gegenden verschwunden ist, dieselbe Funktion wie der Wolf früher, welcher Schalenwild, Hirschwild usw. einfach in Schranken gehalten hat, damit sie sich nicht allzu stark vermehrten. Man kann also sagen, der Jäger ist der moderne Wolf. Der Wolf hat ja auch immer eine gewisse Auslese gemacht, wenn er Tiere hetzte, verwütschte er immer das kränklichste oder schwächste Tier oder kranke Tiere, er muss diese immer ausmerzen, von den Jungen muss auch eine gewissen Anzahl weg, wenn man die Jungen alle leben liesse, dann gäbe das eine Altersgliederung in so einem Bestand, die falsch wäre, das muss schön abgestuft sein, so und so viele Jungtiere, so und so viele im mittleren Alter, und dann ganz alte.

F: Wir haben Glück, dass nur kultivierte Herren uns bejagen und die Ordnung im Walde aufrecht erhalten, gozeidank ist die Volksjagd seit anno 1929 abgeschafft, es kommen nur noch Herren in Frage, die pro Jahr so zirka 3000 Fr für unsere Tötung auslegen können, zum Beispiel die Familie Schwarzenbach, Textil, von welcher dann Schmidheini das Revier übernommen hat welcher dann Luchsinger nachgezogen hat zu uns in den Wald. Auch unsere Verwandten auf dem Ottenberg sind stolz, im Wald ob Weinfelden, die werden gar von Bührle gejagt und seinem Kumpan Gygli, dem ehemaligen Generalstabschef.

Schweizer: Es bracht eine Kultur. Auch die Bevölkerung auf dem Lande draussen muss ja im Jäger jemanden sehen, vor dem man Achtung haben kann. Sobald da Leute auf die Jagd gehen, die sich in so einer Gemeinde ungebührlich würden aufführen, etwa Süffel oder solche mit anderen Charakterdefekten, da würde sofort das Ansehen der Jagd darunter leiden.

M: Es war unserm Luxi nicht an der Wiege gesungen, dass er Jäger weden sollte. Er hat ganz unten angefangen im Leben, der Vater war Bähnler im garstigen Sankt Gallen.

Der Wind pfeift, krächzende Rabengeräusche im Wald.

Und hat sich sein Sohn hinaufletschen müssen mit geschärften Hauern, und ist ihm nach entsagungsvollen Lehr- und Korrespondentenjahren in Bonn, wo er mit Adenauer, dem unvergesslichen Fuchs, eine derart gute Beziehung hatte, dass dieser immer die «NZZ» zitierte – ist ihm wie gesagt gelungen, sein bescheidenes Herkommen zu vergessen und sich ganz oben einzuschmiegen in der Gesellschaft, und hat dabei manch goldene Elemente seines Naturells abkoppeln müssen, um einen schnittigen Charakter zu bekommen, wie sein ehemaliger Mitarbeiter Martin Schaub beobachtet, der auch mal bei der «NZZ» schaffte:

Schaub: Und übrigens, was die Humorlosigkeit und auch eine gewisse persönliche Überheblichkeit betrifft, die ich ganz persönlich erfahren habe, – der hat mich einfach nicht mehr gekannt, wenn man sich zufällig mal getroffen hat, dä hät nume no so glueget. Er tzt ganz gezielt hierarchisch grüssen, er kennt mich nicht mehr. Das ist etwas, was einem auffällt, wenn einer nicht mehr Grüezi sagt, bei den Gelegenheiten, wo man sich zufällig sieht, wenn zum Beispiel ein Film über Nazismus kommt oder so, dann kommt also der Cattani, der Schlappner und der Luchsinger, und dann stehen sie zusammen, und man wird nicht gegrüsst. Bei der Ernennung zum Chefredaktor haben natürlich die anderen Redaktoren nichts zu sagen, das ist wie bei einer Papstwahl, weisser oder schwarzer Rauch, gewählt oder nicht gewählt. Das Chefredaktorenbüro ist jenes grosse, nicht viereckige, sondern sechseckige, mit dem Erker von wo man auf den Sechseläutenplatz hinaussieht, schon ein schönes Büro

F: Sein Büro übertrifft alle andern, denn die Büropracht hat ihren hierarchischen Zweck. Die zeichnenden Redaktoren haben Anrecht auf Spannteppiche und Vorhänge bis zum Boden, die andern müssen teppichlos leben, und die Vorhänge nur bis zur Fensterbank. Darum kann sich unser Luchsi in diesem Haus nicht entspannt geben, jedoch im Rotary-Club darf er einmal pro Woche seine lange unterdrückte Humanität entfalten, da ist er unter sich, und die andern sind auch alle da, alle gleich hoch, jeweils ein top-man aus jeder Branche wie Pfarrer Vogelsanger sagt. Dieser repräsentiert die Theologie, Heinrich Oswald die Suppenindustrie, obwohl dieser jetzt in eine andere Branche hinübergeschlüpft ist, nämlich ins Pressewesen, und die beiden Jagdkumpane Schmidheini und Blum sind auch in diesem Klub gewerkschaftlich organisiert und zwar beileibe nicht etwa in der Sektion **Zürich West,** oder **Zürich Nord,** sondern in der Sektion **Zürich schlechthin,** welches die erlesenste ist im Lande weitherum, Charternummer 1734, Distrikt 200. Da wird nicht jeder goutiert, der Mitgliederbestand liegt konstant bei circa 110 Stück. Bührle senior wurde nicht aufgenommen, der Reklamepatriot Rudolf Farner auch nicht, beide aus ethischen Gründen, und auch Bührle junior wurde nicht akzeptiert, hat nur seinen Angestellten Bruno Mariacher delegieren können. Man kann ja nicht kandidieren für den Rotary-Club, sondern nur auf geheimnisvolle Weise hineingezogen werden, von denen, die schon drinnen sind.

M: Also Sprüngli ist drin und Edmond de Stoutz und de Weck von der Bankgesellschaft und Radiochef Gerd H. Padel und Luk Keller von der Kreditanstalt, zugleich Verwaltungsratspräsident der «NZZ», aber hingegen werden keine Frauen aufgenommen und fast keine Juden und Katholiken. Und wird also jeden Freitag von viertel nach zwölf bis Schlag zwei zusammengehockt im Hotel «Carlton Elite», zuerst der einfache Lunch und dann immer ein Vortrag im Sinne der Horizonterweiterung; auch einfach.

F: Da war der berühmte Klassifikationsvortrag von Ringier-Chef Oswald über die Suppenindustrie und der beachtliche Exkurs von «Tages-Anzeiger»-Inhaber Otto Coninx über seine Grönlandreise, und natürlich der Überschall-Höhenflug unseres Luchsingers über Wesen und Funktion der «NZZ», und sogar ein zweiter Speech von ihm über Amerika, über was auch sonst. Es wird immer auf bereichernde Art gelunckt im Klub, der auf sein Banner geschrieben hat: *«Unser Ziel* ist *Dienstbereitschaft im täglichen Leben»*, wie es in den Statuten heisst, und weiter im Absatz eins: *«Durch Pflege der Freundschaft als einer Gelegenheit, sich andern nützlich zu erweisen».*

Wind- und Tiergeräusche im Wald

M: Die Nützlichkeitserweisung im täglichen Leben, der diskrete Freundschaftsdienst werden konsequent gehandhabt. Kein Tag ohne eine gute Tat! Da kann es etwa passieren, dass ein Rotarier wie Luk Keller von der Kreditanstalt am 25. Juni 1977 einen bösen Artikel von Herrn Blancpain über die Kreditanstalt in der «NZZ» lesen muss, es stand dort zum Beispiel: *«In der Substanz jedoch fiel die Generalversammlung dürftig aus.»* Schon am 28. Juni 1977 war jedoch der Schaden behoben, die Brüderlichkeit funktionierte, und der Rotarier Luchsinger schrieb ein *«Nachwort zur Generalversammlung der Kreditantstalt»*, worin diese Bank wieder in ein schönes Licht gerückt wurde. Und wenn der Rotary-Bruder Vogelsanger unbedingt einen Nachruf in der «NZZ» plazieren will, ist Dr. Luchsinger immer willig. Auch der Redaktor Oplatka, weiland Kultur, jetzt Paris, hat solche Erfahrungen machen dürfen, dass ihm unerwünschte Artikel, die er an den Absender zurückschickte, von oben wieder in die Zeitung hineingebumst wurden; und sind all diese Leute dann ihrem Chef dankbar für die starke Hand und das Zurechtrücken der Massstäbe.

Hartes Bise- und Windgeräusch im Wald

F: Es wäre aber Verleumdung, zu behaupten, nur Rotarier hätten direkten Zugang in die «NZZ». Es können auch andere Berühmtheiten sein. Als eine harte Kritik über Elsie Attenhofers neues Kabarett kürzlich in der «NZZ» erschien, ging Elsie sofort zu Fred ins sechseckige Büro, und Fred schrieb einen lobenden Artikel über Elsie. Der Lokalchef Zimmermann hatte den gefährlichen Mut, diesen Chefartikel quasi aus der laufenden Maschine zu reissen und sich bei Luchsinger über diesen Eingriff in sein Ressort zu beschweren, worauf er zurechtgewiesen wurde, dass man es weit im Hause herumschallen hörte. Der Artikel kam dann nicht, ein Novum, das eine gefährliche Entwicklung in der Zeitung einleiten könnte, dafür kamen dann an einem Samstag Texte von Elsie A. abgedruckt in der Wochenendbeilage, auf Veranlassung des Jägers. Ein demokratischer Kompromiss, der zu Weiterungen führen könnte. Wehret den Anfängen! Wohin kämen wir, wenn ein Chef seine eigenen Artikel nicht mehr publizieren darf.

M: Möchte gern wegkommen von diesen Querelen und zurück zum Klub, ein Fingerzeig auf seine gesellschaftlichen Anlässe. Nicht alles ist berufsbezogen, die Gemütlichkeit fordert auch ihren Tribut. Es gibt die sog. Kameradschaftsabende und notabene die unterhaltenden Anlässe mit Damen. Als Edmond de Stoutz Programminister war, oder war es unter Pfarrer Vogelsanger, wurde ein Ausflug ins Selegermoor mit Augenschein in der dortigen Rhododendrenzucht und anschl. Nachtessen, aber ohne Überbordung.

F: Überhaupt auf gute Sitten wird ein Augenmerk gerichtet. Überschwengliche Mitglieder können ausgeschlossen werden, zu welcher Massnahme aber seit 1958 erst dreimal gegriffen werden musste. Einer musste gehen wegen unehrenhaften Geschäftsverhaltens, d. h. Konkurs. Ein anderer, weil er die Präsenzzeiten im Hotel «Carlton-Elite» nicht respektierte. Und der dritte, weil er einem anderen Rotarier *«die Frau ausgespannt hatte»*, wie Pfarrer Vogelsanger einem Reporter wörtlich erklärte. Hätte er doch einem Nicht-Rotarier die Frau ausgespannt, er wäre heute noch im Klub.

M: Und noch ein Punkt: Politiker dürfen nicht in den Klub eintreten. Die Rotarier sind streng apolitisch, die wissen nämlich, wo die wirkliche Macht beheimatet ist. Es steht den Politikern jedoch frei, durch Pflege der familiären Beziehungen die Berichterstattung über ihre Tätigkeit in der rotarisch gefärbten Presse zu verbessern. So ist Stadtpräsident Dr. Sigmund Widmer denn auch Pate geworden bei einem Sohn von Herrn Dr. Luchsinger, und die Artikel über die Regierung des Sigi sind also wirklich einfühlsam geschrieben in der «NZZ» und in den zartesten Färbchen. Wer wollte dem lieben Götti Schwierigkeiten machen, pfui. Aber das ist vielleicht doch undifferenziert gesprochen, denn die «NZZ» war ja ganz gegen den Sigi am Anfang, weil Redaktor Dr. Bieri, der Freisinnige, nicht Stadtpräsident geworden ist, nachdem er diesen Posten erstrebte, weil er nicht Chefredaktor werden konnte; da hat die «NZZ» dem frischgebackenen Widmer oft diskret auf die Finger geklopft, bis er dann immer mehr wie ein Freisinniger sich gebärdete. Da musste die Tante nicht mehr schimpfen, und heute ist alles eine Harmonie.

F: Soll jetzt nur nicht der Eindruck entstehen, unser Luchsi habe gar keinen Sinn für Charme und sei immer militärisch kurz angebunden, auf der Jagd und beim Tanzen anlässlich der «Neuen-Zürcher-Zeitungs»-Feste kann er durchaus verführerisch wirken, habe diesbezüglich ein Statement von Fernsehsprecherin Dorothea Furrer, deren Mann vom Chef aus der Zeitung bugsiert wurde,

Fortsetzung nächste Seite

* Das «Jagdgespräch unter Tieren» ist Meienbergs Beitrag zur Festschrift für die Journalistin **Laure Wyss.** «Der Festtag – Ein Magazin zu Ehren von Laure Wyss» mit Beiträgen von Jürg Federspiel, Martha Farner, Hugo Loetscher usw. ist im Buchhandel für 9 Fr. erhältlich.

Jagdgespräch unter Tieren

Fortsetzung von Seite 5

schwuppdiwupp, er leitete das Ressort Wissenschaft und Forschung:

Furrer: Ich kenne kai Maa wo so fantastisch Walzer tanzet wiä dä Herr Luxsinger.

Walzerklänge evtl. Strauss

M: Es ist unvermeidlich, dass dieser weitgereiste verdiente Mann ein paar Feinde hat. Wo gehobelt wird, fliegen die Redaktoren. Auch unter uns Tieren hat sich eine Dissidentengruppe gebildet, angeführt von einem halbvergasten Fuchs, welcher der Tollwutbekämpfung entronnen ist.

F: Wie ich in Erfahrung bringen konnte, sollen diese auf politisch schiefer Ebene sich befindenden und charakterlich wenig gefestigten Aufrührer, die mit ihren Seegrasfrisuren epatierend wirken, bei der nächsten Treibjagd den Spiess umkehren und ein Attentat aus dem Hinterhalt auf unseren Dr. Luchsinger ins Auge fassen wollen, wobei noch nicht geklärt ist, ob die Abmeuchelung von Dr. Schmidheini und Dr. Blum auch eingeplant wurde. Ich konnte auch bereits einen Nekrolog konfiszieren, der im Hinblick auf das Ereignis vor einem literarisch versierten Iltis aufgestöbert worden sein soll, wobei einige Zeilen offensichtlich nicht zutreffend sind, für diese Kreise typische Übertreibungen.

F & M: (getragen feierlich rezitierend)
Fürst Kraft ist, liest man, gestorben
Latifundien weit
ererbte, hat er erworben
eine Nachrufpersönlichkeit.
Übte unerschrocken Kontrolle
Ob jeder rechtens tat
Aktiengesellschaft Welle
Aufsichtsrat.
So starb er in den Sielen
Doch wandt er in Stunden der Ruh
höchstens sportlichen Zielen
Sein Interesse zu.
Immer wird man ihn nennen
den delikaten Greis
Schöpfer der Stutenrennen
Kiscazonypreis.
Und niemals müde zu reisen
Genug ist nicht genug
Oft hörte man ihn preisen
Den Rast-ich-so-rost-ich-Zug.
Er stieg mit festen Schritten
In seinen Sleeping Car
Und schon war er inmitten
Von Rom und Sansibar.
So schuf er für das Ganze
und hat noch hochbetagt
im Bergrevier der Tatra
die flinke Gemse gejagt
DRUM RUFT IHM ÜBER DIE BAHRE
NEBEN DER SCHWERINDUSTRIE
ALLES SCHÖNE, GUTE, WAHRE
EIN LETZTES MAL HALALI.

Marginalien zu einer nicht gesendeten Radiosendung oder das Protokoll einer Verhinderung

«So politisch wie Cäsars private Bürstereien»

Im Frühjahr 1978 schlug ich an einer Vollversammlung der *«Faktenordner»*-Mitarbeiter (eine periodische, angeblich satirische Radiosendung unter der Leitung von Jürg Kauer) vor, einen Beitrag über Herrn Luchsinger und seinen sozialen Hintergrund zu machen; ausgehend von seinem Neujahrsartikel 77/78, *«Zehn Jahre nach dem Aufruhr»*, wollte ich die Frage einigermassen beantworten: wie kommt ein Journalist und mächtiger Chefredaktor dazu, die ganze 68er-Generation schnoddrig, verständnislos, oberflächlich frech zu verhohnepipeln; welches Milieu hat diesen ursprünglich scharf denkenden Mann so weit gebracht, die Hoffnungen von unzähligen Leute so zu verhöhnen? In welchen Kreisen muss man verkehren, um derarat schreiben zu können? Der Auftrag wurde erteilt.

Nach drei Arbeitstagen ein Anruf von Kauer: Radiodirektor Hersche habe ihm telefoniert, welchem Padel telefoniert habe, welchem Luchsinger telefoniert habe, welcher sich erkundigt habe bei seinem Rotary-Bruder, ob ich tatsächlich diesen Auftrag habe. Kauer meinte, jetzt müsse ich vorsichtig sein, es sei bereits Feuer im Dach.

Ich war vorsichtig und verstand plötzlich, warum La Fontaine am Hofe Ludwigs XIV. keine Reportagen, sondern nur Fabeln schreiben durfte, und Swift verstand ich auch besser. Statt mir recherchierten nun das Wildschwein Fridolin und das Reh Mirza.

*

Von den Auskunftspersonen, die nicht einseitig im Sinne einer Luchsinger-Demolition herausgespickt wurden, haben nur Gody Suter, zu Luchsingers Zeiten auch Korrespondent in Bonn, und Peter Studer, der Major L. vom Militär her kennt, grosso modo günstig über F. L. gesprochen; extrem harte Stellungnahmen, wie etwa die von Kurt Meyer und Andreas Kohlschütter, wurden nicht verwertet. Studer: *«Ein sehr tüchtiger Mann, in vielen Bereichen kompetent, als Manager, Schreiber usw., wenn auch in seinen innenpolitischen Artikeln weniger überzeugend als in den aussenpolitischen.»* Gody Suter reagierte säuerlich-einschnappend, als Mirza & Fridolin ihm vom Projekt erzählten, für ihn scheint L. samt «NZZ» ein Monument ohne Risse und Sprünge zu sein, F. L. als *Statue du Commandeur,* Steinerner Gast, an welchem man hinaufschaut; und Kritik an dieser Statue, die ihrerseits alles kritisiert und in den Senkel stellt, «überflüssig» und fast ein Sakrileg. (Tatsächlich hat eine Darstellung des F. L. etwas Profanierendes, funktioniert er doch, wie alle echten Potentaten in diesem Land, als Schattenherrscher, tritt nach aussen kaum in Erscheinung, ganz selten an Radio & Fernsehen zu erleben, aber in seinem Haus quasi unumschränkt regierend, seul maître après Dieu; ein Mann im Hintergrund, ganz oben, aber fürs Publikum unsichtbar, nach aussen Diskretion wie Richelieu.)

In vielen bürgerlichen Hirnen, nicht nur in Gody Suters, scheint noch der Mythos «NZZ» zu spuken, die Legende vom Über-den-Dingen-Schweben dieser Zeitung, die Illusion von Objektivität, Verbindlichkeit, Wahrhaftigkeit, Unbestechlichkeit; auch jene Idee, dass die einzelnen Fürstentümer (redaktionelle Ressorts) eine grosse Unabhängigkeit genössen, womit es in Wirklichkeit aber doch nicht soo weit her ist.

Genährt wird dieser «NZZ»-Mythos durch die Struktur der Zeitung, die keinen übergeordnet-allmächtigen Verleger kennt wie Frey von der *«Weltwoche»* und Coninx vom *«Tages-Anzeiger»*, und deren Aktien so weitgestreut sind, dass der einzelne Inhaber keinen direkten Einfluss nehmen kann auf den Gang der Zeitung; jedoch kann natürlich die politische Linie des Rechtsfreisinns auch von einem Chefredaktor durchgedrückt werden, der so ausgewählt ist von seinem Vorgänger (nominell vom Verwaltungsrat . . .), dass eine schöne Garantie besteht für die «rechte» Gesinnung, vgl. Luchsinger und seine Verquickungen. Für den Mythos verantwortlich ist aber auch der diskrete, leicht antiquierte, untertreibende Stil (sintemalen noch altertümliche Wörter wie *«Zeitläufe»* ohne ironische Distanz gebräuchlich sind), die schlimmsten Perfidien werden im vornehmen, zivilen, oft leicht gekränkten Ton vorgebracht, diskret räuspernd. Und drittens wird die Legende aufrechterhalten durch die Folgen, welche ein Artikel in der «NZZ», punkto Innen-, Kultur- und Wirtschaftspolitik, allemal hat. Dieser kann, vom journalistischen Ethos her betrachtet, so schluddrig verfertigt sein wie er will und einen Tatbestand völlig verdrehen (manche «NZZ»-Journalisten haben keine Ahnung vom Recherchieren, haben noch nie vergleichendes Quellenstudium getrieben, wissen nicht, wie man dem Volk aufs Maul schaut und Interviews macht usw. usw.): es ist immer ein Artikel mit Folgen, die «NZZ» wird in den herrschenden Kreisen penibel gelesen, Bundesverwaltung und kantonale Potentätchen, selbstverständlich auch die Wirtschaftsführer legen jedes Wort auf die Goldwaage, richten sich klämmheimlich oder offen danach, weil, wenn die «NZZ» spricht, hat das Grossbürgertum in seiner zürcherisch-imperialistischen Ausprägung gesprochen, und von Zürich aus wird bekanntlich die Schweiz regiert.

In gewisser Beziehung «stimmen» also die Artikel der «NZZ» immer, sie schaffen, Verdrehung hin, Halbwahrheit her, eine neue Wirklichkeit. Nicht weil durch sie die Welt gründlich efasst wird, stimmen sie, sondern weil die Geschäftswelt sich an ihnen orientiert: Unternehmer, höret die Signale! Die «NZZ» ist unsere *«Prawda»*, unser *«Osservatore Romano»;* mit Nuancen eines Adjektivs, mit diskreten Nebensätzen wird Politik gemacht. Die Oberen lesen das Blatt im Klartext, von den weniger Mächtigen muss es dechiffriert werden. Ein halboffiziöses Organ, fast ein Staatsanzeiger für die beamtete Intelligenz, für die Chefen in Wirtschaft & Politik. Ein Blatt für Akademiker, nicht für Intellektuelle. Laufend wird hier eine Gruppensprache der Herrschenden reproduziert und produziert.

Und ganz oben wacht der *«patron de choc»* F. L. über den rechten Ton. Für Aussenstehende ist von diesem janusgesichtigen Menschen nur sichtbar sein geschraubter, verschmockter, gediegener, akademischer Stil, der in den samstäglichen Seminararbeiten (Leit-Artikeln des Leit-Hammels) aufscheint; nach innen, Richtung Innenstehende (oder Innenliegende) wirkt er mit dem weniger akademischen Charme eines Knecht Ruprecht und dem Fingerspitzengefühl eines Ernst Mörgeli. Herrschen durch Massivität. Eine echt autoritäre Erscheinung, ganz wie die Bosse in der Industrie, etwas bührlehaftes, ein Direktor, verglichen mit Hubert Beuve-Méry oder Jacques Fauvet von *«Le Monde»* eine durchaus ungeistige Erscheinung: Militärmusik. Und eine Pyramidenspitze, auf die Druck ganz kräftesparend ausgeübt werden kann.

Eine dezentralisierte Zeitung mit selbstbewussten, abweichlerischen Ressortleitern wäre für die Geschäftswelt weniger praktisch, da müsste immer ein Mannsgöggel nach dem andern von der rechten Linie überzeugt werden. Der Zentralstaat war für die Akkumulation schon immer das beste Gefäss: auch der zentrale Zeitungsstaat. Dabei muss ja nicht oft ein explizierter, ausformulierter Druckversuch auf Luchsinger verübt werden, die im *«Jagdgespräch unter Tieren»* erwähnten Fälle sind eventuell nicht die Regel.Es genügt, den Aufsteiger F. L. in die exquisiten Klubs aufzunehmen und ihm durch diese Mitgliedschaft zu schmeicheln, damit der Chefredaktor, obwohl selbst (Reineinkommen 78: 211 000 Fr., Reinvermögen 394 000 Fr.) nicht sehr begütert, kein Inhaber von Produktionsmitteln, im Zweifel sich den Interessen des Kapitals ganz verbunden fühlt und diese Gefühle seinen Untergebenen vermittelt. Der soziale Umgang, nicht nur das Sein, bestimmt das Bewusstsein . . .

*

Nachdem ich den Beitrag geschrieben hatte exakt in der vorliegenden Form (nur die Episode Attenhofer-Luchsinger und die Erwähnung Gygli-Bührle und Sigi Widmers Zähmung sind jetzt nachträglich hier beigefügt worden und der Mundart-Originalton ins Schriftdeutsche, mehr oder weniger, übersetzt), nicht ohne vorher während dreier Tage vergeblich versucht zu haben, Luchsinger himself zu interviewen, wobei mir schliesslich gelang, seiner Sekretärin die Feststellung zu entlocken, er wolle mich nicht empfangen, *«weil er kein Vertrauen mehr zu mir habe»*, wobei man präzisieren muss, dass die «NZZ» schon öfters über meine Sachen geschrieben hat, manchmal diffamierend und mit schlimmen materiellen Folgen für mich, ohne dass je ein Redaktor sich die Mühe genommen hätte, mit mir persönlich zu sprechen, die Herren wissen immer schon alles zum voraus; nachdem ich es anders machen wollte als die «NZZ», dachten Kauer und ich sogar daran, Herrn Luchsinger die fertige Sendung eventuell vorspielen zu lassen, damit er zum Schluss, garantiert ungeschnitten, seinen Standpunkt hätte beisteuern können.

Das fertige Manus wurde sofort an Radio-Direktor Hersche geschickt, welcher mir am nächsten Morgen telefonierte, es sei *«sprachlich wie immer hervorragend»*, auch *«juristisch, in Sachen Persönlichkeitsschutz, könne man anscheinend nichts aussetzen»*, aber die Ausstrahlung sei *«schwierig»*, weil die «NZZ» immer günstig über das Radio und seine Reorganisationspläne berichte und auch weil einige Echo-der-Zeit-Korrespondenten «NZZ»-Journalisten seine.

Ich hörte nichts mehr während Wochen, erhielt dann in Paris einen Anruf von Radioredaktor Kälin, ich solle doch bitte mitmachen in der Sendung *«Samschtig-Mittaag»*, Broger und ich könnten jeden Samstag bis zum Sommer zehn bis zwölf Minuten miteinander völlig frei debattieren, ungeschnitten und ohne Eingriff eines Talk-masters. Ich war nicht begeistert.

Die erste Debatte wurde am 7. April aufgenommen. Broger kam sofort mit einem Fall, der mich betraf, nämlich die Abschmetterung der Hofer-Club-Beschwerde gegen meinen Jeanmaire-Beitrag im *«Faktenordner»* vom Dezember 76. Ich hakte ein und wollte noch ein bisschen von Zensur sprechen.

Die Sendung wurde am folgenden Samstag ausgestrahlt, ungeschnitten, aber mit anschliessendem hinterücksligem Kommentar des Pressechefs von Grüningen: Der Entscheid, die Luchsinger-Sendung nicht auszustrahlen, sei ein *«redaktioneller»* gewesen und nicht äusserem Druck zuzuschreiben. (Seit wann gehört Radio-Direktor Hersche zur Redaktion des Faktenordners? Er hatte abgeklemmt, während Kauer die Sache bringen wollte. Also Irreführung der Öffentlichkeit.)

Radiodirektor Hersche schrieb mir am folgenden Mittwochabend einen Expressbrief, nachdem er sich mit Broger abgesprochen hatte, *«die Sendung habe seine Erwartungen und Hoffnungen enttäuscht»*, und am nächsten Samstag werde sie nicht mehr stattfinden, und überhaupt nicht mehr. (Das tat sie dann auch wirklich nicht.) Ich hätte falsche Gründe angegeben für die Nichtausstrahlung meines Luchsingers; tatsächlich habe die Sendung nicht realisiert werden können, weil a) *«es keinen Anlass gebe, Luchsinger hochzunehmen»* und b) die Hörer gar nicht begreifen würden, was mit den angeblichen Club-Verfilzungen gemeint sei.

Von gewisser linker Seite konnte ich viele Beweise herzlicher Teilnahme entgegennehmen: ich hätte ja wissen können, dass Luchsi tabu sei, und meine Fähigkeit, im Umkreis von 50 Kilometer ins einzige gefährliche Fettnäpfchen zu trampen, sei stupend, und ich hätte wieder einmal nur so getan, als ob ich etwas produzieren wolle, in Wirklichkeit hätte ich von Anbeginn den Wirbel im Auge gehabt, welcher nach dieser doppelten Abklemmung entstanden war (die «Tat» machte eine Titelgeschichte daraus, die *«Tribune de Lausanne»* berichtete halbseitig, der «Tagi» detailliert – die «NZZ» natürlich gar nicht), und es sei mir eben nicht wohl, wenn nicht ständig über meine Person berichtet werde, und überhaupt seien diese *«NZZ»-Interna»* und das *«Privatleben»* von F. Luchsinger politisch uninteressant (ein wirklich ganz privater Verein, der Rotary-Club, diese geballte Machtladung aller zürcherischen «top-men», wie Pfr. Vogelsanger es nennt; und rein private Beziehungen im Jagdrevier zwischen Dr. Blum, Dr. Schmidheini und Dr. L.).

Vielleicht müsste man den Begriff *«politisch»* doch etwas weiter fassen, über die *«politique politicienne»* der Berufspolitiker hinausgehen, und vielleicht hatten z. B. Cäsars private Bürstereien mit Cleopatra auch etwas mit Politik zu tun. Punkto Fettnäpfchen darf man sagen, dass jeder seriöse Journalismus irgendwann mit ihnen zu tun hat, ich halte nicht krampfhaft Ausschau nach solchen, sondern sie stehen ringsherum dichtgedrängt, man kann nicht anders als sie betreten, wenn man sich bewegt. Oder was soll man von jenen hochqualifizierten Wirtschaftsjournalisten halten, die letzthin vom Tagi-Magazin aufgefordert wurden, Themenvorschläge zu offerieren; welche sich anerboten, über den Bührle-Konzern etwas Koharentes zu schreiben, oder über die BBC oder über die Mövenpick-Unternehmen, oder über die Emser-Werke; und welche dann von einem ausgewachsenen Dr. Redaktor die Antwort erhielten: diese Themen interessierten die Leser nicht.

Niklaus Meienberg

Radio- und Fernsehgesellschaft brüskiert ihre Mitarbeiter

Die Harten von der SRG-Ranch

Der Zentralvorstand der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) hat eben einen unschönen Triumph gefeiert. In der Auseinandersetzung mit der grössten Mediengewerkschaft, dem Syndikat Schweizerischer Medienschaffenden (SSM), hat er seinen harten Kopf auf der ganzen Linie durchgesetzt. Selbst der Vermittlungsvorschlag der eidgenössischen Einigungsstelle wurde von der SRG abgelehnt. Dabei hätte sie dieses Trostpflaster – zur Wiederherstellung des sozialen Friedens im eigenen Haus – bloss 300 000 Franken gekostet: ein kleiner Teil der Medienleute hätte eine einmalige Lohnzulage von einem Prozent erhalten. Nun muss die noch junge Gewerkschaft SSM den ungenügenden Gesamtarbeitsvertrag vorläufig schlucken.

Ausgerechnet die Herrscher über die «objektiven und ausgewogenen» Medien Radio und Fernsehen müssen vordemonstrieren, wie die gewerkschaftlichen Forderungen mit allen verfügbaren Tricks abgewürgt werden können.Die neuen Verhandlungen für einen neuen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) für die rund 3000 Radio- und TV-Arbeiter der SRG liefen im Juli 1977 an. Eine der Hauptforderungen der rund 1500 im SSM organisierten Medienleute war die Verwirklichung der 40-Stunden-Woche. Das wurde von der SRG-Verhandlungsdelegation auch zugesichert – auf den 1. Januar 1981.

Doch dann nahm die übergeordnete Behörde in der SRG-Hierarchie, der Zentralvorstand, diese Zusicherung zurück. Inzwischen war nämlich bekanntgeworden, dass die SGB-Initiative zur Verkürzung der Arbeitszeit sang- und klanglos begraben werden musste. Die FDP- und CVP-Strategen unter den SRG-Gewaltigen befürchteten bei Zugeständnissen Auswirkungen auf andere Branchen, in denen ebenfalls GAV-Verhandlungen ins Stocken geraten waren . . .

Dieser taktische Rückzieher wurde dadurch möglich, dass sich der *SRG-Hausverband VSRTA (Verband Schweizerischer Radio- und TV-Arbeitnehmer* – mitgliedermässig knapp halb so gross wie das SSM – mit dem mageren GAV zufrieden gab. Er hatte die Zustimmung von seinen Mitgliedern eingeholt, bevor das SSM in der Urabstimmung seinen Unmut ausdrücken konnte.

Die Bosse des SRG-Monopolbetriebes hatten die Gewerkschafter mit Hilfe ihres braven Hausverbandes VSRTA, wo auch die SRG-Direktoren mit Zehntausender-Monatsgehältern angeschlossen sind (!), ausgetrickst. Dies war möglich, weil die Drohung des SSM mit «allen möglichen Kampfmitteln» (Dienst nach Vorschrift, Bummelstreik oder Streik) leer bleiben musste. Das Geld fehlte. (Inzwischen hat der SSM-Kongress die Bildung eines Streikfonds beschlossen.)

Dem SSM blieb nichts anderes übrig, als die eidgenössische Einigungsstelle anzurufen, welche schliesslich die SRG dazu verpflichten wollte, dem am schlechtesten bezahlten Personal eine Lohnzulage von einem Prozent auszurichten.

Doch im SRG-Zentralvorstand siegten wiederum die Sozialbremser. Und wiederum fürchteten sie, dass andere Gewerkschaften ähnliche Forderungen stellen könnten. Der Vermittlungsvorschlag wurde abgelehnt und das SSM musste den miesen GAV unterzeichnen – «gegen die SRG», wie *SSM-Präsident Alfredo Knuchel* erklärte. Den GAV *kündigen* kann nämlich nur, wer ihn auch unterschrieben hat. Diese Kündigung – sie bindet auch den VSRTA – wird Ende 1979 fällig sein.

Das SSM hat den kürzeren gezogen. Trotzdem waren einige Erfolge zu verzeichnen. Die SRG-Monopolisten mussten Farbe bekennen. Sie haben das ohnehin lädierte Image der SRG (15prozentige Gebührenerhöhung bei gleichzeitiger unnötiger Regionalisierung der Tagesschau für 7 Mio. Franken und jährlichen Mehrkosten von weiteren 3 Mio. Franken!) mit ihrem unsozialen Vorgehen nur noch mehr angekratzt. Das SSM hat jedenfalls Auftrieb erhalten. Knuchel: «Seit dem Frühjahr hatten wir Dutzende von Neueintritten zu verzeichnen.»

Fredi Hänni

Wir versprechen keinen heissen Sommer.

Aber einen heissen Herbst. Abonnieren Sie!

«das konzept», Jahresabonnement 18 Fr., Ausland 22 Fr. Aus technischen Gründen laufen die Abos stets bis Ende Jahr.

Ich bestelle ein Abonnement «das konzept» (Zutreffendes ankreuzen)
☐ *September 1978 bis Dezember 1979 für 24 Fr. (Ausland 28 Fr.)*
☐ *Unterstützungsabonnement (doppelter Betrag)*
☐ *Geschenkabonnement, Name des Beschenkten hier eintragen:*
(Adresse für Rechnung auf Zeitungsrand)

Name, Vorname:

Adresse:

PLZ, Ort:

Beruf: *Datum:*

Talon einsenden an: ***«das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich***

Schicken Sie bitte eine Gratisprobenummer an folgende(n) Bekannte(n): *dk 78/7*

UdSSR

SSR-Reisen in das grösste Land der Welt:

Einsteigen und fahren und fahren... Mit der Transsibirischen Eisenbahn durch die Weite Sibiriens: Moskau-Wladiwostock-Nachodka. Inbegriffen: Flug Zürich-Moskau-Novosibirsk, Bahnfahrt inkl. Schlafwagen, Transfers, Stadtrundfahrten, Vollpension, Visum. Daten: 30.7.-13.8. und 6.-24.8.78

Var. A: ohne Rückflug Fr. 1580.- - 1610.--
Var. B: mit Rückflug (Tokio-Zürich) Fr. 2750.- - 2780.--

Karelien-Baltikum

Leningrad-Petrosawodsk-Kishi-Helsinki-Tallin-Riga
15 Tage, Flüge, Vollpension, Ausflüge, Besichtigungen, Stadtrundfahrten, Transfers, Visum.

23.7. - 6.8. Fr. 1450.-- 3. - 17.9. Fr. 1360.--

Von Moskau nach Istanbul

Flüge, Bahn- und Schiffstransport, Vollpension, Ausflüge und Besichtigungen, Transfers, Visum

16.7. - 2.8. Fr. 1490.-- 3. - 20.9. Fr. 1390.--

Weitere interessante Russland-Reisen im grossen SSR-Ferienkatalog!

SSR-Reisen

Leonhardstrasse 10, 8001 Zürich

Telefonverkauf: 01/242 31 31

anders als anders Reisen für junge Leute.

Der Bauboom in den Bergregionen: Profite für die Bergbevölkerung?

Die Ferienstädte in den Alpen

*Vom VIVA-Kollektiv**

Nachdem der Bauboom in den städtischen Agglomerationen zusammengebrochen ist, haben sich zahllose Immobiliengesellschaften auf Ferienbauten in unseren Bergregionen spezialisiert: Das Fehlen von Zonenplänen in den meisten Berggemeinden ermöglicht es ihnen, praktisch überall zu bauen. Der Bergbevölkerung wird das «grosse Geschäft» versprochen. Ein Beispiel aus den Bündner Alpen, ein grossangelegtes Feriendorf bei Lenzerheide, zeigt die Auswirkungen eines solchen Projektes auf die einheimische Bevölkerung.

Wo heute noch häufig Rehe zu beobachten sind, wird schon nächsten Monat der Bagger den ersten «Spatenstich» für ein neues grossangelegtes Feriendorf auf der Lenzerheide durchführen: *An der Strasse, die von der Lenzerheide nach Obervaz führt, in einem bisher unberührten und der landwirtschaftlichen Nutzung*

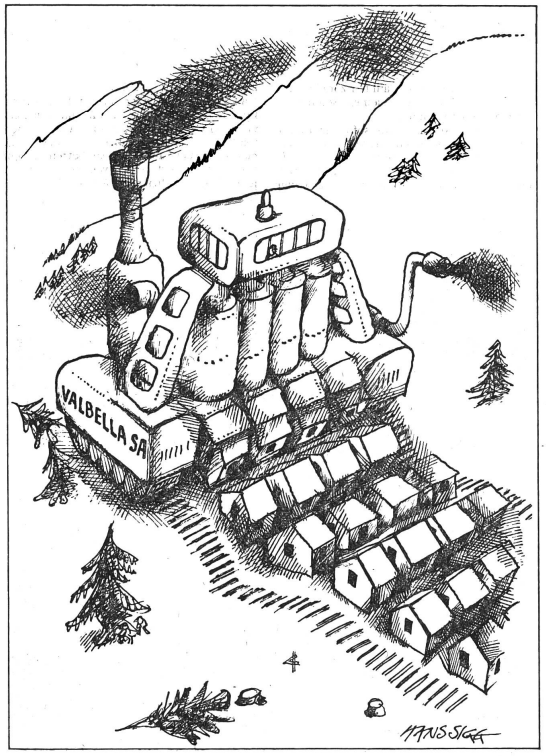
viva

dienenden Gebiet gleich neben dem «Crestas-Skilift» sollen 132 Reiheneinfamilienhäuser im Rahmen einer Grossüberbauung erstellt werden.

Die Baubewilligung für die 1. Etappe des gigantischen Projekts ging sang- und klanglos über die Bühne. Nicht einmal der Verein *«Pro Lenzerheide/Valbella»* wusste etwas davon. Offenbar wirbelte die Geschichte um die Soleval-Überbauung in der Nähe der Talstation der Rothornbahn derart viel Staub auf, dass andere Vorhaben in aller Stille beschlossen werden konnten . . .

Immobilien AG als Vermittlerin

Als Eigentümerin der fraglichen Parzelle ist die Erbengemeinschaft Bergamin, Lenzerheide, eingetragen. Gemeinderat und Besitzer des Hotels «Touring» Lenzerheide, Gaudenz Bergamin, vertritt in Sachen Grundeigentum die Interessen der Erbengemeinschaft. Noch ist im Grundbuch kein neuer Eigentümer eingetragen, doch zukünftige Eigentümer des Bodens werden die Käufer der



Reiheneinfamilienhäuser sein. Die «La Schmetta Immobilien AG» tritt als Vermittlerin auf. Diese Gesellschaft garantiert der Erbengemeinschaft Bergamin für die bereits bewilligte Etappe sowie für die zwei weiteren Etappen, falls sie bewilligt werden, den vertraglich vereinbarten Kaufpreis. Die von der Überbauung betroffene Parzelle 173 umfasst ein Gebiet von 38 258 Quadratmetern.

Rustikale Masche

Auf Anfrage hin beteuert uns die Generalunternehmung, das geplante Feriendorf füge sich wunderbar ins Landschaftsbild ein. Von einer Überbauung à la Soleval könne nicht im geringsten die Rede sein. Vielmehr sei man bei der Planung dieses Feriendorfes darauf bedacht gewesen, keine Betonklötze aufzustellen. Geplant seien «gediegene» Reiheneinfamilienhäuser mit separatem Eingang und Giebeldach. Der Ausbau dieser Ferienhäuser gehe ins «Rustikale». Bauführer Burri vom Architekturbüro Mörgeli, Hinwil, meint sogar, man könne weit reisen, um ähnlich schöne Ferienhäuser zu finden . . .

Offensichtlich hat die «La Schmetta Immobilien AG» aus der Soleval-Überbauung von Göhner ihre Lehren gezogen. Mit einer «rustikalen Masche» soll der sicher weit verbreiteten Opposition gegen Grossüberbauungen der Wind aus den Segeln genommen werden. So ganz nach dem Motto: Ob Betonklotz oder «rustikal», Hauptsache, die Kasse stimmt. Zudem ist sich die «La Schmetta Immobilien AG» bewusst, dass die Feriengäste keine Lust haben, gleich wie daheim zu wohnen, gehört doch der ländliche Stil zum besten Verkaufshit. Dies scheint sich offenbar schon zu bestätigen, denn von den ersten geplanten 18 Einheiten sollen bereits deren 12 verkauft sein. Der Verkauf der übrigen sechs Einheiten soll in den nächsten Wochen erfolgen. Die meisten Käufer seien übrigens Schweizer, meint Burri. Ein Absatzproblem bestehe in keiner Weise. Der Ausländeranteil werde gar noch geringer sein, als er in der «Lex Furgler» vorgeschrieben sei (48 Prozent).

Bewilligungen à la carte

Die Gemeinde Vaz/Obervaz hat noch keinen Zonenplan, obwohl das Raumplanungsgesetz für den Kanton Graubünden von 1973 den Gemeinden die Erstellung eines solchen vorschreibt. Die Bewilligung für das Vorhaben wurde lediglich aufgrund eines Quartierplans erteilt, der nicht etwa amtlich, sondern privat von einem Zürcher Planungsbüro (D. Schlueter und H. Hoessli) erstellt wurde. Genehmigt wurde dieser Plan schon vor fast zwei Jahren, nämlich im September 1976. Es ist klar, dass der neuerstellte zur Abstimmung gelangende Zonenplan – eine erste Auflage des Zonenplans wurde vor einiger Zeit abgelehnt – auf dieses und ähnliche Projekte keinen Einfluss mehr haben wird. Die Ausscheidung in Bauland und Schutzgebiete wird demnach nur noch eine Alibifunktion besitzen. Der zu beschliessende Zonenplan wird die geschaffenen Zustände höchstens sanktionieren.

Nun ist es aber so, dass diese Taktik der Überbauung vor einer generellen Einzonung einer Umgehung der einschlägigen Bestimmungen des Bündner Raumplanungsgesetzes gleichkommt. Darüber kann auch die Tatsache nicht hinwegtäuschen, dass die Gemeinde Vaz/Obervaz einen ersten Zonenplan ablehnte, und jetzt deshalb mit leeren Händen dasteht. Besonders wenn es sich um derart riesige Projekte handelt, wie die «La Schmetta»-Überbauung eines ist, wäre es Pflicht der Gemeinde, mit der Erteilung von Bewilligungen bis zur generellen Einzonung zuzuwarten.

Die Erteilung der Bewilligung für das «La Schmetta»-Dorf ist allerdings kein Zufall. Die Weichen dafür wurden schon mit der Genehmigung des oben erwähnten Quartierplans im Jahre 1976 durch den Gemeinderat, in welchem, o Wunder, auch Gaudenz Bergamin sitzt, gestellt. Mit der Genehmigung dieses Quartierplans, dessen Baugelände sich zur «allgemeinen Beruhigung» im generellen Kanalisationprojekt von 1964 befindet, wurde die Genehmigung des Baugesuchs praktisch zur Formsache. Auch wenn vorderhand nur die erste Etappe bewilligt wurde, kann mit grosser Sicherheit davon ausgegangen werden, dass dies auch für die zwei weiteren Etappen der Fall sein wird.

Grosses Geschäft – für wen?

Die Grossüberbauung ist zunächst ein grosses Geschäft für die Erbengemeinschaft Bergamin und die zu diesem Zweck gegründete «La Schmetta Immobilien AG». Ebenfalls ein Geschäft könnte das Vorhaben für regionale Baugeschäfte werden, was allerdings noch nicht feststeht. Man ist geneigt, zu fragen, in welcher Hinsicht die grosse Mehrheit der Vazer-Obervazer davon wohl profitieren könnten. Wenn es nach der offiziellen Version gehen sollte, so könnte man meinen, dass dieses Bauvorhaben nur «zum Wohl» der Einheimischen realisiert würde. Und sofort nennt man uns die Auflagen, unter welchen die Bewilligung erteilt wurde (Ausnützungsquote, Bau einer Strasse mit Durchgangsrecht, Servitut für die Pistenbenützer im Winter, Erstellung der Wasserleitung, Bau von genügend Garagen). Dann wird selbstverständlich auch auf den Steuerertrag aus den Einfamilienhäuser hingewiesen. Bleibt zu fragen, welche Lasten die Gemeinde dafür zu tragen hat, worauf wir selbst Antwort geben müssen:

Die Gemeinde Vaz/Obervaz wird demnächst eine Kläranlage zu finanzieren haben, die wohl zum geringsten Teil aufgrund der Abwässer der einheimischen Bevölkerung notwendig geworden ist;

Die Gemeinde muss Massnahmen für den Ausbau und die Verbesserung der Infrastruktur allgemein ergreifen, die nur zu einem geringen Teil von den Touristen finanziert werden. (So schauen für die Gemeinde aus einem «La Schmetta»-Ferienhaus voraussichtlich weit weniger als 500 Fr. jährlich heraus);

Mit der einseitigen Entwicklung in Richtung Ferienstadt wird sich die einheimische Bevölkerung auf lange Frist und teilweise schon heute mit dem Problem des einseitigen Arbeitsplatzangebots konfrontiert sehen. Mehr Tourismus bringt nicht mehr Berufswahlmöglichkeiten und vor allem nicht ganzjährige Vollbeschäftigung. Im Gegenteil, gebraucht werden in dieser Branche meist unqualifizierte Arbeitskräfte; eine wirkliche Erwerbsgrundlage für die grosse Mehrheit der ansässigen Bevölkerung wird aufgrund der saisonbedingten Anstellung nicht geschaffen. Die Folge davon: Abwanderung der angestammten Bevölkerung und Schaffung saisonbedingter Arbeitsplätze für Auswärtige.

Der Touristenboom ist eine vorübergehende Sache. Mit der einseitigen Förderung des Tourismus wird der Weg einer vielseitigen wirtschaftlichen Entwicklung im Interesse der Lohnabhängigen und Kleinbauern verbaut. Eine in der Zukunft wohl wahrscheinliche Krise sowie Störungen im Währungssystem werden unmittelbar das Leben in den Touristenstädten zum Erlahmen bringen. Die Folge davon: drastische Zunahme der Arbeitslosigkeit, da keine alternative Beschäftigungsmöglichkeiten. Die Vergangenheit hat die Richtigkeit dieser These schon längst erwiesen. Auf sämtliche Krisen haben die touristischen Regionen ungleich sensibler reagiert als andere Gebiete.

Die Nachwehen des Baubooms

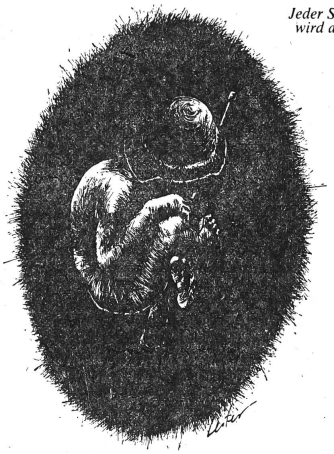
Zahllose Immobiliengeschäfte haben sich in den letzten Jahren auf Ferienbauten spezialisiert, nachdem der Bauboom in den städtischen Agglomerationen zusammengebrochen ist. Man beruft sich dabei auf die noch immer vorhandene Nachfrage und hofft, auch hier noch kräftig abrahmen zu können. Was später mit den erbauten Häusern geschieht, interessiert diese Leute meist sehr wenig. Deshalb bevorzugen sie den direkten Verkauf der Liegenschaften, sei es im Stockwerkeigentum oder normal.

Die «La Schmetta»-Überbauung stellt höchstens in einer Beziehung einen Sonderfall dar, nämlich in der Frage der Taktik: Während Göhner noch plump wie immer mit landschaftzerstörenden Betonklötzen einfährt, macht man es hier auf die feinere Tour. Damit soll die Überbauung in diesem landschaftlich offensichtlich schützenswerten Gebiet keineswegs gerechtfertigt werden. Doch das Problem bleibt das gleiche: Wollen wir uns eine Entwicklung aufzwingen lassen, die uns in eine Sackgasse treibt? ●

---

* *Das VIVA-Kollektiv gibt im Kanton Graubünden monatlich die Alternativzeitung «VIVA» heraus. Probenummern bei VIVA-Kollektiv, Postfach 66, 7002 Chur.*

«das konzept» stellt den regionalen Alternativzeitungen Platz zur Verfügung, damit sie über Probleme, die nicht nur ihre Region betreffen, informieren können.



Jeder Schweizer wird als Soldat geboren

Wie ein Oberst 1300 zum Lachen bringt

Rote Flecken auf «unsere Standarte»

«Wir haben in diesem WK wieder einmal bewiesen, dass wir kriegstauglich sind.» Also tönten die klirrenden Militärlautsprecher. Anlass: 1 Fahnenabgabe. Ort: ein Gebirgsflugplatz. Zeit: 1 Tag im Juni. Die Mitwirkenden: 2 Divisionäre, 1 Offizierskorps. Sowie: die Truppe.

*

Es geht nicht ohne. Am Ende einer Dienstleistung am Vaterland steht die Fahnenabgabe. Genommen wurde sie zwar nie, dafür darf sie «abgegeben» werden, die Fahne: Zurück mit dem weissbefleckten roten Tuch (oder ist es ein rotbeflecktes weisses Tuch?) in die muffige Ecke eines eidgenössischen Zeughauses.

*

Rund 1300 Soldaten warten vier Stunden auf die Show. Der Befehl lautet auf fünf Uhr. Selber schuld, wer schon um eins da ist. 16.25 Uhr: Ein Helikopter über den Köpfen, 35 Minuten zu früh. Zu spät kommen ist schlimm, zu früh jedoch schlimmer: Da muss man sich verdrükken. Das haben auch die beiden Flugpassagiere, zwei Divisionäre, längst gelernt und befehlen einen Alpenrundflug. Gnägi, jammernd über das viel zu kleine Militärbudget, lässt grüssen.

*

16.53 Uhr: Der Divisionär-Transporter landet. Die Truppe setzt sich über das Flugfeld in Richtung Generalität in Bewegung. Es beginnt zu regnen. Wie aus Kübeln. Die Uniform ist binnen drei Minuten nass bis auf die Haut. Die Regenpelerine bleibt säuberlich gerollt im Sack. Vor rot-weissen Fahnen friert sich besser.

*

«Helm ab!» schreit einer. Auch die Kopfhaut darf nass werden. Ein Goldbetresster besteigt einen Jeep. Die unentbehrliche Rede kann beginnen. Thema diesmal: «Unsere Standarte». (Zuvor haben sich Militärmusikanten mit einem Marsch abgemüht im Kampf gegen das Gewitter. Die Fahne, pardon: Standarte ist vorbeigerauscht. Einer hat salutiert. Und noch einer und ein dritter.)
Die Standarte müsse wieder vermehrt geachtet werden. Es gebe – der einfallsreiche Jeep-Oberst sagt es im Brustton der Entrüstung – in der Schweiz Leute, die beim Einnachten die Standarte nicht einmal von der Stange nähmen. Von der dritten Reihe an gegen hinten anschwellendes Gelächter. Doch unbekümmert um solcherlei Frivolitäten tutet es weiter ganz Intimes aus dem Feldlautsprecher: «Ich könnte das Militär nicht aus meinem Leben wegdenken.» Der Oberst, sonst auch noch Sekundarschulvorsteher (freis.), verursacht grösste Heiterkeit.

*

Nach dreiviertel Stunden ist der Spuk vorbei. Die Herren Höheren Offiziere setzen sich in den Helikopter oder in den Mercedes. Auf den offenen Lastwagen frösteln 1300 Soldaten in zügiger Abendluft.

*

Der Husten ist nach 10 Tagen auskuriert. «Kriegstauglich» sei die Truppe, wurden 1300 Schweizer in verlogener «Wir»-Form belehrt. Kein Wunder bei solchen Armeeführern. *Fredi Hänni*

«Pro Valbella/Lenzerheide»: Bürgerliche Opposition

«Wir wollen eine Entwicklung in geordnetem Rahmen»

Die «Pro Valbella/Lenzerheide ist ein Verein der Nicht-Einheimischen, also der Ferienhaus- und -wohnungsbesitzer, die Angst vor einer weiteren ungeplanten touristischen Entwicklung haben. Es ist dies die einzige offizielle Opposition gegen Grossüberbauungen usw. im Bereich Valbella/Lenzerheide, die zudem praktisch keine Kontakte mit der einheimischen Bevölkerung hat. Wir lassen die «Pro Valbella/Lenzerheide» zu Worte kommen, um die bürgerliche Opposition gegen solche Projekte besser zu beleuchten.

viva: Herr Hosang, Sie waren völlig überrascht, als die «Bündner Zeitung» Sie aufgrund dieses Projektes anfragte. Wie steht es mit der Informationspolitik der Behörde gegenüber Ihrer Vereinigung?

«Pro Valbella/Lenzerheide»: Die Behörden geben uns natürlich keine Informationen. Wir müssen selbst schauen, dass wir via amtliche Publikationen über ausgeschriebene Baugesuche informiert werden.

Warum hat die PVL gegen die «La Schmetta»-Überbauung keine Einsprache erhoben?

Als Verein haben wir keine Einsprachelegitimation. Falls wir ein Projekt aus irgendwelchen Gründen schlecht finden, nehmen wir mit den Anstössern Kontakt auf, welche als direkt Betroffene zur Einsprache legitimiert sind. Selbstverständlich beraten wir diese.

Die Anstösser der «La Schmetta»-Überbauung sind aber gegen dieses Projekt. Sie haben nur Angst, etwas öffentlich dagegen zu unternehmen.

Es ist mir neu, dass diese Anstösser dagegen sind. Doch aufgrund unserer Erfahrungen in anderen Fällen kann ich sagen, dass es sehr schwierig ist, direkt Betroffene dazu zu bewegen, vom Recht auf Einsprache Gebrauch zu machen. Und wenn keine Einsprachen gemacht werden, können wir auch nichts machen. Wir könnten in solchen Fällen höchstens an die Gemeinde gelangen, um darzulegen, dass Opposition auch von seiten der Einheimischen besteht.

Welche Mittel gibt es sonst noch, um solche Projekte zu verhindern?

Wir könnten die Quartierpläne, aufgrund deren die diversen Baubewilligungen erteilt wurden, anfechten, da diese Quartierpläne, die vom Gemeinderat genehmigt wurden, nicht rechtsgültig sind. Dies ist nicht nur unsere Auffassung, sondern auch jene der kantonalen Planungsstelle.

Quartierpläne können nämlich gemäss Gesetz erst dann genehmigt werden, wenn die sogenannte Grundordnung, die Ortsplanung, vorhanden ist, was in Vaz/Obervaz nicht der Fall ist. Solange keine Ortsplanung besteht, bedeutet die Genehmigung eines Quartierplans ein Ja zu einem «Teil-Ortsplan», der, wenn nicht vom Volk, so mindestens von der Regierung genehmigt werden müsste. Mit diesem Vorgehen werden die Bestimmungen des kantonalen Raumplanungsgesetzes umgangen.

Wir haben in einem Fall ein Projekt so angefochten. Die vom Bündner Verwaltungsgericht abgewiesene Beschwerde wurde ans Bundesgericht weitergezogen, welches jetzt zu entscheiden hat. Alle beteiligten Anwälte sind übrigens der Ansicht, dass der Entscheid des Verwaltungsgerichts nicht haltbar ist.

Welche Versuche wurden bisher von der PVL unternommen, um die einheimische Bevölkerung insgesamt gegen die unverantwortbare Baupolitik der Behörden zu mobilisieren?

Wir haben mit dem Gemeinderat schon einige «Sträusse ausgefochten». Unsere Stellungnahme zur gängigen «Planungspraxis» ist schon seit Jahren bekannt. Wir haben auch immer betont, dass wir Gegner eines Nullwachstums sind. Vielmehr wollen wir eine Entwicklung in einem geordneten Rahmen. Dies wurde teilweise missverstanden. Es wurde uns unterschoben, wir hätten unsere Liegenschaften schon, wir wollten nur keine weiteren mehr.

An die Bevölkerung direkt haben wir uns nie gewendet. Wir wollten zwar bei der Gründung unseres Vereins eine Erklärung in alle Haushaltungen schicken, liessen aber aus Angst vor einer Konfrontation mit dem Gemeinderat davon ab.

Eindrücke aus dem «sozialistischen Libyen» zeigen die Widersprüche dieser «Grünen Revolution» von oben auf

Blicke hinter die Kulissen des Schlaraffenlandes Libyen

Von unserem Basler Mitarbeiter Otti Scheiwiller

In Libyen findet seit 1969 die Revolution statt, welche das Volk aus seinen materiellen und moralischen Ketten befreien soll. Materiell herrscht denn auch im Ölland Libyen Wohlstand, ja der Geldsegen, welcher sich übers Volk ergiesst, mutet paradiesisch an. Auf Erkundungsfahrt allerdings entdeckt man die Kontraste: Die moderne Zivilisation wurde dem Volk dekretiert, es weiss nur wenig mit den Wohlstandsgütern anzufangen. Und die Industrie ist völlig von den westlichen Industrienationen abhängig. So findet man denn auch wenig von der moralischen Befreiung. Mit dem Islam als Staatsreligion, mit den unveränderten Beziehungen zwischen den Geschlechtern, mit dem nach wie vor tiefen Ausbildungsstand der Bevölkerung konnte kein Selbstbewusstsein des Volkes entwickelt werden. Das «Selbstvertrauen» ist noch immer das Vertrauen in den grossen Führer Kathafi.

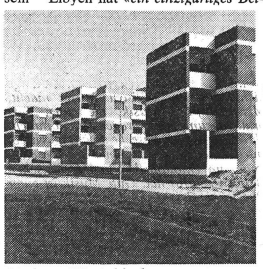
Die Redaktion

Mit «République Arabe Libyenne» ist mein Touristenvisum im Pass überschrieben. Zwar ist diese Bezeichnung noch gültig, zumindest aber nicht mehr offiziell: 1976 hat Oberst Kathafi Libyen ohne ersichtlichen Grund in «Sozialistisches Arabisches Libysches Volks-al-Jamahiriya» umbenannt.

Laut Prospekten hat sich Libyen seit der Septemberrevolution 1969 von einem Land des Rückstandes, das während Jahrhunderten durch Fremdherrschaft und Ausbeutung in politischer Bedeutungslosigkeit und innerer Verelendung dahinvegetierte, zu einem modernen sozialistischen Staat gewandelt. Ziel der Revolution war die Schaffung eines Musterbeispiels für die gesamte Welt, die Befreiung des Menschen von jeder Form der Unterdrückung, materieller Wohlstand und soziale Gerechtigkeit durch Güterumverteilung.

Wohlstand erreicht

Diese Zielsetzung soll jetzt, acht Jahre nach Kathafis Machtübernahme, durch gezielte soziale und ökonomische Massnahmen weitgehend realisiert worden sein – Libyen hat *«ein einzigartiges Beispiel der totalen Revolution geschaffen, um es der Menschheit zu präsentieren und den Menschen von allen materiellen und moralischen Ketten, die seinen freien Willen unterdrücken, zu befreien.»* Mit einiger Erwartung nähere ich mich der libyschen Grenze.



Moderne Häuserblocks . . .

Dass die materiellen Vorstellungen der Revolutionsregierung erreicht worden sind, wird bald klar. Mitten in der Wüste taucht vor mir ein neuerstelltes Dorf auf. Symmetrisch angeordnete Einfamilienhäuser in Fertigbauweise, neue Moscheen in italienischem Kirchenbaustil, ein modernes Spital. Einige Kilometer davon entfernt finde ich Reste des alten Dorfes, welches vor drei Jahren aufgegeben wurde. Baracken ohne Dächer, zerfetzte Strohhütten, Berge von Schutt und Müll: Relikte des vorrevolutionären Libyens.

Nur eine Fassade?

Auf guten Strassen rasen die neuesten japanischen und europäischen Automodelle. Warenhäuser nach unserem Muster säumen die Wege; Restaurants, modernste Tankstellen. Im Gegensatz zu anderen arabischen Staaten fehlt das Bild der zerlumpten Bettler, die resigniert am Strassenrand hocken, keine «Bakschisch» heischende Kinderschar umzingelt einen schreiend, gut gekleidete Leute prägen das Alltagsbild. Also hat die Propaganda nicht zuviel versprochen?

Die Wirklichkeit, die hinter dieser materiellen Fassade steckt, sieht anders aus. Es ist allerdings schwierig, dahinterzukommen, da Kommunikation mit Libyern nur beschränkt möglich ist; in grösseren Orten findet man nur mit Glück Leute, die von englischer und italienischer Kolonialzeit her sich einigermassen in einer Fremdsprache verständigen können.

92 Prozent der Libyer sind Analphabeten, oder anders ausgedrückt, von den zwei Millionen Einwohnern haben rund 16 400 wenigstes eine Grundschulausbildung. Obwohl in den letzten Jahren mit grossem Aufwand an der Verbesserung des Bildungssektors gearbeitet wird, beschränkten sich die Investitionen hauptsächlich auf Schulhausbau; auf Lehrinhalte und die eigentliche Ausbildung wird zu wenig Gewicht gelegt. Überhaupt setzt der Staat alle Hebel zur Beschaffung von materiellen Gütern in Bewegung, um die gesteckten Ziele so schnell wie möglich zu realisieren. Die nötigen Mittel dazu stammen aus den Erträgen der Erdölproduktion. Kathafi hat 1969 einige ausländische Ölfirmen aus dem Land geworfen, die restlichen teilweise nationalisiert. Sechs Gesellschaften müssen 51 Prozent des Gewinns an die libysche nationale Ölgesellschaft (NOC) abliefern, sechs weitere Firmen 85 Prozent.

Haufenweise Geld

Dadurch und in Anbetracht von nur 2 Mio. Einwohnern steht der libyschen Regierung ein ungeheures finanzielles Potential zur Verfügung. Was mit diesem Geld angestellt wird, ist zum Teil recht fragwürdig. Denn einerseits baute und baut man neue Häuser, Strassen, Spitäler, Schulen und Fabriken, investiert Millionen von Franken in landwirtschaftliche Projekte, für die man hochtechnisches Material benötigt. Anderseits steht dieser völlig einseitig entwickelten Infrastruktur ein Manko an ausgebildeten Leuten, die mit der vorhandenen Technik umgehen und arbeiten können, gegenüber. Ein Entwicklungsland mit über 90 Prozent Analphabeten wird schlagartig und hilflos den Produkten einer überindustrialisierten Gesellschaft ausgeliefert.

Die Folgen: Links und rechts entlang der Strassen stehen neue Autos, teils Unfallwracks, teils Wagen mit Motorschaden. Die Libyer kennen keine Verkehrsregeln, fahren rücksichtslos und schnell. Kaum ein Land wird wahrscheinlich eine so hohe Unfallquote aufweisen können; hinter jeder Kurve liegen Wracks, tote Esel und Kamele. Bei Pannen wird das Auto stehengelassen und ein neues gekauft. Geld ist genug vorhanden. Ein ca. 15jähriger Junge mit einem fabrikneuen Mercedes erklärt mir in Nalut lachend, dass er in seiner Garage noch einen grossen BMW stehen habe . . .

In Benghai schaue ich zu, wie ein Autofahrer über die Stopstrasse fährt und von der Polizei angehalten wird. Ohne Zögern nimmt er einige Geldscheine heraus – man hat es ja! Libyen hat übrigens keine Eisenbahn und nur ein schlecht ausgebautes Busnetz. Wozu auch? Jeder hat seinen eigenen Wagen, der Liter Benzin kostet knapp 20 Rappen, und die Ausländer nehmen das Taxi.

Materielle Armut scheint tatsächlich nicht zu existieren. Jeder Bürger erhält vom Staat einen monatlichen Unterstützungsbeitrag, wenn er keine Lust hat zu arbeiten oder infolge Unfalls, Krankheit usw. nicht arbeiten kann. Die Summe reicht gut aus zum Leben. Dazu kommt eine Stabilisierung aller Grundnahrungsmittelpreise durch staatliche Subventionen.

. . . neben ärmlichen Hütten

Arbeiten nicht mehr nötig

Ein wichtiges Planziel der Revolution ist der Wohnungsbau. Jeder Libyer soll sein eigenes Haus oder seine eigene Wohnung haben. Bürger mit relativ tiefem Einkommen bekommen vom Staat zinslose und baukostendeckende Kredite, die auf Antrag nach zwei Jahren geschenkt werden können. Die gesamte medizinische Betreuung ist gratis; bis vor kurzem konnte man gratis im Land telefonieren.

Unter solchen Voraussetzungen ist die Versuchung für die Libyer natürlich gross, das Angebot des Staates auf ein bequemes Leben ohne Arbeit auszunützen. Sämtliche Arbeitsplätze, die schwere körperliche Arbeit und qualifiziertes Personal verlangen, sind von Ausländern besetzt. Auch Ärzte, Bauarbeiter, Ingenieure usw. kommen aus Ägypten, Tunesien, Algerien und Europa. Speziell im Wohnungs- und Strassenbau trifft man viele Griechen, Pakistaner und Engländer an.

Fremdarbeiter werden gut bezahlt, wobei es allerdings eine Art Lohnhierarchie gibt. Paradoxerweise verdienen Amerikaner am meisten. Danach folgen die Europäer, die wiederum nach Land klassiert werden. Am schlechtesten schneiden die Nachbarländer Ägypten und Tunesien ab, die aber, verglichen mit den Verhältnissen im eigenen Land, immer noch hoch entlöhnt sind.

Die Libyer selbst bevorzugen staatliche Ämter. Der Chefarzt vom Bezirksspital Nalut beispielsweise untersteht dem neuen Gesundheitsminister, der vor vier Jahren noch als Schuhputzer in Tripolis tätig war und der weder schreiben noch lesen kann. Seinen emotionalen und willkürlichen Anordnungen haben aber sämtliche Spitäler Folge zu leisten.

Ein beliebter Job ist Pförtner. Vor jedem staatlichen und militärischen Gebäude steht ein zusätzliches kleines Haus mit Stuhl: hier sitzt der Wachposten den ganzen Tag und trinkt gemütlich seinen Tee.

Moderne Zivilisation dem Volk aufgepfropft

Libyen besteht, abgesehen von einem kleinen Gebiet im Akhdargebirge und einigen künstlichen Grünflächen, aus Wüste. Die revolutionäre Regierung hat dem Sand den Kampf angesagt und hofft, auf landwirtschaftlichem Sektor selbstversorgend zu werden. Unter dem Slogan *«Grüne Revolution»* werden von ausländischen Firmen (vertreten sind vor allem Ostblockstaaten) Projekte zur Eindämmung der zunehmenden Versandung, der Bewässerung und Viehzucht angestellt und ausgeführt. So wird der Bauer, der bis vor kurzem nur Ochse und Pflug kannte, mit modernstem Maschinenmaterial konfrontiert, das er kaum beherrscht, geschweige denn reparieren kann.

Ähnliche Wirkung – der Gegensatz jahrhundertalter Tradition und heutiger Technologie – zeichnet sich in verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen ab. In Tripolis z. B. werde ich von einem jungen Libyer nach Hause eingeladen. Von aussen sieht der Wohnblock europäisch sauber und steril aus. Doch schon im Treppenhaus wird ein Unterschied deutlich. Hühner und Hunde rennen in wildem Durcheinander umher. Ganze Türen liegen aus den Angeln gehoben da, die Türklinken oft ausgerissen. Defekte Kühlschränke und Kochherde, alle neueren Typs, stehen zweckentfremdet in den Räumen. Die Leute haben zuvor in Baracken gelebt, auf offenem Feuer gekocht und die Kleider am Brunnen gewaschen. Nun, in enge, komfortable Wohnungen gedrängt, finden sie sich kaum zurecht.

Alles muss importiert werden

Läuft man durch Tripolis' verkehrsreiche Innenstadt, strahlt einem Oberst Kathafi mit sanftem Lächeln von Transparenten, Wänden und Gebäuden entgegen. Auffallend sind die auf Häuserfronten geklebten, aggressiven, zum Teil aber guten Plakate: sie rufen zum Widerstand gegen den Zionismus auf, karikieren Israels Begin, verurteilen aufs schärfste die imperialistische Haltung der USA. Gleichzeitig aber findet man in den Läden massenweise importiertes amerikanisches Kriegsspielzeug, vom Panzer bis zur Fernlenkwaffe mit atomarem Sprengkopf. Überhaupt wird nahezu alles eingeführt, Nahrungsmittel in Konservendosen, Getränke (ausser Alkohol – in Libyen gesetzlich verboten), Kleider, Möbel, Luxusgüter, Maschinen usw. – vorwiegend aus den Vereinigten Staaten und Europa. Die landeseigene typische Handwerksproduktion verkümmert, die ökonomische Abhängigkeit von ausländischen Staaten ist total.

Natürlich wird versucht, eine eigene Industrie aufzubauen, allerdings unter fremder Regie, mit fremden Arbeitskräften und ausländischem Führungspersonal . . . Libyen ist Beispiel einer tragischen Fehlentwicklung. Es propagiert einerseits die «Dritte-Welt-Theorie», einen von den beiden Supermächten USA und UdSSR unabhängigen arabischen Sozialismus mit dem Islam als gesetzlicher Basis. Auf der anderen Seite hat es sich gerade wegen undifferenzierter, überstürzter und einseitig materieller Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse in eine so starke Fremdabhängigkeit hineinmanövriert, dass es sich kaum mehr davon lösen kann.

Kathafi: als charismatischer Führer

Trotzdem: das Volk ist grösstenteils zufrieden mit dem momentanen Status. Kathafi heisst das Zauberwort; er ermöglichte und garantiert ihm materielle Freiheit. Als Dank übernehmen die Libyer alle politischen Programme kritiklos und akzeptieren blind sämtliche Massnahmen des Führers. Beispiel: ohne Zögern folgten sie 1973 der Aufforderung zum Marsch auf Ägypten, um «unmoralische» Nachtklubs anzuzünden und Sadat mit einem von Blut geschriebenen Pamphlet zur Vereinigung der beiden Staaten zu zwingen.

Offizielle oder öffentliche Opposition gegen die Regierung existiert nicht. Sämtliche Parteien wurden 1969 abgeschafft. Grundvolkskongresse wählen heute Führungskomitees, die den Gesamtvolkskongress, das *de iure* höchste politische Machtorgan, bilden. Exekutive ist der Revolutionsrat mit Kathafi an der Spitze. Kritik an Kathafis Politik kann unangenehm werden. In Sirte beispielsweise, dem Geburtsort Kathafis,

werde ich nach einer kritischen Bemerkung aus einem Restaurant hinausgeworfen, und man droht mir mit der Polizei.

Volk nur mangelhaft informiert

Die Nachrichtenagentur *ARNA* besitzt absolutes Informationsmonopol. Eine ihrer Hauptaufgaben besteht in der *«Aufklärung der Welt über die wahre Libysche Arabische Republik und im Widerstand gegen die Verleumdungskampagnen und die Propaganda, die gegen die LAR in der Weltpresse verbreitet wird».*

Dass sie selbst Informationen unterschlägt oder verfälscht, stelle ich in Diskussionen über den Julikrieg 1977 gegen Ägypten fest. Die Libyer sind tagelang mit Siegesmeldungen überhäuft worden. Sie bedauern heute alle, dass sie 25 000 ihrer ägyptischen Brüder töten und dem Nachbarland eine so harte Lektion erteilen mussten. Dass sie in Wirklichkeit eine Niederlage einstecken mussten, dass einige ihrer Soldaten umkamen, dass viele der teuren Radarstationen entlang der Grenze durch massive und gezielte ägyptische Luftangriffe zerstört wurden, das ahnen und glauben sie auch nicht. Die beteiligten Soldaten werden isoliert, bis ein wenig Gras über die Sache gewachsen ist.

Ein ägyptischer Gastarbeiter, der ausländisches Radio abhörte, um über den Kriegsverlauf informiert zu sein, berichtet mir, dass die Familien der gefallenen libyschen Soldaten erst nach einer gewissen Zeit und einzeln benachrichtigt werden. Wie tausend andere Fremdarbeiter auch, hat er seine Familie nach Hause geschickt: Kathafi drohte mit einer Vergeltungsaktion gegen die im Land arbeitenden Ägypter. Seit vielen Monaten hat er keinen Lohn mehr ausbezahlt bekommen – als Druckmittel zum Bleiben.

Während meines Aufenthaltes werde ich einige Male verhaftet und oft stundenlang festgehalten und verhört, nur weil ich offenbar verbotene Objekte photographieren will. Da im Zuge der Revolution durchwegs alles arabisch beschriftet worden ist, kann ich nicht lesen, ob es sich um ein staatliches oder gar militärisches Gebiet oder Gebäude handelt . . .

Auf dem Land sind auch die Verkehrsschilder durch arabische Zeichen ersetzt worden, was mir etliche Probleme aufgibt. So etwa in Tigi, wo mich ein Polizist anhält, weil ich in eine Einbahnstrasse hineinfahre. Es wirkt zu komisch, wie er hilflos einen Strafzettel aus seiner Uniform herausklaubt: er ist kaum älter als 12 Jahre; das Amt scheint käuflich zu sein.

Eine Polizeipatrouille, die mich stoppt, weil ich keine arabischen Nummernschilder besitze, versucht mich einen Nachmittag lang zum Islam zu bekehren. Sie treibt dazu eigens einen tunesischen Dolmetscher auf.

Frauen werden noch immer gekauft

In Tobruk erklärt mir ein algerischer Kellner stolz, dass er nächste Woche heiraten werde. Auf meine Frage, ob die Frau eine Libyerin sei, starrt er mich ungläubig an: «Tu es fou, ça coûte trop cher!» Die Revolution hat in Libyen keine Befreiung der Frau gebracht. Der materielle Reichtum hat nur die arabische Sitte verändert: statt wie früher Schafe und Kamele verlangt die Familie der Frau nun Bargeld. Billig ist das nicht, mindestens 20 000 sFr. soll der minimale Ansatz zurzeit betragen.

Sicher hat die Revolution von 1969 gravierende Missstände beseitigt. Doch der abrupte Wohlstand kam für das Volk völlig unvorbereitet und plötzlich. Trotz vielen guten Grundlagen ist das Land alles andere als ein sozialistischer Staat. Verwirklichen kann Libyen seinen Sozialismus erst dann, wenn es sich nicht nur verbal aus den Klammern der kapitalistischen und imperialistischen Staaten löst und sich selbst aufzubauen versucht.

das konzept TIP

Entwicklungsbezogene Spiele

eb. Entwicklungspolitische Spiele sind nicht Familien-Unterhaltungsspiele. Sie sind geeignet für Gruppen von 15 bis 25 Personen und können zwischen 2½ und 5 Stunden dauern. Sie sind ein spannendes und motivierendes Bildungsmittel für Gruppen von Erwachsenen und Jugendlichen (ab 15 oder 16 Jahren) und Schulklassen.

In jedem Spiel wird eine bestimmte gesellschaftliche Situation oder ein wirtschaftlicher Mechanismus simuliert. Die Teilnehmer spielen eine bestimmte Rolle und erfahren ganz hautnah die Situation eines Entscheid-Trägers oder Entscheid-Betroffenen. Es werden den Spielern Zusammenhänge bewusst, und zwar sowohl auf der Ebene der Beziehungen zwischen den Menschen (gruppendynamischer Aspekt) als auch auf der Ebene der gesellschaftlichen Wirklichkeit (Realitätsbezug).

Jeder Spieler braucht einen Leiter, der wenn möglich das Spiel bereits selber erlebt hat. Bei mindestens vier der sechs Spielen muss der Leiter das Spiel durch eigenes Erleben bereits kennen. Die Spielauswertung mit der ganzen Spielergruppe ist unerlässlich und erfordert zusätzlich noch mindestens 50 Prozent der Spielzeit. Die Auswertungsdiskussion erstreckt sich sowohl auf das gruppendynamische Erleben als auch auf den Realitätsbezug (evtl. durch ein anschliessendes Referat vermittelt).

Spiel Nr. 1: Überleben in Katonida. 20 Fr.
Nr. 2: Wen macht die Banane krumm?, 20 Fr.
Nr. 3: Das Welthungerspiel, 20 Fr.
Nr. 4: Das Spiel der Grossen im kleinen, 20 Fr.
Nr. 5: Gerechtigkeit für José, 35 Fr.; (z. Zt. vergr.)
Nr. 6: Das Perlenspiel (Nur Beschreibung, ohne Spielmaterial) 2 Fr.

Bei der «Erklärung von Bern» können Sie genauere Informationen zu den Spielen oder gleich die Spiele selbst beziehen (Gartenhofstr. 27, 8004 Zürich).

Zum Beispiel das **Welthungerspiel** – Simultation von Mechanismen des internationalen Handels und Entwicklungskredits in Zusammenhang mit der Ernährungsproblematik. Die Teilnehmergruppen spielen eine Gesellschaft in einem Entwicklungsland, die mittels Nahrungsproduktion und Neuanschaffungen von Nahrungsmittelmaschinen einen Ausweg aus der Armut suchen. Dabei frisst die (vom Spielleiter in jeder Phase berechnete) Inflation stets wieder Erträge weg. Die Teilnehmer müssen eine ausführliche Buchhaltung führen und ziemlich viel rechnen (Stufe Dreisatz- und Prozentrechnung).

Reisen in die dritte Welt

Der Arbeitskreis «Tourismus und Entwicklung», Basel, und die Kommission für Entwicklungsfragen der Uni Zürich haben die 2., neu überarbeitete Auflage der Broschüre *«Reisen in die 3. Welt»* herausgegeben. Darin behandeln die Autoren alle Aspekte des Tourismus in die dritte Welt, wer daran verdient, wie (wenig) dieser Tourismus nützt, aber auch die Frage, ob es einen «Alternativtourismus» gibt. (Auch «das konzept» hat zu diesem Problem eine breite Diskussion geführt, welche viele Beträge von Reiseleitern in der dritten Welt einschliesst. Nrn. 10, 11, 12/77 für 2 Fr. in Briefmarken.) Broschüre erhältlich bei KfE, Rämistr. 66, 8001 Zürich, 2.50 Fr.

Auf dem Buckel der Schwachen

Das Karussell der Finanzvorlagen dreht sich munter weiter. Im Juni 1977 wurde mit grossem Mehr die Einführung der Mehrwertsteuer, die vor allem die unteren Einkommen indirekt stark belastet hätte, vom Volk abgelehnt. Doch was soll's: Die in Vorbereitung stehende Mehrwertsteuer zweite Auflage ist um keinen Deut besser. Dahinter steht System: Zur Deckung der zunehmenden Bundesdefizite sollen auf Druck von rechts immer mehr die unteren Einkommen zur Kasse gebeten und geschröpft werden. Gleichzeitig werden auf Drängen der gleichen Kreise die Bundesausgaben für den Sozialbereich gekürzt – also gerade diejenigen Ausgaben, die die Bevölkerung nach zurückgehaltenen repräsentativen Meinungsumfragen (vgl. «das konzept» März 1978) stark erhöhen möchte. Im Gegensatz dazu überstehen die Militärausgaben regelmässig auch noch den kleinsten Kürzungsantrag. Wieso wohl?

Balz Hosang untersucht in seinem Buch *«Die sieben mageren Jahre – Schweizer Finanzpolitik auf dem Buckel der Schwachen»*, das im August dieses Jahres beim Zürcher Limmat-Verlag erscheinen wird, den wachsenden Zugriff des Bürgertums auf die unteren Einkommen über die Wehr- sowie über die Warenumsatz- resp. Mehrwertsteuer. Hosang zeigt auch, mit welchen demagogischen Argumenten die Rechte gegen den Sozialstaat Stimmung macht und gleichzeitig die Militärausgaben ungeschoren über die Runden rettet. Denn die Rechte ist nicht à tout prix gegen einen *starken Staat,* nur sehr entschieden gegen einen *starken Sozialstaat.*

Wie politisch ist die Musik:

Sind Mozart-Hörer reaktionär?

Von Hugo Faas

Die Frage nach dem politischen Gehalt der Musik – einst Hobby von ein paar Musikwissenschaftern und -soziologen – gehört heute zu den zentralen Punkten, wenn über Alternativkultur diskutiert wird. Dabei können sich die Gemüter jeweils ganz schön erhitzen, wenn es darum geht, abzuklären, ob diese oder jene Musikform reaktionär bzw. progressiv und alternativ sei. Bei einem politischen Lied etwa wird man sich noch relativ leicht einig – nicht so bei der Bewertung der Instrumentalmusik. Da öffnen sich scheinbar unüberbrückbare Gegensätze, und das Gespräch endet meist mit der unbefriedigenden Bemerkung, dass halt die Geschmäkker verschieden seien. Nun lassen sich aber, meint Hugo Faas, trotzdem Antworten auf die Frage nach dem politischen Gehalt der Musik finden (auch der Geschmack sei ja nicht irgendeine gottgegebene Sache) – nur müsse man «anders» (nicht eindimensional) fragen. Hier sein Diskussionsbeitrag.

Wie kann man überhaupt politisch argumentieren, wenn es zum Beispiel um Barock- und klassische Musik geht?

● «Barock und Klassik sind *bürgerliche Schwelgerei.* Denn: der Barock und die Klassik sind die Musik des aufstrebenden Bürgertums (Zwischenfrage: Sind sie das wirklich?). Jetzt, wo das Bürgertum an der Macht ist, ist es nur folgerichtig, dass es diese Musik in seinen Kulturpalästen subventioniert.»

● «Barock und Klassik sind *Heile Welt-Musik.* Denn: in unserer Jugend wurden jeweils bei feierlichen und festlichen Anlässen (Weihnachten usw.) Barock und Klassik gespielt. Also ist es nur folgerichtig, wenn durch das häufige Abspielen suggeriert werden soll, die Welt sei auch heute heil, festlich und feierlich.»

● «Barock und Klassik sind *Ruhe- und Ordnungs-Musik.* Denn: Wie sich leicht nachweisen lässt, zeichnen sich Barock und Klassik durch festgelegte Strukturen und starre Formen aus. Somit ist es nur folgerichtig, wenn Barock und Klassik die erklärte Lieblingsmusik all jener ist, die sich auch im Alltag für die Erhaltung von starren Strukturen und die Einhaltung von Ruhe und Ordnung einsetzen.»

Diese Argumente sind zweifelsohne zutreffend. Aber daraus den Schluss ziehen zu wollen, dass jeder, der Vivaldi oder Mozart hört, ein Reaktionär sei, ist wohl ebenso falsch, wie die geäusserte Kritik richtig und notwendig ist. Wir kommen nicht weiter, wenn wir unsere Frage nur *einseitig nach dem politischen Gehalt* stellen. Bei der Musik durchdringen und bedingen sich gegenseitig die verschiedensten Dimensionen. Neben der politischen Ebene wären mindestens noch die *ästhetische, die emotionale, die historische, die soziologische und die ökonomische Dimension* zu beachten. Zieht man dazu noch die funktionalen Aspekte (z. B. Tanz- und Unterhaltungsfunktion, Protest-, Waren-, Aktivierungs-, Identifikationsfunktion) und vor allem den kontextuellen Rahmen in Betracht, so ergibt sich ein ganzes Netz von Verknüpfungen und Beziehungen, in welches auch politische Aspekte hineingewoben sind.

«Musik kann gebraucht und missbraucht werden»

Im gesellschaftlichen Bereich zeigt sich die Ambivalenz der Musik deutlich. Nicht ein Musikstück oder ein bestimmter Musikstil an sich ist progressiv oder revolutionär, die Musik wird es erst durch den *Kontext,* in dem sie gespielt wird. So kann in Zeiten politischer Unterdrückung das Pfeifen eines munteren Liedleins bereits Widerstand bedeuten. Auch gemeinsames Singen, ein gemeinsamer Liederschatz kann einer gesellschaftlichen Bewegung Kitt geben. *Musik ist ein ausgezeichneter Träger und Vermittler von Gefühlen.* Nur, und das ist der Haken, als solcher Träger kann sie nicht nur gebraucht, sondern ebenso auch missbraucht werden. Den Arbeiterliedern stehen die faschistischen Kampflieder gegenüber, militärischen Märschen die «Internationale» (auch sie ein Marsch). Fazit: Es gibt keine bestimmte Musikform, die es in sich trüge, positiv-progressive politische Emotionen und *nur diese* zu transportieren. Ebensowenig gibt es eine Musikart, deren Zuhörer man sogleich und jederzeit als Faschisten erkennen kann.

Dem entspricht das Identifikationsbedürfnis des Hörers mit «seiner» Musik. Welcher engagierte Zeitgenosse möchte

sich schon gerne von seinen Gesinnungsfreunden beim Anhören «faschistoider» Musik ertappen lassen! Solche Bedenken sind allerdings überhaupt nicht am Platz. *Musik an sich ist jenseits von gut und böse.* Mag die eine Form sich besser zum Marschieren eignen, die andere für pathetische Anlässe, eine weitere für ein aufmüpfiges Fest . . . immer muss zuerst nach dem *Grund* des Marschierens, des Pathos des Festes gefragt werden, damit der politische Nenner gefunden werden kann.

Was ist bessere Musik?

Das heisst nun aber nicht, dass Musik und Politik nichts miteinander zu tun hätten. Im Gegenteil, gerade weil sich die Musik so leicht als Vehikel benutzen lässt, ist sie zum begehrten Instrument geworden. *Instrument zur Beruhigung, Verdummung, Konsumförderung, zum Geldverdienen, immer aber auch Instrument zum Widerstand, zum Fröhlichsein, zur Bewusstseinserweiterung, zur Bereicherung der Gefühlswelt.*

Aus diesen Gründen tritt die ästhetische Ebene in den Vordergrund, d. h. es ist wichtig, dass *gute* Musik gespielt wird. Es ist oftmals bemühend zu sehen, wie Leute, die mit den bestehenden Zuständen nicht einverstanden sind und die sich für eine bessere Welt einsetzen, im ästhetischen Bereich die gegebenen Zustände bedenkenlos übernehmen (und dabei denke ich auch an gewisse Musik- und Liedermacher und besonders an diese). Nur, was ist bessere Musik? Dies ist eine sehr schwierige Frage, deren Antwort immer wieder von neuem gefunden werden muss. Tendenziell kann sicher gesagt werden, dass eine reichhaltige Musik besser ist als eine armselige. Keinesfalls sollte aber «besser» im Sinne eines elitären Ästhetizismus verstanden werden.

Hörgewohnheit als Verarmung

Die Frage nach der besseren Musik hängt eng mit dem Geschmack zusammen. Der Geschmack aber, herausgebildet durch Erziehung und Lebensgeschichte eines Individuums, verweist auf Hörgewohnheiten. Meistens laufen Diskussionen über «gute Musik» zunächst darauf hinaus, dass man diejenige Musik in den Schutz nimmt und sie zur besseren erklärt, die man selber gerne hört. Der Hebel ist jedoch viel eher bei den Hörgewohnheiten selbst anzusetzen, anstatt die eine Musikform gegen die andere ausspielen zu wollen. *Nicht das Anhören eines simplen Musikstückes führt zur Verdummung, erst wenn dies zur in sich drehenden Hörgewohnheit geworden ist, hat Verarmung stattgefunden.* Das Durchbrechen von Hörgewohnheiten wäre anzustreben, nicht um liebgewonnene Musikformen aufzugeben, sondern um sich *neuen Klängen zu öffnen* und in neue musikalische Bereiche vorzustossen. Weniger die Musikform ist wichtig als die Art und Weise des Hörens, dass wir nicht stehenbleiben, sondern uns – wie in allen anderen Lebensbereichen – weiterzuentwickeln versuchen.

Andererseits ist die Musikform doch nicht ganz so unwichtig, solange es noch Sparten wie jene nichtssagende Musik gibt, die es geradezu darauf abgesehen hat, *Hörgewohnheiten zu zementieren.* Ich meine damit die *allgegenwärtige profillose Background-Musik,* die ein fades Eintopfgericht aus den verschiedenen Musikstilen ist.

Diese Musik, nach ausgekartetem System und *nach festen Regeln* (durch Umfragen stets à jour gehalten) *synthetisch hergestellt,* hat nun doch ziemlich klare direkte politische Funktion. Im Einkaufszentrum soll sie die Kauflust anheben, in den Magazinsendungen darüber hinwegtrösten, dass die Nachrichten meist schlimme sind, am Arbeitsplatz soll sie die Leistung steigern usw. Das Perfide an dieser Musik ist, dass sie im zeitgemässen Mäntelchen daherkommt, indem sie laufend *progressive Elemente in sich aufnimmt,* allerdings erst nachdem diese fein säuberlich kastriert worden sind. Doch so neu ist das auch wieder nicht. Schon immer haben sich Herrschende der Musik als Legitimation bedient und einen einlullenden Klangvorhang vor die betrüblichen Zustände gezogen. Aber ebenso regelmässig sind jeweils Musiker aufgetreten, die (vielmals im wahrsten Sinne des Wortes) tüchtig auf die Pauke gehauen und die einschlafende Zuhörerschaft wachgerüttelt und herausgefordert haben.

So richtig ins Bewusstsein gelangt sind diese Zusammenhänge allerdings erst in den letzten 25 Jahren durch die musikalische Revolution, die Rock, Beat und Pop gebracht haben. Es ist kein Zufall, dass parallel zur Anti-Vietnamkriegs- und zur 68er Bewegung die Musikwelt aus den Fugen krachte. *Die Musik hat sich sogar nachhaltiger verändert als die politischen Zustände.* Vielleicht träumen deshalb engagierte Kreise von neuen musikalischen Stürmen, denen es gelingen könnte, die Jugend zu einen, und die mithelfen könnten, Kräfte zur Veränderung freizusetzen. Doch sollten die Erwartungen, die in die Musik und in die Musiker gesetzt werden, nicht zu hochgeschraubt sein. Die Musik kann eine *gute Kampfgefährtin* sein, aber sie ist eine labile Dame, und was sie einem einmal versprochen hat, das hält sie vielmals ein paar Jahre später nicht mehr (man vergleiche das erste Rolling-Stones-Konzert im Hallenstadion mit dem bisher letzten . . .).

Manchmal entwickelt die Musik allerdings *starke regenerierende Kräfte,* wie man am Jazz, dem bald achtzigjährigen Stehaufmännchen, ersehen kann. In der Geschichte des Jazz haben sich immer wieder junge Musiker mit neuen Klängen und neuartigen rhythmischen Konzepten durchgesetzt. Zumeist war der neue Jazz auch Ausdruck des fortschrittlichen Teils der schwarzen Bevölkerung der USA, deren Freiheitshelden nicht nur Malcolm X und Elijah Muhammed, sondern auch Charlie Parker und John Coltrane heissen.

Der Zwang zum (marktgerechten) Neuen

Was beim Jazz zu einem konstituierenden Prinzip gemacht wurde, das Durchbrechen von Hörgewohnheiten, hat – wie alles – auch seinen Haken. Dieser Zwang, immer etwas Neues zu bringen, verleitet viele Musiker dazu, Übertünchtes als letzten Schrei anzubieten und so zu *Modemachern* zu verkommen. Solches war von jeher die Problematik sich lebendig weiter entwickelnder Musik, dieser Balanceakt zwischen dem Bestreben, echter Ausdruck seiner Zeit zu sein, und der Gefahr, zur Mode und zum Kommerz zu degenerieren. Und das zunehmende Tempo des Wegwerfkapitalismus, der immer schneller Marktlücken entdecken oder schaffen und neue oder neu aufgemachte Produkte auf den Markt werfen muss, um seine Maschinerie im Gang zu halten, hat diese Problematik noch verschärft. Keine neue Musikart, die nicht sogleich kommerziell auszubeuten versucht wird. Damit sind wir schliesslich noch dort angelangt, wo das Verhältnis von Musik und Politik vielleicht am brisantesten ist: *bei den Bedingungen, unter denen heutzutage Musik produziert wird.*

Schallplattenfirmen haben sich von gewerbeähnlichen Betrieben zu weltumspannenden Konzernen entwickelt, die Impressarios von ehedem sind abgelöst worden von der Mafia der nach modernen Management-Methoden geführten Grossagenturen, die Musik wie Krawatten oder Suppen verkaufen. An der Musik lässt sich mit besonderer Schärfe das Wesen einer Gesellschaft aufzeigen, die alles und jedes zu einem Warendasein verurteilt.

P. S. «Glaub an kein Musikdogma – es ist schon zum voraus falsch.»

Mit Georg Kreisler gilt es zu sagen: «Trau keiner Musik über dreissig.» Und modischen Strömungen erst recht nicht. Trau keinem politischen Liedermacher. Ein politischer Furz im Text heisst noch lange nicht, dass er politische Musik macht. Misstrau jeder Musik, die einen Text braucht, um zum Tragen zu kommen. Und überhaupt: diese Textgläubigkeit der Intellektuellen, die zu einer argen Verarmung im emotionellen und ästhetischen Bereich geführt hat. Gute Musik ist guter Poesie vergleichbar. Wie diese sagt sie mehr aus, als auf den Zeilen steht. Sie regt die Phantasie an und bewegt die Gefühle. Sie entzieht sich einer dogmatischen Auslegung. Darum glaub an kein Musikdogma, es ist schon zum voraus falsch. Misstrau der Macht der Musik, sie hat wie jede Form von Macht ihre Tücken. Misstrau jeder erfolgreichen Musik, doch: Nicht jede Musik, die Erfolg hat, ist zwangsläufig kommerziell. Auch wenn Du die politischen Aspekte und deren Einfluss auf die Musik untersuchst, misstrau dem Vorrang der Politik in allen Lebensbereichen. Das kulturelle Leben muss endlich ebenso wichtig werden, und deshalb wollen wir in Zukunft die Frage doch besser anders formulieren: Wie musikalisch ist die Politik?

Für alle bis 26:

Reisen auf die günstige Tour.

Mit Eurotrain vom SSR.
Zum Beispiel, einfach ab Zürich:
Rom 43.–, Wien 50.–
Paris 45.–, London 95.–
Stockholm 165.–
Rund 30 Städte auf eigene Faust – mit dem speziellen Eurotrain-Billett vom SSR, für alle bis zum Alter von 26.
Schick' uns einfach den Coupon oder ruf' an. Tel. 01/242 30 00

Bis 40 % billiger

Bitte schickt mir gratis den Eurotrain-Prospekt!
Name
Vorname
Strasse
PLZ/Ort
SSR-Reisen
Postfach, 8023 Zürich
Telefon-Verkauf 01/242 31 31
Verkaufsstelle
Leonhardstrasse 10, 8001 Zürich

Eine «konzept»/SSR-Dienstleistung

Gratis-Reisepartnersuche

Wie mach' ich's?

Text sauber mit Schreibmaschine (grosser Abstand, kurze Zeilen) schreiben, maximal 35 Worte. Längere Inserate werden gekürzt. Name, Adresse nicht vergessen! Inserat, mit 40 Rp. frankiert, einsenden an **«das konzept», Reis mit, Weinbergstrasse 31, 8006 Zürich, Einsendeschluss wie Inseratenschluss (vgl. Impressum).**

Kommerzielle Inserate, solche mit andern Zwecken als der Suche nach Reisepartnern sowie Chiffre-Inserate können nicht angenommen werden. (Wir verweisen dafür auf unsere günstigen Kontakt- und Kleinanzeigen in den Rubriken «treffpunkt», «Flohmarkt».)

Student (23) sucht Reisepartner oder Reisepartnerin für eine **einmonatige Europareise** zwischen dem 15. 7. und dem 1. 9. 78. Wenn Du einen anderen Reisevorschlag hast, könnten wir uns vielleicht vereinbaren. Telefonier an (021) 22 92 60.

Wer kommt mit mir per Motorrad (125 ccm) im Juli/August für **3 bis 4 Wochen in den Süden,** z. B. Frankreich/Spanien? Bin 22, Student. Christian Schregenberger, Hildastr. 6, 8004 Zürich, (01) 242 21 63.

Wer kommt mit? Junge Frau sucht unkomplizierten Begleiter(in) (Alter 25–30) für **Reise nach Südamerika.** Abreise: November 78, für 4–6 Monate, Käthi Deutsch, Waldheimstr. 40, 3012 Bern.

Der Kluge reist im Zuge! Wer fährt mit mir (20) in der Nacht vom 14./15. Juli im **Adria-Express an die Adria** (Riccione)? Nähere Auskunft erteilt Roland Hodel, Basel, Telefon (061) 50 53 34.

Schottland Land und Leute kennenlernen – per Bahn und Rucksack – Gymnasiastin, 19, sucht Gefährtin – kommst Du mit? Ruf mich an: (072) 72 16 97, Isabella Naef, Kreuzlingen

Für eine Reise, **am liebsten nach Indien/Nepal,** suche ich (23, Studentin) einen **Reisepartner** (männl. od. weibl.). (Vielleicht ergibt sich auch eine Gruppe?) Zeitraum: ca. Aug.–Okt. 78 (2–3 Mte.) Katia Schlumpf. Sebastiansstr. 77, 8057 Zürich. Tel. (01) 60 03 18.

3 Reiselustige im Alter von 20 bis 23 Jahren (2 Burschen, 1 Mädchen) suchen für die Sommerferien (ca. 3 Wochen, Mitte Juli–Anfang August) 1 oder 2 Reisepartnerinnen. **Unser Ferienland: Frankreich.** Melde Dich bei Tel. (034) 61 41 18.

Hättisch Du (Schtudantin) Luscht, mit mir Aafang Ferie für ca. 2 Woche **«London the English way»** z'ärläbe? (d. h. Logis & Braekfast bin cre Familie, s Programm mit Usfluug usw. mached mer zäme). Tel. (01) 60 02 87 (z abig ab ca. 20.00, Peter).

25jährig, weibl., suche Reisepartner(in) für ca. vier Wochen **Ferien in Spanien oder Portugal** ab 15. Juli. Bedingung: unkompliziert. Tel. (055) 27 76 81 abends.

Ich (23, weiblich) plane auf Herbst 78, evtl. Frühjahr 79, einen ca. 3- bis 6mte. **Israel-(Kibbuz-)Aufenthalt.** Suche gleichgesinnte Mitplaner(innen). E. Stähli, Schwanengasse 3, 8810 Horgen

Ich (20, weibl.) such kollegiale Reisepartnerin für 1–2monatigen **Sprachaufenthalt in Teneriffa.** (Okt./Nov. 78). Tel. (061) 42 57 56 ab 18.00 Uhr.

Suche für Englandferien vom 10. Juli bis 24. Juli 1978 aufgeschlossene, zuverlässige Reisepartnerin, mit evtl. gleichen Interessen, im Alter von 20 Jahren. Will **London und Umgebung während 14 Tagen besser kennenlernen.** (062) 21 08 30, 9.00–17.00, Daniel Hagmann.

Er/22, sucht Reisepartner(in), 18–24, für **2–3 Wochen Rundreise in Dänemark, Südschweden.** Reise mit Zug (Eurotrain, Rundfahrtbillette in Skandinavien), ab 2. 9. 78. Wer kommt mit? Pläne und Ideen vorhanden. René Schindelholz, Blotzheimerstr. 71, 4055 Basel.

Tip für Reisende nach Peru (Lima)

Sauber, zentral und billig übernachten

bei: Sra. Esperanza Josi
Acisclo Villaran 365
Lima (Peru)

(Nähe Avenida Wilson und Av. Uruguay).

treff punkt

Kontaktinserate

Adresse für Zuschriften auf Chiffre-Inserate: Chiffre-Nr., «das konzept», Weinbergstrasse 31, 8006 Zürich

Boy, (22/178) blond, suscht **zärtlichen Lederboy** mit oder ohne Motorrad zum Aufbau einer innigen Freundschaft. Absolute Diskretion. Jede Zuschrift mit Bild wird beantwortet. Chiffre A 753.

Sind Sie sinnlich? Gibt es das heute noch? Junger Mann (26/173) sucht weibliches Wesen, **um gemeinsame Sinne anzuregen.** Chiffre B 754.

BE: Ex-Student (26/186) mit Bart und mässig linker Schlagseite. Suche: **schlanken, bärtigen Genossen bis 30,** keine Trauerweide. Brief mit Bild würde mich freuen. Chiffre C 755.

Vielseitig interessierter, gehbehinderter Student, 27, sucht **eine warmherzige, ebenfalls behinderte Partnerin,** die eine ernsthafte Liebesbeziehung aufbauen möchte. Chiffre D 756.

Sehnst Du Dich nach einem **Freund, dem Du wirklich vertrauen kannst?** Ich bin 24, Wirtschaftsstudent (Hilfslehrer), unabhängig, vielseitig interessiert, wohne in Bern. Welcher jüngere Mann schreibt mir bald, damit wir uns näher kennenlernen können? 100prozentige Diskretion ist selbstverständlich. Chiffre E 757.

Einsamer Steppenwolf (36/180) möchte nicht mehr allein heulen. Welche nette Wölfin hätte Lust, **mit mir durch die Steppe zu streifen?** Nimm schnell meine Fährte auf. (Jeder Brief mit Photo wird beantwortet. Chiffre F 758.

FLOHMARKT

Kleininserate

WG in Russikon: Wir (25, 22, 2) suchen auf 1. September Frauen, Männer und Kinder fürs **Zusammenleben in einem Bauernhaus** (Nähe Pfäffikon ZH). (01) 97 33 25 (Willi Keller).

Die billigsten Kontakt- und Kleininserate weit und breit!

treff punkt **FLOHMARKT**

Kleininserat: 5 Zeilen **10 Fr.** **(Weitere Zeilen 2 Fr.**
Kontaktinserat: 5 Zeilen **15 Fr.** (inkl. Chiffregebühr) **Zeile à 30 Zeichen)**

Talon ausfüllen und einsenden an: Inseratenverwaltung «das konzept», Weinbergstrasse 31, 8006 Zürich. Betrag (min. 10/15 Fr.) auf Postcheckkonto 80-36 651, Inseratenverwaltung «das konzept», 8006 Zürich, einzahlen oder Banknote beilegen. **Ihr Inserat erscheint nach Überweisung des Betrags.** Falls Text länger als gegebenes Feld, pro zusätzliche Zeile à 30 Zeichen 2 Fr. einzahlen. Unter dieser Rubrik werden keine kommerziellen Inserate angenommen.

Name und Adresse:

Unser Briefkasten für Ahnungslose

Lieber Onkel Adolar!

Herr *F. C.* in *X.* Ich pflichte Ihnen völlig bei, dass man endlich aufhören sollte, das *argentinische Regime* in der sattsam bekannten Manier zu *diffamieren.* Gerade die Fussball-WM sollte auch dem letzten Zweifler die Augen geschlossen haben.

Wie mir verschiedene Besucher versicherten, wurden nämlich während der ganzen WM nie irgendwelche Schüsse gehört, noch konnten Folterszenen oder herumliegende Leichen vermeldet werden. Der schlagendste Beweis dürfte aber die unumstössliche – und von keiner Seite bestrittene – Tatsache sein, dass von den angeblich Tausenden von vermissten oder verschwundenen Personen keine einzige je zu sehen war.

*

Nein, Frau *P. R.-Ü.* in *D.*, es ist keineswegs verwunderlich, dass die *Oben-Ohne-Sitte* (bzw. -Unsitte) ausgerechnet im eher rückständigen Kanton Bern eingerissen hat. Gerade der bisherige Berner Vertreter im Bundesrat hat doch schon während Jahren seine Politik oben ohne betrieben, was ihm kaum je den Vorwurf der Anstössigkeit eingebracht hat.

Im übrigen teile ich Ihre Auffassung, wonach das Enthüllen sekundärer Geschlechtsmerkmale bei der Frau zwangsläufig zu einem weiteren schweren Sittenzerfall führen muss. Um die fortschreitende Volkslüsternheit einzudämmen, muss im Gegenteil gefordert werden, dass die sekundären Geschlechtsmerkmale *auch beim Mann* fürderhin verhüllt werden müssen.

*

Nein, lieber Herr *F. H.*, jetzt in *Bern;* Ihre Forderung nach *vermehrter Mobilität der Schweizer Arbeitnehmer* war keineswegs ein taktischer Fehltritt. Im Gegenteil. Im Interesse unserer Wirtschaft – und damit schliesslich des gesamten Volkswohls – sollten Sie unbedingt daran festhalten.

Kurzfristig wird zwar die örtliche Verschiebbarkeit und die damit unvermeidliche Entwurzelung unserer Arbeiter den Parolen ultralinker Gruppen Auftrieb verleihen, etwa dem Slogan: *Alle Arbeiter sind Fremdarbeiter.»* Aber erstens hat unser Volk bisher stets eine gesunde und natürliche Abwehr gegen derart realitätsfremde Ideologien bewiesen. Zweitens sind langfristig wesentliche Vorteile zu erwarten: Sind die Schweizer Arbeiter tatsächlich einmal zu Fremdarbeitern geworden, so sind sie im Falle einer verschärften Rezession relativ einfach ins Ausland abzuschieben.

«Wir haben die Auseinandersetzung gewagt»

Fortsetzung von Seite 1

gement aber ohne Kritik an herrschenden Verfahrensweisen nicht denken.

Linke selber Opfer der bürgerlichen Propaganda

Zweitens: Wenn *Rechte* von uns sagen, dass wir uns mit dem bewaffneten Widerstand identifizieren und uns von ihm instrumentalisieren lassen, dann erstaunt das nicht. Das wurde schon seit Jahren so in der BRD gemacht. Es ist heutzutage auch sehr einfach, jemanden abzuschiessen, indem man sagt, er sei ein «Terrorist» oder ein «Terroranwalt».

Wenn aus der *linken Szene* der Verdacht auftaucht, sei's gemunkelt oder offen ausgesprochen, wir würden uns mit dem bewaffneten Widerstand identifizieren bzw. uns vom «2. Juni» instrumentalisieren lassen, dann können wir diesen Verdacht nur mit Staunen zur Kenntnis nehmen. Woher kommt eine solche Vermutung, ein solches Urteil? Es ist wohl nicht zu simpel, wenn wir hier unsererseits die Vermutung äussern, dass ein Teil der Linken, die einen solchen Verdacht haben, selber Opfer der bürgerlichen Propaganda gegen uns geworden sind. Wenn irgend jemand diesen Verdacht der Identifikation oder der Instrumentalisierung hat, dann soll er doch sehr schnell bei uns vorbeikommen und das ausführen, damit wir darüber reden können.

Dazu vielleicht ein naives Beispiel, das dem unterentwickelten Differenzierungsvermögen gewisser Genossinnen und Genossen nachhelfen könnte: Wenn ein Anwalt jemanden verteidigt, engagiert verteidigt, dem vorgeworfen wird, er habe Diebstähle begangen, dann fällt es doch niemandem ein, den Anwalt deswegen Dieb zu nennen oder Diebstahl-Sympathisant!

Die Auseinandersetzung wagen

Dieser Vorwurf von linker Seite rührt wohl auch daher, dass Ihr, als linkes Kollektiv, in einem grossen Bereich der Öffentlichkeit – berechtigt oder nicht – nun halt eben doch mit der Terroristenszene identifiziert werdet, durch Euer Verhalten in diesem Pruntruter Prozess. Und dieses Image, wird befürchtet, schadet dann eben der linken Bewegung insgesamt. So wie der Terrorismus an sich der linken Bewegung wohl viel mehr geschadet als genützt hat.

Diese Frage ist Teil einer politisch-theoretischen Auseinandersetzung. Man kann in diesem Zusammenhang ja auch gar nicht von einer einheitlichen linken Bewegung ausgehen. Es stellt sich auch die Frage, ob die *fehlende* öffentliche Auseinandersetzung der Linken mit dem Phänomen Terrorismus nicht weit mehr geschadet hat. Das Anwaltskollektiv hat mit dem Übernehmen des Prozesses diese Auseinandersetzung gewagt. Sollten die andern Linken das nicht auch tun?

*

Dieses Gespräch wurde am Tag vor der Urteilseröffnung im Pruntruter Prozess geführt. Das Anwaltskollektiv wollte sich zu diesem Zeitpunkt nicht dazu äussern, was es nach dem Urteil zu tun gedenke. Auch nach dem Urteil wollte uns das Kollektiv keinen Kommentar dazu abgegeben. – Immerhin scheint sich die Prophezeiung, ein Ausnahmegericht müsse ein Ausnahmeurteil fällen, erfüllt zu haben. Elf Jahre Zuchthaus sind viel für einen, von dem nicht einmal sicher ist, ob er überhaupt geschossen hat, und von dem man eigentlich auch sonst nichts weiss. Vielleicht darum. Das Gericht hielt es offenbar für notwendig, dass er geschossen hat. «In dubio pro terror.» Der Rechtsstaat hat gesiegt. Ja, das hat er.

Frühere Beiträge zum Thema:

«das konzept» Nr. 4/78: «Steine aus dem Rechtsweg räumen», ein allgemeines Interview mit dem Anwaltskollektiv

Nr. 10/77: Terrorismusdiskussion mit Beiträgen von Adolf Muschg und Herbert Marcuse sowie zwei Stellungnahmen der Redaktion

Nr. 11/77: Ergänzung zur Terrorismusdiskussion («Wir leben in einer Kultur der Gewalt»)

(Jede Nr. 1.50 Fr.)

EDP-TRAINING FOR GRADUATES

A 12-months programme of special training courses in England and practical assignments in Switzerland

International Computers Ltd. is the largest European Computer Manufacturer. ICL's rapid progress over the last years has relied on personnel of high calibre who are and will be contributing to our future growth on the Swiss market.

WE WILL:
- give you an outstanding and intensive training in LONDON-PARIS and ZURICH or BASLE
- offer you attractive salary, fringe benefits, expense and travel reimbursement
- propose to you a motivating job which will have a direct involvement in influencing customers' future efficiency

IF YOU ARE:
- holder of an academic degree (university, polytechn. school, higher business school or equivalent)
- 23 – 27 years old
- persuasive, logical and sales minded
- fairly fluent in English, in addition to your mother tongue
- mobile and available by end of September 1978

IF YOU WANT:
- challenges and decision making responsibility early
- to become a large computer specialist in
  - sales
  - systems
  - projects

For further details, please call immediately J.P. Stuerchler, Personnel Manager, or send your resumé to

ICL

ICL (Switzerland) International Computers AG

Buckhauserstr. 26 8048 Zürich
Tel. 01/52 26 25

Sie suchen in Zürich
möbl. Zimmer oder
möbl. Wohnung?
Rufen Sie uns an, wir können Ihnen bestimmt verschiedene interessante Angebote unterbreiten. Keine Gebühren!

deuo **Verwaltungs AG, 8039 Zürich**
Todistr. 48, Tel. 202 73 11

DISSERTATIONEN druckt exzellent
von DIN-A4-Vorlage auf DIN-A5-Format

BÖNECKE
Lieferung erfolgt jeden Dienstag und Freitag
3392 Clausthal-Zellerfeld
Fach 29, Ruf 05323/3525

Frachtverbilligung Raster billigst

COPY-CORNER
FOTOKOPIEN UND DRUCKSERVICE
Seilergraben 41 8001 Zürich
Tel. 01/32 49 34 PC 80-27780

Öffnungszeiten
Mo–Fr 08.30–18.30 / Sa 10.00–13.00

Fotokopien	– Normal	20 Rp.	–Verkleinerung	30 Rp.
	– mit Legi	15 Rp.	– mit Legi	25 Rp.

Kopien auf Normalpapier (Xerografisches Verfahren)

Schnelldruck (ab einer Vorlage)	1-seitig	2-seitig
30 Ex.	4.50	9.–
50 Ex.	5.50	10.50
100 Ex.	7.50	14.50
200 Ex.	15.–	28.–
300 Ex.	21.–	38.–
350 Ex.	23.–	42.–
400 Ex.	25.50	44.50
500 Ex.	28.–	52.–
1000 Ex.	40.–	73.–

Reinschriften / Dissertationsdruck

Bestellcoupon für das konzept – Sonderangebote

Alle die folgenden Artikel können bestellt werden bei der Redaktion «das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich.

Anzahl	Artikel		Preis	Porto + Verpack.	Total
.....	Inhalts- und Autorenverzeichnis 1972–77	ungebunden	6.—	–.70	6.70
		mit Spiralbindung	10.—	–.70	10.70
.....	Schulspiel (aus Nr. 6/76), dreifarbig, A 2, starkes Papier, (ab 5 Stück 3.–)	gefalzt	3.50	–.70	4.20
		ungefalzt in Rolle	3.50	2.—	5.50
.....	Arbeitslos-Spiel (aus Nr. 1/76), einfarbig, A 2, starkes Papier (ab 5 Stk. 1.–)	gefalzt	1.50	–.70	2.20
		ungefalzt in Rolle	1.50	2.—	3.50
.....	Sonderdruck «Nukleare Aufrüstung		1.—	–.40	1.40
.....	Sonderdruck «Schwangerschaftsabbruch»		1.—	–.40	1.40
.....	Sonderdruck «Armee»		1.—	–.40	1.40
.....	Sonderdruck «Frauenbewegung heute»		1.—	–.40	1.40
.....	Ärzte- und Pillenliste (adressiertes und frankiertes Antwortcouvert beilegen!)		gratis		
.....	«das konzept»-Jahrgänge, pro Jahrgang		10.—	2.—	12.—
.....	Poster «Unser Strauss» (aus Nr 1/78)	ungefalzt in Rolle	2.—	2.—	4.—
		gefalzt	2.—	–.40	2.40
.....	Poster «Gefangener der Freiheit» (aus Nr. 4/78	ungefalzt in Rolle	2.—	2.—	4.—
		gefalzt	2.—	–.40	2.40
.....	Mai-Zitig (gemeinsame Zeitung zum 1. Mai vom «zeitdienst» und «dem konzept»)		2.—	–.—	2.—
.....	Sonderbeilage «Film in der Schweiz» (aus Nr. 1/78) (Zum Auflegen+Verteilen)		gratis		
.....	Adressliste der Alternativmedien		1.–	–.40.	1.40

Verpackungskosten verstehen sich pro Sendung.

Zahlungsmodus *Zutreffendes ankreuzen

☐ Ich überweise gleichzeitig mit dem Absenden dieses Talons den entsprechenden Betrag auf das PC-Konto 80-37626, «das konzept», Zürich (Verwendungszweck bitte auf der Rückseite des Abschnittes vermerken)*

☐ Ich lege den entsprechenden Betrag in Briefmarken bei*

☐ Ich lege den entsprechenden Betrag in Banknoten bei.*

Name, Adresse

Erfahrene **Korrektorin/Sekretärin** redigiert, korrigiert und stellt Reinschriften und druckfertige Offsetvorlagen her (IBM-Kugelkopf) von
Dissertationen, Publikationen, Manuskripten usw.
Mehrjährige Erfahrung mit wissenschaftlichen Texten, exaktes Arbeiten; sorgfältige, vorschriftsgemässe Ausführung. **Liselotte Wildi,** Tel. (01) 825 02 65.

ZYTGLOGGE ZYTIG
Monatszeitung für Buch und Bühne
Mit Beiträgen über Literatur, Theater, Film, Musik, Kunst, Architektur und Spielplan Schweiz.

In Ihrer Buchhandlung und am Kiosk erhältlich. Einzelnummer Fr. 1.50.

Ich bestelle 1 Abonnement Zytglogge Zytig.

Name: _____

Adresse: _____

PLZ Ort: _____

Unterschrift: _____

Bitte ausschneiden und einsenden an: Druckerei Dürrenmatt AG, Pavillonweg 2, 3012 Bern, Telefon 031 23 89 00.

Wir suchen jemanden, der bei uns ganztags im Laden arbeitet

Bedingungen: mindestens 30 Jahre alt, buchhändlerische oder kaufmännische Kenntnisse und vor allem eine gute Beziehung zu den Büchern, die wir hier verkaufen, und zu den Leuten, die zu uns kommen.

Bei uns arbeiten heisst, sich für den ganzen Betrieb zu engagieren: wir haben Selbstverwaltung.

Pinkus Genossenschaft Froschaugasse 7 8001 Zürich
Tel. (01) 32 26 74

COPY COPY
3M-KOPIEN Rp. 15
XEROX-KOPIEN Rp. 20
Normalpapier
Studenten 10%
Dissertationen

Waisenhausstr. 13 211 66 36
Kreuzstrasse 19 34 39 39
Zweierstrasse 129 35 38 88

QUICK QUICK

Bildungspolitik aus der Sicht des Präsidenten des Wissenschaftsrates, Hugo Aebi

«Reformdiskussion geriet unter Druck»

Studienreform, Erwachsenenbildung und Bildung ausserhalb der Universitäten: Das sind drei Themen, die im «Dritten Bericht über den Ausbau der schweizerischen Hochschulen» des Schweizerischen Wissenschaftsrates (SWR) behandelt werden. Mit dem dritten «Ausbaubericht» wurde laut SWR-Selbsteinschätzung versucht, die Hochschulen «in einen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang zu stellen» und «längerfristige Perspektiven» auszumachen. Das sind zumindest vielversprechende Ansprüche, die von einem Beratungsorgan des Bundesrates nicht unbedingt erwartet werden können. Nachstehend ein Gespräch dazu mit Professor Hugo Aebi, dem abtretenden Präsidenten des Wissenschaftsrates. Die Red.

VSS: Welche Erwartungen setzt der Schweizerische Wissenschaftsrat (SWR) in den dritten Ausbaubericht?

Professor Aebi: Der Wissenschaftsrat des Bundesrates hat die Aufgabe, gegenwärtige und langfristige Fragen auszugreifen und zu diskutieren. In diesem Sinn beschafft und überprüft er die Grundlagen für eine gesamtschweizerische Wissenschaftspolitik und schlägt die zu ihrer Verwirklichung nötigen Massnahmen vor. Er hat sich somit auf eine Beraterfunktion zu beschränken. Allgemeinverbindliche Beschlüsse fassen kann er nicht.

Die Erwartungen, die der SWR in den 3. Ausbaubericht setzt, gehen dahin, dass er den Behörden und der Öffentlichkeit die wesentlichen Fakten und Überlegungen zugänglich macht, von denen nach Auffassung des SWR die künftige Gestaltung der schweizerischen Hochschulen im Rahmen unseres Bildungswesens und der absehbaren gesellschaftlichen Entwicklung mittel- und längerfristig bestimmt sein sollte.

Wurde eine Zusammenfassung des Berichts absichtlich vor der HFG Abstimmung veröffentlicht?

Mit der Information, die in dieser Zusammenfassung steckt, sollte die Diskussion über das HFG mit guten Argumenten profiliert werden. Es ging uns darum, die Bevölkerung frühzeitig mit dem Problem der geburtenreichen Jahrgänge vertraut zu machen. Nur eine lange andauernde Information drjngt in das Bewusstsein der Leute ein. Übrigens wurde bereits im September 1977 eine Kurzinformation über diesen Bericht an parlamentarische Kommissionen abgegeben.

Was bewog den SWR, das Problem der Studienreform aufzugreifen?

Am dritten Ausbaubericht sollten vermehrt auch qualitative Aspekte berücksichtigt werden. Die gesamte Reformdiskussion geriet immer stärker unter den Druck der geburtenstarken Jahrgänge, die in den nächsten Jahren die Hochschulen und die Stätten der Berufsbildung überrollen werden. Ferner ist zu beachten, dass es Studienreformen gibt, die kostensenkend wirken, jedoch auch solche, die die Kosten massiv erhöhen.

Wurde der SWR bei der Studienreformdiskussion eher von einem Effizienzgedanken geleitet?

Angesichts der sich abzeichnenden Engpässe mussten wir dies tun. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass der SWR ein Beratungsgremium und kein politisches Organ ist. Die Politiker müssen sich auf das Machbare stützen. Wir im SWR können ruhig einmal den Boden des absolut Machbaren verlassen und Dinge empfehlen, die ein Politiker heute kaum in Betracht ziehen würde, da sie eben nicht sofort realisierbar sind.

An dieser Stelle muss ich betonen, dass es oft recht schwierig war, im Wissenschaftsrat zu einem Konsens zu kommen. Man bedenke, dass es sich beim dritten Ausbaubereich nicht um einen Alleingang des SWR handelt, sondern um ein Gemeinschaftswerk, das in Zusammenarbeit mit den Sekretariaten der Hochschulkonferenz, der Erziehungsdirektorenkonferenz des Amts für Wissenschaft und Forschung und den Redaktoren der verschiedenen Universitäten entstanden ist.

Was soll mit der Studienreform erreicht werden?

Die Studienreform soll nicht zuletzt dazu dienen, dass die angehenden Akademiker an den Universitäten Lehrgänge vorfinden, die sie nicht zu elitären Standesvertretern «erziehen». Die Akademiker sollen einen Berufsverband verkörpern, der sich seiner grossen Verantwortung gegenüber der Gesellschaft bewusst ist.

Wird der Wissenschafter und Akademiker heute nicht zur Verantwortung erzogen?

Man darf nicht sagen, der Akademiker habe kein Verantwortungsgefühl. Im Gegenteil: Es gibt heute zahlreiche Wissenschafter, die das Dilemma «Verantwortung und Freiheit» klar erkannt haben. (Mehr darüber in *Berner Universitätsschriften*, Heft 19, *«Die Verantwortung des Wissenschafters»* 1976. Paul-Haupt-Verlag)

Es gilt aber zu bedenken, dass heute viele Wissenschafter als Spezialisten in einer Abgeschiedenheit arbeiten, die den Überblick über die Zusammenhänge der Forschung erschwert. Es ist deshalb ein Anliegen, durch interdisziplinäre Gespräche über Aspekte des Verhältnisses von Wissenschaft und Gesellschaft das Verständnis für eine ganzheitliche Lagebeurteilung zu wecken.

Wann wird die Frage der Erwachsenenbildung aktuell?

Die Studentenstatistiken zeigen, dass die Zahl der Studienanfänger nach 1984 wieder abnehmen wird. Die Intensität der Abnahme kann allerdings nicht vorausgesagt werden. Die Lösung dieses Problems muss unsere erste Sorge sein.

Wird die Erwachsenenbildung also erst in fünf Jahren aktuell?

Wir müssen uns heute schon für den Fall rüsten, dass die Studentenzahlen zurückgehen und die Universitäten wieder über mehr Platz verfügen. Die Planung muss aber bald an die Hand genommen werden, damit man im entsprechenden Zeitpunkt ein klares, wohldurchdachtes und realistisches Konzept aus der Schublade ziehen kann.

Die Erwachsenenbildung stellt laut Ausbaubericht auch einen Beitrag an die rezessionsbedingten Schwierigkeiten dar. Was ist damit gemeint?

Unter der Erwachsenenbildung kann man verschiedene Formen der *«éducation permanente»* verstehen. Weiterbildung im erlernten Beruf, Ausbildung zu neuen Berufen, und schliesslich die Selbstverwirklichung, d. h., Erwerb neuer Kenntnisse aus persönlichem Interesse und aus Liebe zur Sache. Vor allem die ersten zwei Formen können mit rezessionsbedingten Schwierigkeiten in Zusammenhang gebracht werden. Man denke an die rasch fortschreitende Entwicklung in allen Berufssparten und die Entstehung neuer Berufe. Den Arbeitswilligen soll durch angepasste Ausbildungsmöglichkeiten der Einstieg in neue Berufe erleichtert werden.

Die Erwachsenenbildung sollte durch Umleitung von Geldmitteln aus entlastenden Bildungsbereichen finanziert werden. Welche Probleme stellen sich dabei?

Zur Zeit könnte bereits aus dem primären Bildungsbereich Geld umgeleitet werden und z. B. in den Hochschulbereich und, vor allem später, in die Erwachsenenbildung gesteckt werden. Diese Umleitung stösst aber bald einmal auf Schwierigkeiten, da die beiden Bildungssektoren nicht in allen Belangen dieselben Träger haben. Es müssen aber Regeln und Verfahren gefunden werden, um einen solchen Transfer von Mitteln zwischen Gemeinden, Kantonen und Bund möglich zu machen.

Wieso berücksichtigte der SWR in seinem Bericht auch den ausseruniversitären Bildungsbereich? Sollte dabei schon etwas vorsondiert werden, was mit den abgewiesenen Maturanden geschehen könnte?

Der SWR war der Auffassung, mit dem dritten Ausbaubericht eine Gesamtschau des Bildungswesens zu bieten. Um dieser Anforderung gerecht zu werden, musste auch der ausseruniversitäre Bildungsbereich mitberücksichtigt werden.

Daraus folgt, dass der SWR nicht die Absicht hatte mit dem Einbezug des ausseruniversitären Bildungsbereichs die Möglichkeit für die Umleitung abgewiesener Maturanden zu prüfen. Im grossen und ganzen besteht für die Maturanden kein grosser Anreiz, in den ausseruniversitären Bildungsbereich einzusteigen. Ferner besteht auch kein Bedürfnis, diesen Bereich weiter auszubauen; man denke z. B. an die höheren technischen Lehranstalten, wo noch genügend Platz vorhanden ist. Das sind nur ein paar fragmentische Hinweise. Ich lade alle interessierten Studenten ein, die Kurzfassung des 3. Ausbaubericht (ca. 50 Seiten) zu lesen. Sie kann beim Sekretariat des SWR, Postfach 2732, 3001 Bern, unentgeltlich bezogen werden.

Spots

Der Bundesrat hat eine Kommission für Jugendfragen bestellt. Darin sind die Frauen mit 6 (auf insgesamt 25) Personen vertreten! Entspricht wohl der Geschlechterverteilung in der Bevölkerung.

*

Auch bei der Expertenkommission für die Frage des Schwangerschaftsabbruchs waren 6 Frauen auf 31 Mitglieder (darunter ein Oberauditor der Armee). Daraus folgt: wo Armee, da Schwangerschaften. Und weiter: Der Bundesrat hat's mit den Frauen mit 6 (sprich: sex), oder ist das böswillige Unterschiebung?

*

Noch eine Kommission: Eherecht. Na, wieviel Frauen sind wohl davon betroffen? Nach Kommissionsanteil ca. 33 Prozent, also 8 Frauen auf 23 Mitglieder.

*

Und nun zur Ausgewogenheit: In der Kommission für Frauenfragen dürfen gleich viele Frauen wie Männer sitzen. Schweren Herzens . . .

Resolution des VSS zum Berufsbildungsgesetz

Gesetz über Berufslehren undemokratisch

Das im April 1978 von den eidgenössischen Räten bereinigte neue Bundesgesetz über die berufliche Ausbildung, das im wesentlichen die Züge unternehmerischer Interessenpolitik trägt und den Bedürfnissen der an einer breiten und qualifizierten beruflichen Ausbildung interessierten Jugendlichen diametral entgegengesetzt ist, erhält in der aktuellen bildungspolitischen Situation besonders negatives Gewicht. Programmatische Bedeutung kommt speziell der neu verankerten *Anlehre* zu, dies angesichts der zu erwartenden Tausenden von Schulabgängern, die bar jeglicher Chance eine vollwertige Berufslehre absolvieren zu können, einer düsteren Zukunft als Angelernte oder Ungelernte entgegenblikken müssen. Einerseits sollen durch diese die exportierten ausländischen Arbeitskräfte ersetzt, andererseits soll das Berufsbildungswesen auf eine vermehrt nur arbeitsplatzspezifische Ausbildung orientiert werden. – Untermauert wird diese Entwicklung zusätzlich durch das Einführen der auf ein schmales Berufsfeld fixierten *Stufenlehre* und dem Verzicht, entgegen den Forderungen des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, die schulischen und allgemeinbildenden Grundlagen der Lehrlinge über die Verlängerung der Berufsschulzeit auf vier Halbtage auszubauen.

Diese Differenzierungen in Breite und Qualifikation der verschiedenen Ausbildungen führen zu einer *Hierarchisierung* und damit zu *neuen Klassen* von Berufsleuten, die zudem gegeneinander ausgespielt und als Lohndrücker missbraucht werden können. Einer Entwicklung des Bildungswesens in Richtung horizontaler und vertikaler Durchlässigkeit, wie sie die demokratischen Kräfte seit langem fordern, werden die Wege verbaut.

Anstelle einer gründlichen und breiten beruflichen Ausbildung für alle wird als Gegenpool zur Anlehre die nur einer kleinen Minderheit zugängliche Berufsmittelschule endgültig sanktioniert. Aber auch die sich auf dem Hintergrund der wissenschaftlich-technischen Entwicklung ständig verändernden Berufsanforderungen verlangen auf allen Stufen des Bildungswesens, von der Berufslehre bis zum Hochschulstudium, eine möglichst breite und vielseitige berufliche Qualifizierung, die ein möglichst flexibles Verhalten auf dem Arbeitsmarkt erlaubt und so eine drohende Dauerarbeitslosigkeit für den einzelnen vermeiden hilft.

Der VSS, der seit langem für ein ganzheitliches bildungspolitisches Denken eintritt, das die verschiedenen Teilbereiche des Bildungswesens in einem Gesamtzusammenhang betrachtet, wendet sich schärfstens gegen das Ausspielen von Lehrlingen gegen Studenten und umgekehrt. Eine Demokratisierung des Bildungswesens lässt sich nur unter gleichzeitigen Verbesserungen der Ausbildungsmöglichkeiten für alle erreichen.

Im Interesse einer den Möglichkeiten und Fähigkeiten jedes einzelnen entsprechenden Ausbildung lehnt der Verband der Schweizerischen Studentenschaften (VSS) deshalb das neue Berufsbildungsgesetz vehement ab und bekräftigt erneut seine aktive Unterstützung des vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) konsequenterweise ergriffenen Referendums gegen das Gesetz.

Der VSS fordert alle Studentinnen und Studenten auf, sich an der Unterschriftensammlung für das Referendum zu beteiligen.

Resolution verabschiedet vom 56. Delegiertenrat des VSS, 2. 6. 78

Zürich: Verwirrungen um Studentenschaft zu Ende?

Eigene Interessen wahrnehmen

Von René Zeyer, KStR

Neuwahlen in die Gremien der Studentenschaft der Universität Zürich (SUZ) haben einige Klärung in die verworrene Situation um die Neuorganisation der Studentenschaft gebracht. Die Mehrheit der Studenten hat der abwartenden Politik des KStR (Kleiner Studentenrat, Exekutive), der zuletzt nur noch aus zwei Liberalen bestand, die sich um die Interessen der Studenten einen Deut kümmerten, eine klare Absage erteilt. Der Wahlsieg der Linken in den GStR-Wahlen (Grosser Studentenrat, Legislative) hat bewiesen: Auch die Uni-Studenten sind der Ansicht, dass die Liberalen nicht mit zuviel politischer Verantwortung überfordert werden sollten. Der neue KStR besteht nun ausschliesslich aus linken Mitgliedern.

Der neugewählte KStR wird nur bis im Herbst 1978 amtieren. Dann soll die Neuorganisation der SUZ in Kraft treten. In diesem halben Jahr sind wichtige Vorentscheidungen über die zukünftige Struktur der Studentenschaft zu treffen, soweit sie von der Obrigkeit (Erziehungsdepartement, Regierungsrat) *nicht schon vorentschieden worden sind.*

Schlagkräftige Interessenvertretung

Alle diese Entscheidungen werden einen gemeinsamen Nenner enthalten: Sie sollen garantieren, dass die Studentenschaft auch weiterhin eine *schlagkräftige politische, soziale* und *kulturelle Interessenvertretung* hat; keine Motzbude ist, von den Behörden als getarntes Überdruckventil eingebaut, sondern eine starke, finanziell und politisch unabhängige Organisation, die ungebeten manchen Herren in den Hintern treten kann, wenn es sein muss.

Um es hier nochmals klar auszudrükken: Eine sinnvolle Interessenvertretung ist nur unter den Bedingungen möglich, wie sie in der Vernehmlassung der SUZ zur Neuorganisation der Studentenschaft 1977 festgehalten sind: Satzungsautonomie, finanzielle Autonomie, freie politische Meinungsäusserung, direkte Verantwortlichkeit der Mandatsträger gegenüber ihren Wählern, gesetzliche Verankerung der öffentlichrechtlichen Studentenschaft, Einheit von Dienstleistungen und politischer Interessenvertretung, enge Integration der Fachbereiche in die gesamtstudentische Organisation.

So wie der vom Senat verabschiedete Vorschlag zur Neuorganisation (Senatsmodell) heute aussieht, *besteht keine Chance,* dass auch nur eine dieser selbstverständlichen Voraussetzungen im neuen Modell der SUZ verwirklicht wird. Um einer damit drohenden völligen Kastration der Studentenschaft vorzubeugen, haben die linken politischen Gruppierungen an der Uni einen privatrechtlich organisierten Verein aufgebaut, den *VSU (Verband der Studierenden an der Uni),* hervorgegangen aus dem Verein pro Studentenschaft (VpS), der seine Entscheidungen ohne die Gefahr eines behördlichen Eingreifens fällen und auch durchsetzen kann.

Der VSU hat für die Wahlen in den Grossen Studentenrat (GStR) kandidiert und konnte einen *Erdrutschsieg* verbuchen. Damit haben die Studenten an der Uni klar *ihren Willen ausgedrückt,* auch in Zukunft über eine *schlagkräftige Organisation zu verfügen,* wenn nicht in Form der SUZ, dann eben als VSU. Der KStR wird dieser Absichtserklärung politischen Inhalt verleihen.

Weil die Liberale Studentenschaft (LSZ) keine Gelegenheit mehr hat, eine enge Zusammenarbeit zwischen VSU und SUZ zu sabotieren, wird sich das gewinnbringend für alle Studenten auswirken, da man jetzt darangehen kann, alle Arbeiten zu koordinieren, beispielsweise auf dem Sektor der Dienstleistungen.

Dienstleistungen für alle?

Da bedeutend mehr Studenten auf das Konto des VSU eingezahlt haben, übernimmt er schon heute einen grösseren Teil der Finanzierung studentischer Dienstleistungen als die SUZ. Man darf dabei aber nicht übersehen, dass *nur etwa 40 Prozent aller Studierenden* ihren Beitrag entweder der SUZ oder dem VSU eingezahlt haben, aber alle immatrikulierten Studenten Nutzniesser der studentischen Dienstleistungen sind.

Und es gibt wohl kaum einen Studenten, der noch nie von einer solchen Dienstleistung profitiert hätte, am Uni-Kiosk, beim Lesen des «zürcher student», an einem Fest der Kulturstelle usw. Der KStR kann allerdings höchstens moralisch argumentieren und alle, aber auch wirklich alle Studenten der Uni *auffordern, ihren Beitrag nachträglich einzubezahlen,* denn er will vorläufig noch nicht alle Gratisdienstleistungen von einem Mitgliederbeitrag bei SUZ oder VSU abhängig machen.

Die Aktivitäten der KStR

Da der KStR erst seit wenigen Wochen im Amt ist, kann er natürlich nicht ein fixfertiges Programm der Aktivitäten auf den Tisch legen. Erste Umrisse zeichnen sich aber schon ab:

– Der KStR will einen Schritt vorwärts zur Demokratisierung der Forschung und der Universität machen.

– Durch eine Informationskampagne die Verwirrung unter den Studenten und in der Öffentlichkeit abbauen.

Der KStR wird versuchen, dass zehn Jahre nach 1968 die damaligen Ereignisse nicht zu einer Nostalgiewelle Anlass geben, sondern dass dort angeknüpft werden kann, wo den Leuten immer mal wieder der Schnauf ausging, *bei der Bekämpfung der studentischen Lethargie* und *Interesselosigkeit, beim Aufbau einer autonomen Studentenschaft, beim Versuch, Leben in die sterilen Hallen unserer Uni zu bringen.*

Denn auch heute noch gilt: Wer sich nicht organisiert, wird atomisiert, und: *Die eigenen Interessen kann man nur selber wahrnehmen!* ■

Der VSS-Delegiertenrat zur Ablehnung der Hochschulförderung

Angemessener Ausbau des Bildungswesens

Das Schweizer Volk hat die Zustimmung zum neuen Hochschulförderungs- und Forschungsgesetz (HFG) verweigert. Unterschiedliche Gründe mögen für diesen negativen Entscheid verantwortlich sein. Sicher spielen dabei das «Sparargument» und die Verketzerung des universitären Milieus, wovor auch die Gegner der Vorlage nicht zurückgeschreckt sind, eine wichtige Rolle. Darüber hinaus muss der VSS aber auch feststellen, dass entgegen den verbalen Beteuerungen der Vertreter der Bundesratsparteien, sie würden das HFG unterstützen, von dieser Seite keine adäquate Kampagne geführt worden ist. Der finanzielle Einsatz der Bundesratsparteien und anderer Stellen, die sonst grosse Summen auszugeben bereit sind, wenn es um bundesrätliche Vorlagen geht, war bescheiden. In weiten Kreisen hat man sich nicht genügend Rechenschaft darüber abgelegt, von welcher Tragweite diese Ausmarchung gewesen ist. Andererseits dürfen wir darauf hinweisen, dass der Einsatz der Studenten und ihrer Organisationen, gemessen an den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln, gross war. Der VSS dankt allen Studenten und Schülern, die sich aktiv eingesetzt haben.*

*

Der VSS ist der Ansicht, dass der negative Ausgang der Abstimmung nicht als Verdikt des Volkes gegen die Universitäten als solche ausgelegt werden darf, dürften doch vor allem finanzpolitische Überlegungen den Ausschlag gegeben haben – Überlegungen, die dem Volk in anderm Zusammenhang von denselben politischen Kräften nahegebracht werden. die sich diesmal zu einem lauen Ja durchringen konnten.

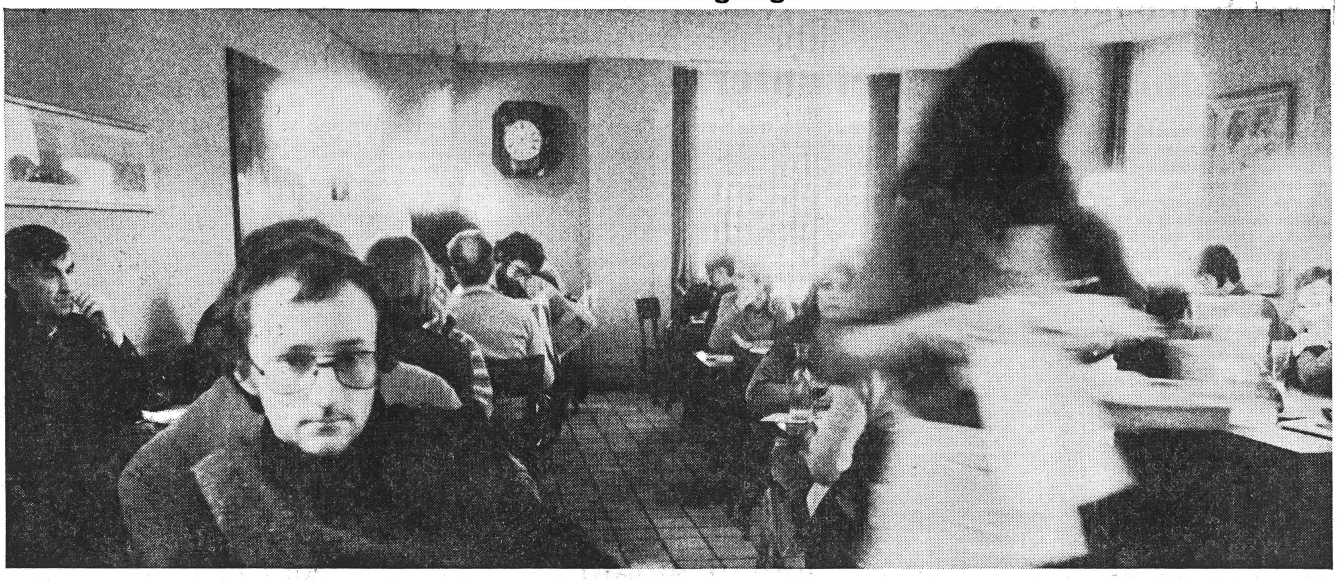
Auf welche Weise die auf die Universitäten zukommenden Probleme gelöst werden sollen, ist unklar: Es ist offen, wie die 12 000 bis 16 000 neuen Studienplätze, die bis 1985 benötigt werden, finanziert werden können. Die zuständigen Behörden haben dafür die volle Verantwortung zu übernehmen.

*

Der VSS wird sich mit keiner Lösung einverstanden erklären, die den kommenden Studentengenerationen nicht mindestens die gleichen Bildungschancen bietet wie heute. Wie der VSS seit Jahren deutlich erklärt, ist für die Schweizer Studenten ein Numerus clausus unakzeptabel. Wir werden auch nach der Abstimmungsniederlage den Kampf gegen den offenen und versteckten Numerus clausus weiterführen und die dazu notwendige Mobilisierungsarbeit an den Universitäten und Mittelschulen leisten. Jeder Versuch, das Abstimmungsergebnis zum Vorwand für Verschlechterungen im Studienbetrieb, im Stipendienwesen usw. zu nehmen, wird auf den Widerstand der Studenten stossen.

Der VSS ist bereit, auf breitester Ebene die Diskussion über das «Wie weiter?» aufzunehmen, ohne dass er zu einem Ausverkauf der berechtigten studentischen Forderungen Hand bietet. Wenn wir klar an der Forderung nach einem angemessenen Ausbau des höheren Bildungswesens in der Schweiz festhalten, so tun wir dies nicht aus einer engstirnigen Interessenpolitik heraus, sondern indem wir das Bildungswesen als Gesamtheit betrachten und für dessen Demokratisierung eintreten, verteidigen wir damit die Interessen breitester Bevölkerungskreise und die Zukunft unseres Landes.

**) Die Abrechnung der HFG-Kampagne des VSS sieht wie folgt aus:*
Aufwand: Abstimmungszeitung, Postkarten, Poster, UNES-Press, Verwaltungskosten 24 611.35 Fr.
Ertrag: Spenden (VSM, GESA, VSR, VSETH) 18 395.70 Fr. Rest 6215.65 Fr. aus VSS-Budget.



Zürich hat jetzt eine Abendzeitung.

Sie erscheint jeden Freitagmorgen.

Sogenannte «Abendzeitungen» erscheinen normalerweise am Abend, berichten aber über das, was am Morgen geschehen ist.

Bei unserer Abendzeitung ist es umgekehrt: Sie erscheint an einem Morgen und berichtet über das, was am Abend geschieht. Und nicht etwa über das, was am gleichen Abend geschieht, sondern über Dinge, die sich erst an den Abenden der folgenden Woche ereignen. Hellseherei?

Die Zeitung, die so viel über die Zukunft weiss, ist das neue «Wochen-Programm» des Tages-Anzeigers. Gemacht für Leute in und um Zürich, für die der Abend aus etwas anderem besteht, als in die Pantoffeln zu schlüpfen und müde zu sein.

Für Leute wie Sie, die noch Lust zum Ausgehen verspüren. Und die über Filme, Theateraufführungen, Opern, Sinfoniekonzerte, Jazz-Sessions oder Kunstausstellungen mehr wissen wollen, als dass sie stattfinden.

Das einmalige an Zürichs neuer Abendzeitung ist freilich, dass man sie immer zusammen mit einer echten Morgenzeitung, dem Tages-Anzeiger, bekommt. Und den bekommen Sie nicht nur am Freitag, sondern sechsmal in der Woche. Mit Informationen über die grosse und die kleine Politik, die Wirtschaft, die Kultur, den Sport. Und mit seinen Begleitern, dem grossen Stellen-Anzeiger am Dienstag und am Donnerstag und dem anspruchsvollen Magazin am Samstag.

Und noch etwas bekommen Sie, nur Sie: 30% Studentenrabatt.

COUPON

30% Studentenrabatt.

☐ Ich möchte den Tages-Anzeiger, diese Morgen- und Abendzeitung, kennenlernen. Vorerst 2 Wochen lang gratis.

☐ Ich möchte den Tages-Anzeiger abonnieren. Die ersten 2 Wochen sind gratis.

Ich wünsche folgende Zahlungsart:

☐ monatlich Fr. 6.85 ☐ halbjährlich Fr. 38.90

☐ vierteljährlich Fr. 19.65 ☐ jährlich Fr. 77.–

Name

Strasse

PLZ, Ort

Fakultät 7411

Semester

Bitte ausschneiden und senden an: Tages-Anzeiger, Vertrieb, Postfach, 8021 Zürich

WDW